

„Kaufe“ muß gestern Nacht bewahrt gewesen sein, so viele „Damen“ zierten den Sportplatz. Eine, mit einem Monofel im Auge, hing weit über die Logenbrüstung; eifrig schrie sie mit gellender Stimme immer wieder ihr „Willi!“ in die Bahn; um sie herum spritzten sich merkwürdige Derrontinnen, Frod und Stumper Jünger, und doch so das Gefühl: zehn Schritte vom Ziele. Ich sah wo andere Menschen, richtige Menschen; aber nur Geinbel priff und karrte und heulte; ob Gekloppl oder Loge, ob Sattelplatz oder Tribüne, sie fühlten sich ein einzig Volk von Brüdern. Der Kontakt der „six days“ schloß links und rechts zusammen, und während unsereiner jafungslos den „Freiwilligen“ gegenüberstand, fühlten diese sich bereits verwandt und eins, wenn sie ihr „Willi“ oder „Jonny“ zu den Dächern niedergrößen.

In diesem Aktus des Arzinsus kreucht auch eine Koffoge. Sie ist nicht schön, dafür aber recht rot und golden; zunächst weiß man nicht recht, was sie hier soll. Dann fällt einem ein, daß der Kronprinz es sich nicht nehmen läßt, alljährlich die „six days“ zu besuchen. Das ist bedauerlich, aber wahr. Denn von den Feiten des Böbels sollte sich der Erbe der Krone fernhalten. Der Kronprinz hat es jedoch auch diesmal nicht verschmäht, dem Beispiel zweier sehr junger Woldamer Prinzen zu folgen, die in dieser Loge, durchaus nicht anders wie die „Herren“ der gegenüberliegenden Logen, in elegantem Abendrock paradierten. Der Kronprinz kam sogar in Uniform. Der Kronprinz verleiht sogar goldene Zigarettenetuis und Manschettenknöpfe. Der Kronprinz klatschte sogar lebhaft interessiert Beifall. Der Kronprinz kann gewiß tun und lassen, was er will. Aber dann sei die Frage erlaubt: Hat nicht auch ihn der penetrante Geruch der Verantwortung belästigt, wie er andere belästigt hat? Hat nicht auch ihn das Gejöße und Gekreische angequält, wie es andere angequält hat? Hat nicht auch ihn die Sinnlosigkeit dieses ewigen Treuens, Treuens auf der häßlichen Planenbahn angefeßt, das mit Sport auch nicht das geringste mehr zu tun hat, wie es andere angefeßt hat? Und trotzdem besucht er Jahr für Jahr, wie tausend Habitués, die „six days“? Ich lasse die Frage offen.

Es ist nicht gerade schmeichelhaft für unsere liberale Presse, daß gerade ihre verbreitetsten Organe zwar endlose Berichte über den abgeschmackten Unfug gebracht haben, daß es aber einem rechts stehenden Blatte vorbehalten blieb, die gedehnte Kritik zu üben, an der es übrigens der „Vorwärts“ bereits in früheren Jahren nicht hat fehlen lassen!

Um das Koalitionsrecht.

Junung und Erpressung.

Wieder einmal zeigt uns ein im Original vorliegendes Schreiben, welche terroristischen, als Erpressung strafbare Mittel die Innungen gegen ihre eigenen Mitglieder anwenden, um sie zu zwingen, den billigen Forderungen ihrer Arbeiter den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen. Diesen Terror üben dieselben Meister, die sich nicht genug tun können im Jetern über angeblichen Terrorismus der Arbeiter. Das Schreiben lautet:

Freie Fleischer-Innung des mittleren Elbales (Sitz Laubegast).

Laubegast, den ... Februar 1914.

Herrn

Fleischermeister ...

Mägeln, Bez. Dresden.

Auf Ihre an Herrn Obermeister Paul Bille gerichtete Zuschrift vom 11. Februar 1914 hat Bille den unterzeichneten Innungsvorstand zu erwidern, daß er Ihren Austritt aus der Innung nicht anerkennt. Nach § 16 des Innungsstatuts ist der Austritt aus der Innung nur mit dem Schluß des Rechnungsjahres zulässig und muß mindestens drei Monate vorher dem Innungsvorstand durch schriftliche Erklärung angezeigt werden. Ihr Austritt ist also erst für den 31. März 1914 wirksam. Bis dahin sind Sie an die Innungsvorschriften und Beschlüsse gebunden.

Schon bevor Ihr Schreiben eingegangen war, hat sich der Innungsvorstand mit dem Schluß Ihres Inzerats in der „Volkszeitung“ Nr. 31 für den 8. hiesigen Reichstagswahlkreis befaßt, der da lautet: „Der Tarif des Zentralverbandes der Fleischer ist anerkannt.“

Wie Ihnen schriftlich mitgeteilt worden ist, hat die Innung in ihrer Versammlung vom 10. Dezember beschlossen, alle Anträge des Zentralverbandes der Fleischer auf Abschluß von Tarifverträgen abzulehnen und bei vorkommenden Kontroversen sich der hohlozierten Kollegen anzuschließen, die Nichtannahme dieses Beschlusses aber durch den Innungsvorstand mit 20 Mark Strafe für jeden einzelnen Fall zu bestrafen.

Der unterzeichnete Innungsvorstand sieht in dem oben angegebenen Schluß Ihres Inzerats nicht nur eine Nichtannahme des erwähnten Beschlusses, sondern einen schweren Verstoß gegen die Pflichten der Kollegialität und eine die gesamte Innung und ihre Mitglieder schädigende sittenwidrige Handlungsweise.

Der Vorstand weist deshalb hiermit gemäß § 11 des Statuts wegen Zuwiderhandlungen gegen den bezelineten Beschluß eine Geldstrafe von 20 Mark gegen Sie an und sieht deren sofortiger Einzahlung entgegen.

Er gibt Ihnen weiter auf, bei etwaigen künftigen Inzeraten und sonstigen Bekanntmachungen den oben wiedergegebenen Schluß zu berücksichtigen und sich aller Bekanntmachungen des Inhalts, daß Sie den Tarifvertrag anerkannt haben, zu enthalten. Es wird Ihnen aufgegeben, sofort vom Vertrage zurückzutreten.

Wir erwarten, daß Sie dieser Aufforderung unverzüglich nachkommen und dies der Innung mitteilen.

Der Innungsvorstand:

Paul Bille, Herrn Fleischer, Oskar Kluge, Adolf Wörbitz,

Rudolf Besenied, Paul Boyer, Otto Hofmann.

Die Innung droht also hier einem Mitglied 20 M. Geldstrafe an, weil das Innungsmitglied mit den Arbeitern einen Tarifvertrag geschlossen hat und verlangt unter Erhebelung und weiteren Drohungen, von dem Vertrag zurückzutreten. Das ist nach der gegen Arbeiter geübten Rechtspredung des Reichsgerichts glatter Erpressungsversuch und Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung. Der Innung darf nicht unbekannt sein, daß der Rücktritt von dem auf Verschlechterung der Lohnverhältnisse gerichteten Innungsbeschlusse und der Rücktritt von der Innung selbst nach § 152 Abs. 2 dem Fleischermeister jederzeit frei steht und daß die Einforderung einer „Strafe“ eine rechtswidrige Erpressung ist. Wird die Staatsanwaltschaft gegen die beiden Erpresser vorgehen oder ist den Meistern Erpressung erlaubt, wenn sie zwecks Schädigung der Fleischer stattfinden soll?

Wegen 25 Pf. auf die schwarze Liste.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit Unternehmerverbände vorgehen, wenn es sich darum handelt, die Interessen der Mitglieder wahrzunehmen, dafür liefert ein offener Artikel an die Tageskonvention, die der „Manufakturist“ (Nr. 8) veröffentlicht, ein sehr drastisches Beispiel. Der betreffende Firmeninhaber berief sich darauf, daß sein Geschäft seit anderthalb Jahrhunderten bestände; mit seinen meisten Kunden und Lieferanten unterhalte er seit Jahrzehnten Geschäftsverbindungen. Nur einige Fabrikanten hätten in letzter Zeit die von

ihm beliebte Art der Regulierung seiner Verbindlichkeiten beanstandet. Angeblich wurden sie dadurch bei jeder Regulierung um 20 bis 25 Pf. geschädigt. Die meisten Lieferanten seien mit dem monierten Modus dagegen sehr gut zufrieden. Mit allen Fabrikanten habe er sich leicht und gründlich verständigt, nur mit zweien nicht, die fortgesetzt Monitis erhoben hätten. Schließlich habe er diese beiden Fabrikanten von seiner Lieferantenliste gestrichen. Aus Strafe dafür habe ihn daraufhin die Tageskonvention auf die schwarze Liste gesetzt. Danach ist es allen Fabrikanten verboten, an den Lieferanten zu liefern. Er soll ruiniert werden, weil er als Geschäftsmann nach seiner Passion feil geworden wollte und nicht nach der Fessle der terroristischen Fabrikanten tanzte. Die Konvention sprach das Vernichtungsurteil über ihn aus, ohne daß man vorher mit dem Angeklagten verhandelt hätte. Das ist der Sipsel der Willkür. Abgedoes alles ist erlaubt. Wenn dagegen ein Streikender einen Streikbrecher, der ihn in schmähtlicher Weise in den Rücken fiel und seine Existenz bedroht, auch nur scharf ansieht, dann fliegt er unter Umständen wegen Bedrohung ins Gefängnis.

Ja, ja, wie haben eine prächtige Rechtsordnung.

Politische Uebersicht.

Luft und Erde.

Aus dem Reichstag, 12. März: Bald auf der Erde, bald im Reich der Lüfte tummelte sich die Debatte des heutigen Tages, der sich mit drei Gesetzentwürfen beschäftigte. Zum Gesetzentwurf „betreffend“, wie es im Amtsdeutsch so schön heißt, Wirtschäften des Reiches zur Förderung des Baus von Kleintwohnungen sprach Genosse Göhre den dringenden Wunsch aus, daß das Reich solche Wirtschäften für alle gemeinnützigen Baugenossenschaften übernehmen möge, gab aber zugleich dem Verdacht Raum, daß der Reichsregierung gar nichts an einer vernünftigen gesetzlichen Regelung des Wohnungswesens gelegen sei. In der Kommission, der der Gesetzentwurf überwiesen wurde, wird die Sozialdemokratie für diese Ausdehnung der Reichsbürgerschaft lebhaft eintreten.

Die dritte Lesung des Postgesetzentwurfs gab dem Genossen Dr. Südekum Gelegenheit zu einer sehr sachverständigen Kritik dieses mangelhaften Gesetzes, das nur den einen Vorzug hat, so mangelhaft zu sein, daß eine Neuregelung der Materie bald schon unermeldbar wird. Südekum forderte u. a. Verzinsung der Guthaben wie Verbindung mit den öffentlichen Sparcassen und sprach einem wirklichen Postbesetz den Verzug zu, regeln in unsern Geldverkehr einzugreifen.

Bei der Beratung des Luftverkehrsgejetzes vertrat Genosse Dr. Landsberg geschickt den sozialdemokratischen Standpunkt, indem er es tabelte, daß die Haftpflichtbestimmungen des Entwurfs geradezu sklavisch den Bestimmungen des Automobilgejetzes nachgebildet seien. Auch unterließ er es nicht, mit Hinweis auf den seit Wochen in Anstand wegen Spionageverdachts festgenommenen deutschen Flieger die Notwendigkeit einer internationalen Regelung des Flugverkehrs in den Vordergrund zu rücken. Genosse Bender legte sich zum Schluß noch für den Schutz der Steuerleute, Maschinisten und sonstigen Luftmannschaften ein.

Natürlich beteiligten sich auch die bürgerlichen Parteien mit einem Schwarm von Rednern an der Debatte, die hier einzeln aufzuführen den Rahmen des Berichtes sprengen würde. Morgen 10 Uhr: Duellinterpellation des Zentrums.

Unnütze Arbeit.

Unserer hohen Regierung verurteilt der angebliche Rückgang der Sozialdemokratie stille Freude; aber sie traut der Jubelberichten der reaktionären Blätter nicht recht und möchte daher nähere Angaben über die Größe des behaupteten Rückganges haben. Darauf deutet ein geheimer Erlaß, der den untergeordneten Behörden ausgibt, die sozialdemokratische Bewegung und alles, was mit ihr irgendwie in Zusammenhang gebracht werden könnte, zahlenmäßig zu erfassen. So ist den einzelnen Gemeinden aufgegeben worden, in eingehender Weise Angaben zu machen über die Abnahme der örtlichen Parteiorganisation, der freien Gewerkschaften und sonstigen sozialdemokratischen Vereinigungen, wie Turn-, Radfahrer- und andere Vereine. Auch über die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Gründung von Konsumvereinen, sowie über die Mitgliederzahl der Konsumvereine und deren Umsatz soll berichtet werden. Weiter werden Angaben verlangt über die Beteiligung bei den Gemeindevahlen und bei den Krankenrentenahlen. Zuletzt wird noch gefordert, über die Abonnentenzahl der sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften Bericht zu erstatten.

Der Gesamtbericht hat an die vorgeordneten Behörden im Anfang des Monats Februar eingedandt werden müssen.

Es ist schade um die mühevolle Arbeit, die den Gemeinden auferlegt worden ist. Denn wenn den interessierten Kreisen an einer genauen Feststellung des Umfangs der Sozialdemokratie wie der gesamten modernen Arbeiterbewegung liegt, werden sie nicht verabsäumen dürfen, nach Verlauf der wochen Woche aus neu ziffermäßige Angaben über die Sozialdemokratie einzufordern.

Ein interessantes Geständnis.

Ein Mitglied der „Vorwärts“-Redaktion hat in den Artikeln über die Kuanda-Bahn, in denen von ihm namens der „Vorwärts“-Redaktion deren Stellungnahme zur Kuanda-Bahnfrage und zur Frage der kolonialen Bahnbauten überhaupt dargelegt wurde, unter anderem darauf hingewiesen, daß die Kuanda-Bahn nur ein Mittel sein solle, um das zu erschließende Gebiet auch militärisch zu unterjochen. Nicht um eine rein friedliche kulturelle Erschließung des Landes handele es sich, sondern um die Unterwerfung der Eingeborenen unter die koloniale Steuer- und Verwaltungspolitik, wodurch schwere Konflikte ausgelöst werden könnten, zu deren rascher und energischer Niederschlagung durch die Militärmacht dann die Bahn dienen solle. Diese Auffassung hat nun auch eine Bestätigung durch den Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf erhalten. Allerdings nicht in direkter Weise, aber doch in einer Form, die nicht minder beweiskräftig für die Richtigkeit der im „Vorwärts“ dargelegten und von den verschiedenen sozialdemokratischen Fraktionenrednern im Reichstage begründeten Auffassung ist. Genosse Ledebour machte darüber in der Mittwochssitzung des Reichstages bemerkenswerte Ausführungen, die hiermit nach dem Stenogramm wiedergegeben seien:

Heute morgen hat der Herr Staatssekretär, als wir in der Budgetkommission über die Kuanda-Bahn in Südwestafrika sprachen, die Verhältnisse im Kuanda mit denen in Kuanda in Ostafrika in Parallele gestellt. Dabei hat er äußerst interessante Ausführungen gemacht, die alles das bekräftigen, was wir an Verdachtsgründen gegen den Bahnbau in Kuanda bereits vorher herausgefunden hatten. Ich hatte Einwendungen gegen den Bau der Kuanda-Bahn erhoben, weil schon in früheren Jahren, hauptsächlich durch Herrn Dr. Semler,

der Bau dieser Bahn mit der Absicht befristet wurde, das Land in Plantagenbetrieb zu nehmen und die Leute zu unterjochen. Darauf erwiderte der Herr Staatssekretär Dr. Solf: „Nein, meine Herren, das ist nicht unsere Absicht.“ — Rotabene, schalte ich ein: die Absicht der Regierung mag sehr löblich sein, aber die Folgen solcher Unternehmungen gehen meist über solche Absichten hinaus. Aber darauf kommt es jetzt nicht an. — Also Herr Dr. Solf sagte: „Unsere Absicht ist das nicht; wir wollen das Kuanda nicht erschließen, wie wir Kuanda erschließen wollen; wir wollen es nicht in Verwaltung nehmen. Und dann gebraucht er einen äußerst charakteristischen Ausdruck, den ich mir sofort wörtlich notiert habe; er sagte, im Gegensatz zu Kuanda handele es sich im Kuanda lediglich um eine „pénétration pacifique“, also um eine friedliche Durchdringung mit friedlichen Mitteln. Das hat der Herr Staatssekretär in Gegensatz gestellt zu seiner Politik in Kuanda. Dort handelt es sich also nicht um eine pénétration pacifique, eine friedliche Durchdringung, sondern um eine Durchdringung mit Militärgewalt; denn das ist das natürliche Gegenstück. Das ist es aber gerade, was wir immer vorausgesetzt haben. Nicht eine friedliche Durchdringung Kuandas ist in Aussicht genommen, sondern die gewalttätige Unterjochung dieses Landes ist die notwendige Konsequenz der jetzt inaugurierten Bahnpolitik, der Steuerpolitik, der Einführung der Verwaltung und alles dessen, was eng mit dieser Bahn zusammenhängt.

Ich freue mich also, den Herr Staatssekretär Dr. Solf in dieser Frage zwar nicht als Kronzeugen, aber als Zeugen für die sozialdemokratische Auffassung, daß es sich da um eine Unterjochungsbahn nach Kuanda handelt, in Anspruch nehmen zu können. Seine Ausführungen haben mich nur um so mehr darin bestärkt, daß wir diese Unterjochungsbahn nach Kuanda unter allen Umständen ablehnen müssen.

Man sieht aus den Bemerkungen des Herrn Dr. Solf, wie begründet die von der Sozialdemokratie geltend gemachten Befürchtungen waren!

Der Jagdausflug des Kronprinzen.

Die Nationalliberalen haben, wie bereits mitgeteilt wurde, die Anregung gegeben, zu der Reise des Kronprinzen nach Afrika aus Reichsmitteln 200 000 M. zu bewilligen. Die Sache war so geordnet, daß die bürgerlichen Parteien sich auf einen Initiativvertrag einigen sollten, um dem Kronprinzen die 200 000 M. als eine freiwillige Gabe des Reichstags zu überreichen. Das Rückbegehren der Nationalliberalen hat aber offenbar wenig Erfolg gehabt, denn jetzt verläutet, die Regierung werde dem Reichstag eine Vorlage ausgeben lassen, in der 200 000 M. Zuschuß zu den Reisekosten des Kronprinzen gefordert werden.

Die Regierung sollte sich überlegen, ob sie dem Kronprinzen damit nicht einen Vortendienst erweist, denn es ist selbstverständlich, daß bei der Debatte die Person des Kronprinzen nicht aus dem Spiel gelassen werden kann. Der Kaiser hat seine Auslandsreisen stets aus seiner Tasche bezahlt, und es liegt nicht der mindeste Anlaß dazu vor, dem Kronprinzen aus den Mitteln der Steuerzahler 200 000 M. zu bewilligen, zumal die Reise nur der Jagd und dem Vergnügen dient, denn von einer Studienreise kann schon deshalb keine Rede sein, weil der Kronprinz dort nur das zu sehen bekommt, was ihm die Beamten zu zeigen für gut befinden.

Die Arbeitslosenunterstützung in Bayern angenommen.

Der von der Regierung verlangte Zuschuß von 75 000 M. für kommunale Arbeitslosenversicherung wurde am Donnerstag in der Abgeordnetenlammer des bayerischen Landtags verhandelt und angenommen. Die sämtlichen Bauerngruppen, auch die Liberalen beigefügten deutschen Bauernbündler, waren gegen die Bewilligung des Zuschusses. Vom Zentrum stimmte ein Teil dafür, ein anderer dagegen. Die Liberalen unterstützten auch den weitergehenden sozialdemokratischen Antrag auf Verdoppelung des Staatszuschusses.

Hamburgs Antwort an die preussischen Partikularisten.

Bei Beratung des hamburgischen Staatsbudgets für 1914 kam es am Mittwoch in der Hamburger Bürgerschaft zu einer scharfen Abrechnung mit Herrn Dr. Dieberich Dahn und den preussischen Regierungsvertretern, die seine Angriffe gegen Hamburg im preussischen Abgeordnetenhaus unterstützt haben. Dr. Westphal von der Fraktion der Linken brachte die Vorwürfe zur Sprache, die der Berichtsjahrer der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses gegen die Hamburger Propaganda für den Fischkonsument vorgetragen hatte. Diese Vorwürfe zeigten, daß es gewissen Herren in Preußen etwas ganz Neues sei, daß eine Behörde kaufmännisch und vollständig arbeiten könne. Hamburg werde Preußen gewiß nicht hindern, auch seinerseits etwas zur Ausbreitung des Fischkonsumentens zu tun. Aber darüber müsse Klarstellung geschaffen werden, daß die preussische Regierung kein Recht hat, andere Bundesstaaten zu hindern, wenn sie etwas für die Hebung der Volksernährung zu tun.

Unser Genosse Hoffmann wandte sich gleichfalls gegen die Redner des preussischen Abgeordnetenhauses, denen der Hamburger Senat sofort, eventuell durch die Presse, hätte entgegenzutreten sollen. Wenn auch die ärmere Bevölkerung von der Propaganda für den Fischkonsument noch nicht den erhofften Vorteil erreicht habe, da die Preise infolge des gesteigerten Konsums noch gestiegen wären, so würden doch die Sozialdemokraten auch weiterhin diese Propaganda unterstützen, in der Erwartung, daß es nach Fertigstellung der neuen Fischdampfer gelingen wird, die Zufuhren so zu steigern, daß die Preise zurückgehen. Auch die staatliche Fischereidirektion möge den Preissteigerungen entgegenwirken.

Senator Dr. Eichamer erklärte: die im preussischen Abgeordnetenhaus erhobenen Vorwürfe hätten sich sämtlich als unberechtigt erwiesen. Speziell in Bayern, wo die Vertreter Hamburgs, nach der Behauptung Dr. Dahn, illegal vorgegangen sein sollten, sei die Hamburger Propaganda mit offenen Armen aufgenommen worden; sie sei auch nicht nur den Hamburger Fischmärkten, sondern ebenso den preussischen, in erster Linie Westfälischen, zugute gekommen. Hamburg könne nur wünschen, daß sein Beispiel von anderen Bundesstaaten nachgeahmt würde, dann würden alle Fischmärkte genug zu tun bekommen.

Den Ausführungen aller drei Redner wurde lebhaft zugestimmt. Nun aber betrat das einzige konservative Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Dr. Koch, die Tribüne, um seinen Freund Dr. Dahn im besonderen und die preussischen Konservativen im allgemeinen zu verteidigen. Er kam jedoch über ein paar gestolperte Sätze nicht hinaus. Unter dem Gelächter des ganzen Hauses mußte er abtreten. Dr. Burckhard, Mitglied der Rechten, begründete darauf einen Antrag: die Bürgerschaft erkläre sich bereit, die Summe für staatliche Fischkonsumentenpropaganda um 23 000 M. zu erhöhen und erhalte den Senat, eine entsprechende Vorlage zu machen. Dr. Burckhard betonte, natürlich dürfe man für die Äußerungen Dr. Dahn und seiner Freunde nicht das ganze Preußen verantwortlich machen. Jene Herren lebten eben immer noch in der Vorstellung, sie könnten Deutschlands Handel mit einer Mauer umgeben, auf der Wachtürme und — trübende Gähne sitzen. Diese Vor-

Kellung müßte man ihnen abgewöhnen. Die Antwort des Hamburger Senats an das Reichsamt des Innern, dem die Beschwerden gegen Hamburg überwiesen sind, werde hoffentlich in diesem Sinne erteilt werden.

Der Antrag Burdard, der die von Dr. Hahn beschickte Propaganda mit erhöhten Mitteln fortzusetzen bestimmt ist, wurde darauf einstimmig angenommen.

Oesterreich.

Die parlamentarische Situation. — Der Polizeispion.

Wien, 12. Februar. In der Seniorenkongress-Besitzung der Ministerpräsident neuerlich die Dringlichkeit der Erledigung des Rekrutierungsgesetzes, des Kreditmängelgesetzes sowie der böhmischen Bahnvorlage und erklärte, in der augenblicklichen Situation gäbe es nur zwei Möglichkeiten: entweder entschleße sich das Haus, an eine energische und fortgesetzte Behandlung dieser Gegenstände heranzutreten, oder es müßten die Staatsbedürfnisse, sehr gegen den Wunsch der Regierung, auch neben und außerhalb des Hauses ihre Befriedigung finden, ein Hinausschieben der Situation sei für den Staat nicht erträglich.

In der darauffolgenden Sitzung des Abgeordnetenhauses sprachen einige tschechische Obstruktionisten, welchen zum Teil das Wort entzogen wurde. Der tschechische Sozialdemokrat Soukup fragte den Präsidenten, ob er geneigt sei, ex praesidio den Verrat des Abg. Sviba zu brandmarken. Der Präsident erwiderte, wenn die Angriffe wahr seien, so stehe er auf dem Standpunkte des Interpellanten. (Beifall.) Hierauf besprachen noch mehrere Abgeordnete die Affäre Sviba, teilweise unter heftigen Ausfällen gegen die Regierung.

Der deutschnationale Abg. Groß beantragte schließlich mit Rücksicht auf die Obstruktion, die Rekrutierungsvorlage als ersten Punkt auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Der Antrag Groß wurde mit 181 gegen 147 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung morgen.

Frankreich.

Eine Armeedebatte.

Paris, 12. März. Die Kammer beriet heute vormittag über den Gesetzentwurf über die Aufstellung der Godes und über die Effektivbestände der verschiedenen Waffengattungen. Jaurès erklärte, der Entwurf mache die Rückkehr zum zweijährigen Dienst unmöglich. Er nannte den Entwurf ein Menckel. Man wolle jetzt an der Grenze selbständige Regimenter von Reservisten schaffen, während man früher sich immer schenke, eine zu große Anzahl von Reservisten den Regimenten einzuverleiben. Jaurès schloß: Das Dreijahresgesetz wird unter der sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Last zu Grunde gehen. Wenn das Parlament sich weigert, es abzuschaffen, werden die Sozialisten in dieser Sache einen Appell an das Land richten. (Beifall auf der äußersten Linken und auf verschiedenen Bänken der Linken.)

Deputierter Lefebvre wies auf die wohlthätige Wirkung des Dreijahresgesetzes hin, an dem man gegenwärtig aus Rücksicht auf die Wählerschaft nicht rühren wolle. Wenn eine Regierung auf ihre eigene Verantwortung einen neuen Entwurf einbringen werde, dann werde man denselben prüfen. Aber einem parlamentarischen Initiativantrage werde sich eine entschlossene Mehrheit entgegenstellen. (Bewegung.) Der Redner fuhr fort: Frankreich ist friedlich. Es hat kein Unglück nicht dergestalt, aber es ist überzeugt, daß ein Akt eine solche Katastrophe für alle Nationen wäre, daß es niemals die Verantwortung übernehmen wird, ihn zu entfesseln. Es handelt sich nicht darum, die Vergangenheit zu regeln, sondern darum, die Gegenwart zu verteidigen. Nicht ein Gedanke der Rebelle besetzt Frankreich, sondern der Wille zu leben und sich zu verteidigen. Die Waffe ist dekadent und lustlos, aber weniger schwer und weniger kostspielig, als es die Niederlage wäre. (Lebhafte Beifall.) Heute sind 290 000 Mann an der Ostgrenze zur Verteidigung des Landes bereit. Das ist ein erhebender Trost für diejenigen, welche für das Dreijahresgesetz gestimmt haben. (Lebhafte Beifall.)

Mehrere Deputierte beantragen den Maueranschlag für die Rede Lefebvres. Die Sozialisten beantragen hierauf den Maueranschlag für die Rede Jaurès. Auf Ansuchen Lefebvres werden jedoch die Anträge auf Anschlag beider Reden zurückgezogen.

England.

Die Abrechnung mit der südafrikanischen Regierung.

London, 12. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Infolge einer Meldung des Exchange-Telegraphen-Bureaus ist die Stellung des Ministerpräsidenten Smuts nach seiner letzten Frontveränderung und nach der meisterhaften Rede des Senators Schreiner, früheren Ministerpräsidenten der Kapkolonie und Südafrikas, fast unhaltbar geworden. Schreiner, der angesehenste Staatsmann und Jurist im Senate, zerpflichtete die Andemnitätsbill und will die Ausmerzung der Verbannungsbestimmungen und die Einsetzung eines besonderen Gerichtshofes beantragen, von dem die Deportierten nach holländisch-römischer Rechte bestraft werden könnten, wenn es der Regierung gelingen sollte, ihnen die angeblich heftigen Reden nachzuweisen. Er forderte auch die Regierung auf, ihren Irrtum einzugehen sowie die getroffenen Maßregeln rückgängig zu machen und meinte, daß die vorgekommenen Unruhen indirekt auf die Blindheit der Regierung und des Parlaments zurückzuführen seien. Unter anderem sagte er der Regierung noch: „Durch diese Verbannungen haben Sie nichts gelöst und keinen Anfang mit einer Lösung gemacht. Sie säen nur Drahtengähne; wenn Sie den Syndikalismus töten wollen, müssen Sie der vernünftigen Gewerkschaftsbewegung die Hand reichen und den Irrtum fahren lassen, daß Gewalt ein Heilmittel gegen wirtschaftliche Unzufriedenheit ist.“

Während dieser Rede betrat Vorka den Senat. Schreiner wandte sich gegen ihn und beschwor ihn, doch zu bedenken, daß die vermeintliche Stärke nur eine fundamentale Schwäche sei und vor allem darauf zu achten, daß man nicht später von ihm sage, daß seine Ehre in der Schande wurze. Auch erwähnte er ferner, daß schon zwei- bis dreitausend Bergarbeiter das Land verlassen hätten, da sie sich nicht mehr in einem freien Lande fühlen und prophezeite, daß ein Mangel an weißen Arbeitern eintreten werde.

Der englische Eisenbahnerverband hat an den südafrikanischen Eisenbahnerverband die Summe von 500 Pfund geschickt, um ihm aus der augenblicklichen Schwierigkeit zu helfen. Nach der Verhaftung Moutsmas wurden alle bezahlten und unbezahlten Beamten der Organisation ins Gefängnis geworfen. Die Polizei drang in das Hauptbureau des Verbandes ein und hielt es 16 Tage besetzt. Nach der Niederwerfung des Streiks wurden alle Beamten

des Eisenbahnerverbandes von der Eisenbahnverwaltung entlassen.

Wie der „Justice“ meldet, wird sich nach Beendigung der Protestversammlungen eine Deputation zu dem Ministerpräsidenten begeben, um die Reichsregierung zu bestimmen, der Andemnitätsbill ihre Zustimmung vorzuenthalten.

Begeisterter Empfang der Frauen der Deportierten.

London, 12. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Genossinnen Bouisma, Bain und Watson, Ehefrauen der deportierten südafrikanischen Arbeiterführer, kamen heute aus Afrika mit dem Dampfer „Grantully Castle“ im Hafen von Southampton an. Seitens der Vertreterinnen von dreihunderttausend organisierten englischen Arbeiterinnen wurde ihnen ein herzlicher Empfang bereitet. Auf der Londoner Station Waterloo erwartete die Frauen der Deportierten eine gewaltige Frauenmenge, die bei der Einfahrt des Zuges in begeisterte Hochrufe einstimmte.

Mit demselben Dampfer kamen auch eine große Zahl Johannesburg-er Arbeiter an. Diese erzählten, daß man sie während des Streiks verhaftet und in die schmutzigen Kafferngefängnisse geworfen habe. Nach acht-tägiger Haft habe man sie zu Strafen bis zu 25 Pfund (500 Mark) verurteilt und der Meidung von ihnen bedient, innerhalb 48 Stunden das Land zu verlassen. Einige von ihnen, die ein Häuschen besaßen, mußten dies um jeden Preis losschlagen.

Rußland.

Erklärungen Sazonows.

Sankt Petersburg, 12. März. Der Spezialkorrespondent des „Az“ hatte mit dem russischen Minister des Äußeren Sazonow eine längere Unterredung. Der Minister stellte alle aggressiven Absichten gegen Deutschland oder Oesterreich auf das bestimmteste in Abrede. Die Steigerungen der Rüstungen würde gerade vom Deutschen Reich veranlaßt. Die deutsche Initiative hat ihre Rückwirkung in Frankreich, sowie sie auch die Erhöhung des Effektivbestandes in Oesterreich-Ungarn nach sich gezogen hat. Es ist somit ganz natürlich, daß auch wir nach dieser Richtung hin Schritte getan haben. Gleichzeitig bauen wir, was sich von selbst versteht, unser Eisenbahnetz aus. Ich halte es somit für selbstverständlich, daß auch wir unsere Kräfte entwickeln. In alle dem erblicke ich jedoch keinen Anlaß, sich irgendwie aufzuregen. Wir sind groß genug, und es beschäftigt uns nur ein einziger Gedanke, der Gedanke, unseren Reichtum zu verwerthen und zu entwickeln. Kein, wir wollen keinen Krieg. Wir wünschen ein gutnachbarliches Verhältnis mit Oesterreich-Ungarn, und ebenso werden wir eine gute Nachbarschaft mit Deutschland wünschen.

Amerika.

Ausschluß Murphys.

London, 12. März. Die Zeitungen melden aus New York, daß Murphy, der Voh von Tammany-Hall, und vier seiner Helfershelfer aus dem National Democratic Club ausgeschlossen worden sind. Die Verwaltung des Clubs bemühte den Umstand, daß sich die fünf Mitglieder mit ihren Beiträgen drei Monate im Rückstand befanden, um ihre Mitgliedschaft kurzerhand für erloschen zu erklären und nachträgliche Zahlung abzulehnen.

Aus der Partei.

Die Rote Woche.

Der Gendarmenkampf gegen die Rote Woche wird in der Provinz weiter fortgesetzt. In Münzdorf, Kreis Orlau (Sachsen), schickte der Amtsvorsteher eine Verfügung an die Gastwirte, in der es hieß: „Das Anheften sozialdemokratischer Blätter in der Roten Woche vom 8. bis 15. März haben Sie mit größter Strenge zu verhindern und zu ahnden.“ Der Erfolg war, daß der Dorfgastwirt schleunigst das Verbandsplakat des Landarbeiterverbandes, ein Verbandsplakat der „Volkswacht“ und eine Einladung zur Frauenversammlung von den Wänden herunterriß.

Damit werden der Landrat und der Amtsvorsteher zwar zufrieden sein, die Wirkung der Roten Woche aber werden sie nicht abschwächen. Im Gegenteil!

Erfolge der Roten Woche.

In den ersten beiden Tagen der Roten Woche wurden in Breslau 408 neue Parteimitglieder gewonnen.

Im Agitationsbezirk Frankfurt a. M. beträgt der bisherige Gewinn der Roten Woche 2700 Mitglieder und 913 Abonnenten. Die letzten Tage sind besonders der Presse gewidmet.

In Halle a. S. sind durch eine Hausagitation der Frauen bereits vor der Roten Woche 171 neue Mitglieder gewonnen worden. Trotzdem nur einige Bezirke der Stadt das Resultat ihrer Tätigkeit dem Sekretariat übermittelt haben, konnte bis Dienstag festgestellt werden, daß bisher 392 neue Mitglieder der Partei zugeführt worden sind. In einem Orte des Saalkreises, in Frauendorf, wurden 70 Aufnahmen gemacht.

Die christlichen Gewerkschaften gegen die Rote Woche.

Sinter dem Reichsverband und der bürgerlichen Presse dürfen die christlichen Gewerkschaften und ihre geistlichen Drahtzieher in der Hebe gegen die Rote Woche nicht zurückbleiben. In Freiburg i. B., dem Sitz der Zeitung der christlichen Gewerkschaften Vadens, veröffentlichten die zwei Zentrumsblätter einen Aufruf, in dem aufgefordert wird, die Rote-Woche-Agitation mit dem Beitritt in die christlichen Gewerkschaften zu beantworten: „Wenn die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen lezteres tun, treten sie der Roten Agitationswoche in der richtigen Weise entgegen.“

Die Antwort auf die christlichen Annahmen ist im voraus schon erteilt worden, denn die „Freiburger Volkszeitung“ befähigt schon jetzt die Gewinnung von 200 neuen Abonnenten. In Freiburg wurden auch 100 neue Mitglieder für den sozialdemokratischen Verein gewonnen.

Gemeindevorwählerfolge.

Bei den Gemeindevorwählerwahlen in Groß-Weidau bei Breslau wurde Genosse Ketter mit großer Mehrheit gewählt. Bei den nächsten Wahlen verschwinden die letzten bürgerlichen Vertreter aus der dritten Abteilung.

In Langensalza im Wahlkreis Götting-Landau wurden in der dritten Wählerklasse die beiden sozialdemokratischen Kandidaten mit 137 gegen 3 bürgerliche Stimmen gewählt.

In Schleife (Wahlkreis Rothenburg-Heubach) siegte der sozialdemokratische Kandidat in der ersten Abteilung. — Die erste Abteilung wird in der Hauptsache von den Eisenbahnarbeitern ge-

bildet, während die Bauern und Fuhrwerker meist der zweiten und dritten Abteilung angehören.

Das dreißigjährige Bestehen eines Parteiblattes.

London, 11. März. (Fig. Ver.) Am 10. März fand in dem Cannon-Street-Hotel die durch ein Gastmahl eingeleitete Feier des dreißigjährigen Bestehens unseres Bruderblattes „Justice“ statt. Wenige sozialdemokratische Blätter können auf ein Leben so voller Kampf zurückblicken wie das Organ der „British Socialist Party“, das die ersten organisierten englischen Sozialdemokraten vor 30 Jahren mit dem gewaltigen Kapital von 500 Pfund Sterling ins Leben riefen. Der Genosse Jack Williams, einer der Gründer, schilderte in einer Rede all die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren: wie alle Genossen an der Herstellung und Verbreitung des Blattes mitarbeiteten; wie die einen schrieben, andere das Setzen lernten, wieder andere den Vertrieb übernahmen; wie oft das Blatt vor dem Zusammenbruch gestanden und doch Begeisterung und Opfermut immer wieder das Unglück verhütet haben. Von allen Rednern wurde auch des verstorbenen Genossen Cusack gedacht, der „Justice“ mit beispielloser Hingebung und Aufopferung so viele Jahre redigierte. Harry Cusack, der sich vom Landarbeiter zu einem der besten Menschen hinaufgearbeitet hatte, war zweifellos eine harte Persönlichkeit, die dem Blatte einen ureigenen Stempel aufdrückte. Man kann, ohne ernstlichen Widerspruch befürchten zu müssen, sagen, daß kein anderes sozialistisches Blatt in englischer Sprache bei der Kritik der Gesellschaftszustände und der Bewertung der Tagesereignisse so gründlich von sozialistischem Geiste durchdrungen ist, wie „Justice“. Heute sieht das Blatt finanziell auf festeren Füßen als je zuvor und der Wunsch der Genossen der B. S. P., daß sich „Justice“ zu einem Tageblatt entwickeln möge, hat mehr Aussicht auf Erfüllung.

Aus Industrie und Handel.

Die Stromlieferung für die Berliner Stadtbahn.

Die preussische Staatsregierung hatte bekanntlich zuerst beabsichtigt, die elektrische Energie für die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen auf Grund eines dreißigjährigen Stromlieferungsvertrages von Privatunternehmern zu beziehen. Der Widerpruch, der sich hiergegen erhob, veranlaßte sie jedoch, davon abzusehen und die Frage der Eigenherzeugung der elektrischen Energie zu prüfen. Sie scheint jetzt geklärt zu sein. Wie aus der dem Abgeordnetenhause vor kurzem zugegangenen Hebersicht der Entschlüsse der königlichen Staatsregierung auf Beschlüsse des Hauses der Abgeordneten hervorgeht, ist die Regierung nunmehr der Ansicht, daß die Anlage staatlicher Kraftwerke sogar mit Ersparnissen an den Kosten der Stromgewinnung verbunden sein würde. Dieses Jugeständnis ist außerordentlich lehrreich. Gibt es doch denjenigen recht, die von Anfang an die Meinung vertraten, daß der Staat die Energie ebenso billig wie Privatunternehmer erzeugen könnte. Das gleiche gilt natürlich auch für andere öffentliche Verwaltungen, z. B. höhere Gemeinden und Gemeindeverbände, welche vor der Frage stehen, ob sie die Energieversorgung ihres Gebietes selbst in die Hand nehmen oder Privatunternehmern überlassen sollen.

Ein diskreter Geschäftsbericht.

In dem Geschäftsbericht der Hamburg-Amerika Linie findet zwar die Tatsache, daß von Seiner königlichen Hoheit dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern in Vertretung Sr. Majestät des Königs Ludwig ein Dampfboot gekauft wurde, gebührende Würdigung, dagegen werden die Vorgänge, die sich im letzten Jahre in Oesterreich-Ungarn abgespielt haben, mit keiner Silbe erwähnt. Und doch herrscht kein Zweifel darüber, daß der österreichische Auswanderer-Skandal das Zwischengeschäft der Hapag lange Zeit auf das gefährlichste bedroht hat, und daß tatsächlich für das Jahr 1914 mit einer starken Abminderung der Auswanderung über Hamburg zu rechnen ist, weil eben die österreichische Regierung dem Treiben gewisser deutscher Schiffskapitane in Galizien usw. das Handwerk gelegt hat. Die skandalösen Machinationen ihrer Geheimagenten haben den deutschen Großreedereien in Oesterreich-Ungarn die Sympathien aller maßgebenden Kreise und sämtlicher politischen Parteien verschert. Herr Ballin hat das zu seinem Leidwesen an der sehr kühlen und misstrauischen Behandlung im österreichischen Handelsministerium erfahren müssen. Es ist gewiß kein Zufall, daß die von ihren Konkurrenten so verdächtige Kanada-Linie jetzt von der Regierung wieder zur Auswandererförderung zugelassen und eher noch günstiger gestellt wird als die deutschen Poolgesellschaften. Die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung sowie die hieraus resultierende Verminderung des Zwischenbedarfsverkehrs werden im Geschäftsbericht der Hapag nicht erwähnt. Freilich hat Herr Ballin für seine auffallende Schweigsamkeit eine — allerdings sehr scharfsinnige — Entschuldigung. Er kann sich darauf berufen, daß die letzten entscheidenden Besprechungen in Wien erst im neuen Geschäftsjahre stattfanden. Hätte er aber diese auch völlig unermähnt gelassen, wenn sie einen günstigen Ausgang gehabt hätten? Man hätte glauben sollen, daß die größte deutsche Reederei in ihrem Geschäftsbericht Gelegenheit nehmen würde, sich wenigstens von den schlimmsten Vorwürfen zu reinigen, die im In- und Auslande gegen ihre Geschäftsgebahren erhoben wurden. Es kann darüber kein Zweifel bestehen, warum sich die „Hapag“ diese Gelegenheit hat entgehen lassen.

Letzte Nachrichten.

Eine mißlungene Gründung.

Wolffs Telegraphen-Bureau vermittelte gestern abend folgende Nachricht: Von beteiligter Seite wird mitgeteilt: Die gestrigen und heutigen Verhandlungen über die Gründung einer „Deutschen Gesellschaft für Welthandel“ haben zu dem Ergebnis geführt, daß von einem weiteren Verfolg der Angelegenheit Abstand genommen worden ist. Es war in der gestern unter Vorsitz des Generaldirektors Ballin-Hamburg abgehaltenen Versammlung gemeinsam von den Vertretern des Zentraverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen beschlossen worden, diese Gesellschaft unter der Voraussetzung zu begründen, daß der Deutsch-amerikanische Wirtschaftsverband sich der Deutschen Gesellschaft für Welthandel auf Grund und im Rahmen ihrer Satzungen anschließt werde. Der Zentraverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen waren sich darüber einig und bereit, der Industrie gegenüber einheitlich zu vertreten, daß die der Deutschen Gesellschaft für Welthandel anzuschließenden zwischenstaatlichen Verbände nur eine Tätigkeit im Rahmen der Satzung der Deutschen Gesellschaft für Welthandel entfalten könnten und daß nach Gründung der Deutschen Gesellschaft für Welthandel ein Bedürfnis für das Weiterbestehen oder die Neugründung zwischenstaatlicher Verbände nicht bestehe. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt. In hohem Maße bedauerlich bleibt bei diesem Ausgange, daß hiermit die Gelegenheit, in gemeinsamer Arbeit an einer großen, äußerenhalb des Rahmens unserer heimischen Zoll- und Handelspolitik liegenden Aufgabe die deutsche Industrie zu einem, ungenutzt vorübergegangen ist.

Englische Flottenvermehrung.

London, 12. März. (W. T. V.) Premierminister Asquith kündigte heute im Unterhause an, daß der Flottenetat für 1914/15 am 17. März eingebracht werden wird. Dieser sieht eine Gesamtausgabe von 550 000 Pfund Sterling vor. Das Programm für Neubauten bezeichnet vier Schlachtschiffe, vier leichte Kreuzer und zwölf Torpedobootsgeleitboote.



Vereinte Kräfte führen zum Ziel

Das beweist die erfreuliche Fortentwicklung der

Konsumgenossenschaft Berlin u. Umg.

Um weiten Bevölkerungskreisen ein Bild von der Stärke dieser Organisation zu geben, findet

Sonntag, den 22. März 1914 (nicht am 15. März),
vormittags 10 bis 12 Uhr,

Besichtigung der Betriebsanlagen

Lichtenberg, Rittergutstraße 16/26

statt, wozu wir Freunde und Gönner des Unternehmens freundlichst einladen.

Die Konsumgenossenschaft besitzt:

Zwei große moderne **Dampfbäckereien** mit einem täglichen Mehlverbrauch von 450 Zentner.

**Eigene Konditorei, Pfefferkuchenbäckerei, Kaffee-
rösterei, Selterfabrik, Zentrallager, Wohnhäuser.**

88 000 Mitglieder decken in 125 Verkaufsstellen ihren Bedarf.

Voraussichtlicher Jahresumsatz 18 Millionen Mark.

Die Mitgliedschaft kann jedermann erwerben.

Das Beitritts-
geld beträgt

50 Pfennige

Mitglieder werden auf-
genommen in allen

Verkaufsstellen

NW. Beuffelstr. 4/5
Charitéstr. 8
Ebdener Str. 50
Kostoder Str. 35
Spenerstr. 21
Stendaler Str. 5
ab 16. März Lübecker
Straße 29
Hfnaustr. 16
N. Vornemannstr. 1
Boyerstr. 4
Rehrbelliner Str. 54
Gartenstr. 3

N. Gerichtstr. 3
Meinstr. 46
Hochmeisterstr. 16d
Hochstädterstr. 6
Duffitenstr. 53
Koloniestr. 139
Lychener Str. 19
Nordufer 4b
Prinzenallee 85
Prinz-Eugen-Straße 24
Kamlerstr. 11
Schivelbeiner Str. 9
Soldiner Str. 103

N. Stolpische Str. 24
Ewinemünder Str. 33
Togost. 4
Transvaalstr. 3
Willdenowstr. 4
NO. Böghowstr. 34
Wüschingstr. 12
ab 1. April Barnim-
straße 4/5
Elbinger Str. 42
Raugarder Str. 45
Wiesstr. 63
Zelterstr. 28

O. Böhlerstr. 7
Gabelsbergerstr. 11
Grüner Weg 15
Kochmannstr. 14
Kopernikusstr. 3
Küstriner Platz 4
Liesigstr. 7
Mirbachstr. 26
Pettentofenstr. 26
Zorndorfer Str. 61
SO. Adalbertstr. 36
Admiralstr. 28
Forster Str. 3

SO. Ranteffelstr. 91
Brangelstr. 65
S. Alte Jakobstr. 57/59
Gaeßestr. 65
SW. Arndtstr. 5
ab 1. April Arndt-
straße 29
Kochstr. 62
Wassertorstr. 20
Yorkstr. 70
W. Goebenstr. 17, Ecke Gultstr.
ab 1. April Gultstr. 20
Kurfürstenstr. 17.

Ablershof, Bismarckstr. 11
Alt-Bliesenitz, Rudower
Str. 59, Ecke Köpenicker Str.
Baumschulentalweg, Baum-
schulentalstraße 93a
Bohnsdorf, Paradiesstr. 17
Borsigwalde, Schubartstr. 21
Britz, Werderstr. 31
Charlottenburg, Fredericia-
straße 11
Majerlin-Augusta-Allee 55
Pestalozzistr. 55
Potsdamer Str. 30
Ballstr. 23
Beimarer Str. 29
Erkner, Friedrichstr. 54

Friedenau, Roselstr. 7
Friedrichsfelde, Capri-
Allee 44
Friedrichshagen, Drachholz-
straße 2
Grünau, Köpenicker Str. 8
Hermisdorf, Berliner Str. 16a
Johannisthal, Bismarckstr. 6
Karlshorst, Treptow-Allee 100
Köpenick, Berliner Str. 5
Vorgmannstr. 5
Müggelheimer Str. 48
Lichtenberg, Bozhagener
straße 24b
Bürgerheimstr. 103
Zinowstr. 2

Gürtelstr. 40
Kozartstr. 2
Rittergutstr. 22
Bismarckplatz 5
Bühlischstr. 57
Lichterfelde-Lankwitz, Kaiser-
Wilhelm-Str. 43
Mariendorf, Kaiserstr. 110
Neukölln, Böhmisches Str. 47
Bruno-Bauer-Str. 22
Emser Str. 33
Herrfurthstr. 6/6a
Herzbergstr. 22
Hobrechtstr. 26/27
Münchener Str. 39
Steinmehstr. 107

Beferstr. 28/29
Bilkenbruchstr. 89/90
Nieder-Schönhausen, Kaiser-
Wilhelm-Str. 79
Nieder-Schöne-weide, Ber-
liner Str. 110
Ober-Schöne-weide, Edison-
straße 50
Rathildenstr. 5
Pantow, Berliner Str. 47
Polantstr. 102
Reinickendorf-Ost, Holländer-
straße 126
Hoppestr. 16
Reinickendorf-West, Eich-
bornstr. 10

Rosental I, Lindenallee 7
Schöneberg, Apostel-Paulus-
Straße 40
Ebersstr. 26
Sedanstr. 82/83
Steglich, Albrechtstr. 115
Südende, Lichterfelder Str. 36
Tegel, Bahnhofstr. 15
Schlieperstr. 27
Freie Scholle 20
Tempelhof, Berliner Str. 39
Dorfstr. 19/20
Treptow, Graefstr. 58.
Weißensee, Langhansstr. 7
Lehderstr. 62
Wilmerdorf, Augustastr. 3

Die Verkaufsstellen sind geöffnet an Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags
und von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, Sonnabends bis 9 Uhr abends.

Sonntags geschlossen.
Der Vorstand.

Gewerkschaftliches.

Arbeitslose Techniker.

Die Arbeitslosigkeit ist eine unerbittliche Begleiterin der kapitalistischen Produktion, die an keinem Erwerbszweig und an keiner Berufsschicht vorüber geht.

Für die Richtigkeit dieser Annahme sprechen auch die Ergebnisse einer im Dezember v. J. in zehn Großstädten vorgenommenen Fählung der arbeitslosen Techniker.

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit wurde auf 120 Tage, also rund vier Monate, bei den über 25 Jahre alten Angestellten auf 142 Tage, also fast fünf Monate, festgestellt!

Ferner ergab sich, daß in der Regel die Verheirateten mehr und länger arbeitslos waren als die Ledigen, die älteren länger als die jüngeren, die Angestellten mit großer Familie länger als die mit kleiner Familie.

Kleines Feuilleton.

Die lästige Ausländerin. Am zweiten Tage des Internationalen Kongresses von 1912 war's! Im Saale der Burgvogtei in Basel begründete ein hochgewachsener Mann mit scharfgeschnittenen Gesichtszügen die Zustimmung zur vorgeschlagenen Resolution, in der gegen den Krieg lebhafter Protest erhoben wurde.

Es war der italienische Delegierte. Wie eine herrliche Arie flossen die l, a, o, u und e im breiten Strome durch den Saal. Wie prächtig das Klingt, dachte ich und verließ meinen Platz am Journalistentisch, um näher beim Rednerpult zu sein.

Der Italiener endete, und sofort bestieg die kleine Frau den Platz, von dem aus die Delegierten sprachen. Der Vorliegende erteilte ihr zur Uebersetzung das Wort. Diese erfolgte zunächst in deutscher Sprache.

Jetzt kam Leben in die französische Delegation, denn der Vorliegende verständete, daß die französische Uebersetzung folgen würde. Und die kleine Frau blieb auf ihrem Platze.

Sie hatte geendet. Draufender, stürmischer nicht endender Weisfall erscholl. Die Delegierten des internationalen Proletariats erhoben sich, wenn eine Russin eine italienische Rede in die deutsche, französische und englische Sprache übersetzt.

Diese Sozialistin war — die Genossin Dr. Palabanoff aus Mailand, die man am verflochtenen Montag aus Panau ausgewiesen hat.

Der Heldentod fürs Vaterland. Koch waren die sechzehn Soldaten, die die Lawine im Ostlergebiet getödet hatte, nicht beerdigt, als auch schon an der Österreichisch-montenegrinischen Grenze Blut vergossen wurde.

aus Raummangel leider nur wenige zum Abdruck bringen können.

Bautenmeister, 56 Jahre alt, 40 Jahre im Beruf, letzte Stellung 32 Jahre, verheiratet, acht Kinder, seit 1. Oktober 1913 arbeitslos.

Architekt, 39 Jahre alt, unorganisiert, verheiratet, 24 Jahre im Beruf, letzte Stellung 22 Jahre, heilungslos seit dem 1. Oktober 1912 wegen Konkurs.

Bauingenieur, 59 Jahre alt, unorganisiert, geschieden, 2 Jahre arbeitslos. Habe bereits das letzte verfehlt und weiß nicht, wo ich die Rente zum 1. Januar 1913 herbekommen soll.

Handführer, 27 Jahre alt, ledig, im April krank aus dem Ausland gekommen und seitdem heilungslos. Habe in den wenigen Monaten mehr zu kämpfen als in der ganzen Zeit meines Auslandsaufenthaltes.

Hochbautenmeister, 43 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, seit einem Jahr arbeitslos. Habe schwere Nahrungsjorgen. Bin am 5. 12. ermittelt worden.

Tiefbauingenieur, 50 Jahre alt, verheiratet, fünf Kinder, seit Anfang 1912 arbeitslos. Nur durch Mitharbeit meiner Frau und einmalige Unterstützung des D. T. B. sind wir vor dem aller schlimmsten bewahrt worden.

Mehrere Duzend derartiger Schilderungen sind da abgedruckt, immer eine noch trauriger als die andere, und das ist doch auch nur eine Auswahl!

Berlin und Umgegend.

Die Ehre der Berliner Gelben.

Aus Anlaß einer Betrachtung über die Art des Wachstums gelber Wertvereine im allgemeinen und des Wertvereins der Brennaborwerke in Brandenburg a. N. im besonderen war es zwischen dem Vorsitzenden des genannten Vereins A. Weidner und der „Brandenburger Zeitung“ zu einer kurzen Polemik gekommen.

Wüde Montenegro schwer bedrängt. Es mußten zwecks Aufrechterhaltung des Friedens ein paar Söhne der Schwarzen Berge geopfert werden.

Die Drtschaft Metalka ist zur Hälfte bosnisch, zur Hälfte montenegrinisch. Die Grenzlinie geht mitten durch den Ort. Eines Tages verhielten die Montenegriner eine bosnische Gendarmepatrouille, einen Saumweg in diesem Drecksteil zu betreten.

Wie unglücklich und ungefährlich ist eine Lawine, wiewohl sie sechzehn Menschenleben wegwischt, im Vergleich zu einer Militärverwaltung, die nach Laten brennt. Noch waren die Sechzehn, die sie der unberechenbaren Natur geopfert hatte, nicht beerdigt, und schon stürzte sie ein blutiges Trümpel.

Der Protest der Radren. Eine sonderbare Nachricht kommt aus Victoria, der Hauptstadt der kanadischen Provinz British Columbia: 6000 Duchoborzen haben den Behörden kund und zu wissen getan, daß sie, wenn ein jüngst eigens gegen sie und ihre Besonderheiten erlassenes Gesetz wirklich aufrechterhalten werden sollte, nach wie Gott sie geschaffen, durch die Straßen der Hauptstadt ziehen würden.

Das Volk beschuldigte sie vielfacher Greuel und Gewalttaten, weshalb eine scharfe Untersuchung eingeleitet wurde, die mit der Verurteilung ihrer „Engel und Apffel“ endete. Sie wurden dann 1841 nach Transkaukasien verbannt und das Land wurde nach ihnen Duchoborzen genannt.

Einem der alten Kämpfer, die 1887 unter ihnen eintrat, deraufhin einen großen Teil der Duchoborzen, nach Kanada und Ostibirien auszuwandern. Sehr angenommen hat sich ihrer Totschlag, der ihnen, als sie auswanderten, den Vertrag eines seiner

beantragte Klageerhebung gegen Weidner wegen Beleidigung Barons, die in dem Vornurf der unwürdigen Haltung der „Brandenburger Zeitung“ enthalten war, lehnte die Staatsanwaltschaft, wie auch auf eingereichte Beschwerde der Oberstaatsanwalt ab. Es wurde nunmehr gegen Weidner Privatklage erhoben, die noch schwebt.

Wie und um was sich doch nicht alles die objektivste Behörde bemüht!

Deutsches Reich.

In der Göttinger Möbelfabrik (Inhaber Paul Kerger) streiken seit Mittwoch früh die Tischler, Beizer, Polierer und Maschinenarbeiter, weil der Unternehmer den bestehenden Tarif verletzete. Mit der Firma Kerger ist im vergangenen Frühjahr ein Tarifvertrag abgeschlossen worden und zwar desselben Inhalts wie der Vertrag, der mit den dem Unternehmerverband angeschlossenen Betrieben geschlossen wurde.

1500 Granitarbeiter ausgesperrt.

Die Granitwerksschleiferarbeiten im Fichtelgebirge haben am 9. März an die 1500 Steinmetzen, Schleifer, Säger und Hilfsarbeiter ausgesperrt. Die Arbeiter hatten sich erlaubt, beim Ablauf des Tarifes Lohnforderungen zu stellen. Die Unternehmer ließen sich nur zu ganz unbedeutenden Zugaben herbei.

Die Unternehmer verlangten, daß der bisherige Tarif, welcher äußerst kompliziert in seinem Aufbau ist, mit den zugestandenem geringfügigen Verbesserungen ohne weiteres auf drei Jahre weiter laufen sollte. Die Arbeiter lehnten dieses Ultimatum ab und so kündigten die Unternehmer. Die Herren haben es auf einen Kampf abgesehen, denn sie ließen sich frühzeitig bei der Dresdener Streikversicherungs-Gesellschaft aufnehmen.

Notizen.

Theaterchronik. In der Komischen Oper wird am Sonntag, den 15. März, nachmittags 8 Uhr Wagner's Lohengrin bei kleinen Preisen gegeben.

Kunstabend. Ein Goethe-Abend findet Sonntag, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Schilleraal, Charlottenburg, statt. Den einleitenden Vortrag hält Dr. G. Lang. Außerdem Rezitationen und Gesangsbeiträge.

Die Neuordnung der Nationalgalerie ist jetzt vollendet. Von Sonnabendnachmittag 2 Uhr an wird sich die Galerie dem Publikum im neuen Gewände präsentieren.

Alles flieht. Die Welt ist eine andere geworden; wir in unserem Lebensalter sind vielleicht nicht mehr imstande, moderne Kunst zu erfassen und richtig zu beurteilen. Der Kunstgeschmack wechselt beständig. Jeder große Künstler ist ursprünglich ein Sezessionist gewesen. Das jüngere Geschlecht unter uns denkt und urteilt schon ganz anders als wir.

Ob der Oberbürgermeister ebenso „modern“ denkt, wenn es sich z. B. um die Arbeiterjugendbewegung handelt?

Einer, der sie kennt. Wenn Geld dazu hat, spielt sich heute als Mäzen und Kunstkenner auf und macht die jeweilige Kunstmode mit. Der alte Monet, der bedeutendste von den überlebenden Impressionisten hat neulich diese Kreise gekennengezeichnet. Um 1880 begann der bis dahin Bekannte berühmte zu werden — und dann begann die lächerliche Uebertreibung. „Sehen Sie — erzählte Monet — ich erinnere mich noch an die Zeit, wo einer mit Rot und Blau 100 Franken zusammenkrochte, den Künstler aufsuchte, um ihm sein Bild abzukaufen und seine Leinwand dann zitternd vor Wind mit sich nahm. Jetzt gibt man 50 000 Franken — und versteht nichts davon. Man erklärt die Malerei zu lieben. Ich glaube nicht daran. Ich muß natürlich mitgehen, aber oft schäme ich mich, eine ungeheure Summe für ein im Späth hingeworfenes Werk anzunehmen.“

Das Alkohollotto. Seit zwei Wochen trinkt der Stockholmer seinen Alkohol a konto. Das will heißen, daß seit 14 Tagen das Bratensystem eingeführt ist, das den Alkoholverbrauch dadurch einzuschränken sucht, daß den Kunden Spirituosen nur auf ein Kontobuch hin ausgeschrieben werden. Nach all den vorausgegangenen Kämpfen ist diese einschneidende Neuerung fast sang- und klanglos ins Land eingezogen. Aber schon in der kurzen Frist ihres Bestehens haben sich ihre wohltätigen Folgen bemerkbar macht.

Rassenfänge eines seltenen Fisches. Neflige Fänge von edtem Petermann (Steinforselle) sind in den letzten beiden Wochen von Westmündler Fischdampfern gemacht worden, die im Kattegat gefischt hatten. In einzelnen Zügen förderte das Reg 40 bis 50 Zentner dieses sonst nicht sehr häufigen Fisches zutage; verschiedene Dampfer landeten jeder 300 Zentner in Geestemünde. Die Folge war, daß der Preis auf den dritten Teil sank.

Die Unternehmer werden sich weiter bemühen, Arbeitswillige anzuwerben, was ihnen aber nicht so leicht gelingen dürfte. Die Verarbeitung des recht harten Granits erfordert eine langjährige Berufstätigkeit.

Die Aussperrung in der Solinger Waffenindustrie wird sich allem Anschein nach noch auf die übrigen Branchen erstrecken. Einige der Firmen, mit denen die Differenzen bestehen, beschäftigen neben den Wasserarbeitern auch noch Arbeiter, die Schneidwaren herstellen, Messer, Haarschneidemaschinen. Diese Arbeiter sind bisher von der Aussperrung nicht berührt, sie sind auch nicht gefährdet. Die Fabrikanten verlangen jetzt von ihnen, daß sie an der Herstellung von Waffen mitwirken sollen. Die Arbeiter weigern sich natürlich, die von den Wasserarbeitern liegende gefährliche Arbeit zu verrichten. Die Fabrikanten gehen aber rücksichtslos vor und kündigen jeden, der sich weigert, an den Waffen zu arbeiten.

Danach wird sich die Aussperrung auch auf die Branchen ausdehnen, die bisher mit der Fabrikation von Waffen nichts zu tun hatten.

Ausland.

„Des Königs Lohn“.

In den englischen Grafschaften Norfolk und Essex ist vor einigen Tagen ein Kampf zwischen den organisierten Landarbeitern und den organisierten Pächtern um Anerkennung der Arbeitergewerkschaft, bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit ausgebrochen, der allem Anschein nach eine allgemeine Landarbeiterbewegung in Großbritannien einleiten wird. In Essex haben einige Farmer ihre Arbeiter ausgesperrt, da diese der Landarbeitergewerkschaft angehören, die in dem Landesteil schon 75 Proz. der Landarbeiter organisiert hat. In dem nordwestlichen Teil Norfolks haben die streikenden Landarbeiter den Schladtrauf erhoben: „Her mit des Königs Lohn!“ In dieser Gegend liegt ein Gut des Königs von England, Sandringham genannt. Dort hat der König vor kurzem die Löhne seiner Landarbeiter auf 16 Schilling die Woche erhöht. Er hat ihnen zudem jeden Sonnabend einen halben freien Tag gegeben und verfügt, daß kein Arbeiter ohne sechsmonatige Kündigung aus seinem Hause gejagt werden darf. Diese kleine Reform, zu deren Verwirklichung die öffentliche Besprechung der jämmerlichen Lage der Landarbeiter und das Erstarken der Landarbeiterorganisation nicht wenig beigetragen haben werden, hat bei den Pächtern der angrenzenden königlichen Güter bittere Vorwürfe gegen den König ausgelöst. Die Landarbeiter aber hat sie angespornt, die gleichen Vorteile zu verlangen. Der unmittelbare Anlaß zu dem Kampf gab eine Streitigkeit über die Arbeitszeit. Die Pächter wollten an dem zweischichtigen Festhalten, bei dem die Arbeitszeit durch eine zweistündige Mittagspause unterbrochen wird, in der die Pferde gefüttert werden. Die Arbeiter wollten jedoch ohne Mittagspause arbeiten, um früh Feierabend machen zu können und Zeit zu gewinnen, ihr Gärtnchen zu bestellen oder nach der Stadt zu gehen. Angespornt durch die Handlungsweise des Königs, fordern nun die Landarbeiter, daß ihr Lohn ebenfalls von 14 auf 16 Schilling die Woche erhöht werde, und daß man ihnen auch die anderen Vorteile gewähre, die die Arbeiter auf dem von dem König selbst bewirtschafteten Gut genießen. Der Kampf hat in anderen Teilen Englands ein lautes Echo gefunden. Der Sekretär des Landarbeiterverbandes erklärt, daß er aus allen Teilen Englands mit Briefen übersättigt würde, in denen die Mitglieder der Organisation um Erlaßnis bitten, sofort in den Kampf zu treten; es sei äußerst schwer, sie von unüberlegten Aktionen zurückzuhalten. Der Vorstand des Verbandes hat beschlossen, von Norfolk aus einen das ganze Land umfassenden planmäßigen Kampf zur wirtschaftlichen Hebung der Landarbeiter einzuleiten.

Wie notwendig dieser Kampf ist, beweist schlagend der jüngst erschienene Bericht der liberalen Agrarkommission. Nach diesem Bericht haben über 60 Proz. aller englischen Landarbeiter eine wöchentliche Einnahme aus allen Quellen von weniger als 18 Schilling. Da in diesen Einnahmen die dem Arbeiter gelieferten Naturalien eine bedeutende Rolle spielen und da der Wert dieser Naturalien von dem Arbeitgeber berechnet ist, kann man sicher sein, daß die Wirklichkeit noch trauriger ist, als die Zahlen angeben. Der Verband der Landarbeiter, der den Horn des Pächterverbandes auf sich gezogen hat und jetzt sich anständig, auf der ganzen Linie zum Angriff überzugehen, hat in den letzten zwei Jahren schnelle Fortschritte gemacht. Vor zwei Jahren bestanden erst 50 Ortsgruppen, heute gibt es deren mehr als 200; monatlich nimmt die Zahl seiner Mitglieder um 1000 zu. Seit den 70er Jahren, als der große Landarbeiterverband unter den Keulenheben der Pächter und des Klerus zusammenbrach, ist es schier unmöglich gewesen, die Landarbeiter zu organisieren. Jetzt regt es sich wieder überall und in Essex hat man es erlebt, daß ausgesperrte Landarbeiter mit ihrer Fahne durch die Dörfer zogen und sozialistische Lieder, wie die „Rote Flagge“ und „England, hoch auf, die Nacht ist nun gewichen“, sangen.

Der Arbeitsnachweis und die Stadt Berlin.

In Berlin besteht seit dem Jahre 1883 ein Zentralverein für Arbeitsnachweis. Vorsitzender des Vereins ist Dr. Freund, der erste Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin. Die ersten Einrichtungen waren in fünf Stadtbezirken, dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz gegenüber, untergebracht. Die Räume zur Arbeitsvermittlung erwiesen sich mit der Zeit als unzulänglich. Ein Neubau in der Gormanzstraße wurde am 27. Juni 1901 begonnen; am 15. Juli 1902 konnte das Haus für Kadarbeiter, am 10. November desselben Jahres das für ungelernete Arbeiter in Benutzung genommen werden.

Inzwischen sind auch diese Räume zu klein geworden, ein großer Neubau ist kürzlich hinzugekommen. Der Verein besitzt seit dem 16. Dezember 1905 die Rechte einer juristischen Person. Die Teilnahme an dem Unternehmen und damit die Entwicklung der Arbeitsvermittlung ist besonders in den letzten Jahren erheblich gestiegen. So betrug die Zahl der Arbeitnehmer, die im Jahre 1905 die Nachweise in Anspruch nahmen 182 000, im Jahre 1912 245 000; offene Stellen wurden 1905 gemeinlich 125 200, im Jahre 1912 201 967 und besetzt wurden davon 1912 166 000 gegen 90 000 im Jahre 1905.

Mit dem Wachsen des Vereins liegen naturgemäß auch die Ausgaben und Einnahmen des Unternehmens, insbesondere haben aber die Einnahmen mit der Entwicklung nicht gleichen Schritt gehalten. Der Verein, der von Anfang seines Bestehens an auf Zuschüsse von dreier Seite angewiesen war, hat im Laufe der Jahre die Mittel der Stadt Berlin in immer höherem Maße in Anspruch genommen. Der Verein unterhielt am Jahresabschluss 1912 eine allgemeine Abteilung und 20 Fachabteilungen. Der Zuschuß der Stadt Berlin, der am Anfang 20 000 R. betrug, liegt im Jahre 1912 auf 55 000 R.

In den Kreisen der Städtischen Verwaltung, Magistrat wie Stadtvorordnetenversammlung, war man daher seit langem der Meinung, daß mit der Zunahme der städtischen Zuschüsse die Stadt Berlin einen größeren Einfluß auf die Verwaltung im Zentralverein für Arbeitsnachweis haben müsse. Im kommenden Haushaltsjahr beträgt der Zuschuß der Stadt 150 000 R. Da der Gesamterlös des Vereins für Arbeitsnachweis für 1914/15 in Einnahme und Ausgabe mit 229 500 R. balanciert, so ergibt sich, daß der

Anteil der Stadt an diesem Etat zirka 65 Proz. beträgt. Durch Verhandlungen mit dem Vorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis hat dieser seine Bereitwilligkeit erklärt, der Stadt einen maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung, und zwar mit 51 Proz. des Stimmenverhältnisses bei Abstimmungen einzuräumen.

Durch Beschluß der Stadtvorordnetenversammlung vom 16. Oktober 1913 stimmte diese dem Vorschlag zu und beschloß gleichzeitig die Einsetzung einer Abteilung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte für den Arbeitsnachweis. Diese Abteilung besteht aus zwei der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte angehörigen Mitgliedern des Magistrats, vier Stadtvorordneten mit gleicher Zugehörigkeit und vier Bürgerdeputierten, und zwar zwei gewerblichen Unternehmern und Arbeitnehmern. Ferner wählt die Stadtvorordnetenversammlung auf die Dauer von drei Jahren drei ihrer Mitglieder der Deputationsabteilung in den Vorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis und ferner drei Ersatzmänner aus ihrer Mitte.

Diese Abteilung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hat nun lebhafte mehrere Sitzungen abgehalten, um zum Etat und anderen verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen. Soweit diese von allgemeinem Interesse sind, seien sie hier wiedergegeben. Zunächst ist zu bemerken, daß Dr. Freund die steigende Teilnahme der städtischen Verwaltung wohl mit einem trodenen und einem nassen Auge betrachtet hat, und daß seine Bereitwilligkeit, die Stadt Berlin an der Verwaltung teilnehmen zu lassen, mit den Worten treffend ausgedrückt wird: „Der Rat gehorcht, nicht dem eigenen Triebe.“

In der erwähnten Abteilung für Arbeitsnachweis der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vom Magistrat die Stadträte Fischel und Raas, als Vertreter der Stadtvorordneten Dr. Bruns, Goldschmidt, Ritter und Thieme, als Bürgerdeputierte Hussfabrikant Lucht, Schlossermeister Winter, Tischler Raab und Holzarbeiter Schumacher.

In der ersten Sitzung der Abteilung wurde der Etat des Zentralvereins für Arbeitsnachweis zur Kenntnis genommen und genehmigt. Die Höhe desselben ist bereits angegeben. Es erfolgte sodann eine Besprechung über die Einrichtung des neu zu gründenden Facharbeitsnachweises für das Gastwirtschaftsgewerbe. Unter dieser zunächst unheimlichen Bezeichnung kam indes eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung zur Erörterung, die für die beteiligten Kreise, insbesondere für die am Arbeitsnachweis beteiligten Gewerkschaften von großer Wichtigkeit ist.

Es handelt sich um die Frage, von wem werden in Zukunft die Arbeitsvermittlung für die einzelnen Facharbeitsnachweise gemacht? Bis her wurde die Sache so gehandhabt, daß die einzelnen Kuratorien, die zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Unternehmern und einem unparteiischen Vorsitzenden bestehen, die Wahl dieser Arbeitsvermittler vornehmen, und daß die Gewählten vom Vorstand des Zentralvereins bestätigt wurden. Dabei sollen sich angeklagt, so behaupten Dr. Freund und auch die bürgerlichen Vertreter mit Einschluß eines Arbeitnehmers aus dem Lager der Hirsch-Dunderschen, Mißstände herausgebildet haben.

Dieser für den strengen Beweis anzutreten, hielt man nicht für nötig, über allgemeine Bemerkungen kam man nicht hinaus. Die Situation wird verständlich, wenn man weiß, daß die Hauptträger des ganzen Arbeitsnachweises die Mitglieder der freien Gewerkschaften sind, die, soweit die beteiligten Gewerkschaften in Betracht kommen, einen Interessentenkreis von 200 000 Personen zählen, während bei den Hirsch-Dunderschen und christlichen Organisationen nur wenige tausende Mitglieder vorhanden sind. Diese Herrschaften sind bekanntlich in der Regel nur da für die weitgehende Parität, wo sie in der Rinderheit sind. Jetzt, wo die Stadt Berlin das Ubergewicht in der Verwaltung des Arbeitsnachweises hat, erachtet sie die Zeit für gekommen, die günstige Situation für sich auszunutzen und die „Parität“ einzuführen, die wir bei den bürgerlichen Parteien gegenüber den Sozialdemokraten im Rathaus des öfteren erlebt haben. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß der spiritus rector der Sache der Vorsitzende des Vorstandes des Zentralvereins Dr. Freund selbst ist. Der Gedanke, daß er in diesen Unternehmen, soweit Arbeiter in Betracht kommen, zu Reingehalten mit Mitgliedern der freien Gewerkschaften zu tun hat, schmerzt ihn von jeher.

Unter Hinweis darauf, daß es sich im vorliegenden Fall nicht nur um das Gastwirtschaftsgewerbe, sondern um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung für die Gewerkschaften handele, wurde die Entscheidung zunächst vertagt. In einer zweiten Sitzung wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen, daß die Wahl der Arbeitsvermittler in Zukunft durch den Vorstand des Vereins erfolge und den betreffenden Kuratorien nur das Vorschlagsrecht zustehe. Damit sind unseres Erachtens künstliche Konfliktsstoffe geschaffen, die sich zur höchsten Blüte entfalten können, mit dem Resultat, allgemeine Unzufriedenheit zu erzeugen.

In einer weiteren Sitzung wurde zur Tagesordnung einer Vorstandssitzung des Zentralvereins für Arbeitsnachweis Stellung genommen.

Seit dem 1. Januar d. J. besteht für Berlin ein Facharbeitsnachweis für das Schneidergewerbe. In einer früheren Sitzung wurde beschlossen worden, etwaige Rechtskosten, die infolge des Fortfalls der Einschreibengebühren entstehen, für diesen Nachweis im nächstfolgenden Etat anzufordern, da der städtische Etat bereits festgesetzt ist. Die für diesen Nachweis entstehenden Kosten sollten aus dem Etatsüberschuss ausgedehnt werden und der Restbetrag aus den Ueberschüssen der diesjährigen Beihilfe gezahlt werden. Dieser Vorschlag ist infolge einer Änderung, daß durch den Fortfall der Einschreibengebühren, den das betreffende Kuratorium beschloß, hat, die Interessentenkreise selbst 5000 R. aufbringen und 3000 R. von der früher gewährten Beihilfe der Stadt Berlin gemindert wird. Die Deputation beschloß ferner, vom Vorstand des Vereins für Arbeitsnachweis für die Zukunft den Nachweis zu fordern, wieviel Arbeitnehmer und Unternehmer aus den Vororten die Arbeitsnachweise benutzen. Es soll damit eine genaue Uebersicht geschaffen werden, in welchem Verhältnis die Beiträge der Vororte, die bis jetzt gering sind, zur Arbeitsvermittlung, die nach den Vororten erfolgt, stehen. Vom Ausschuß des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, der im Februar d. J. in zwei Sitzungen gelang hat, lagen „Grundsätze über die Errichtung und Verwaltung von Facharbeitsnachweisen“ und „Grundsätze über das Verhalten der Arbeitsnachweise bei Streiks und Aussperrungen“ vor. Hierzu waren Abänderungsanträge von einer vom Vorstand des Berliner Vereins eingesetzten Kommission gestellt worden. Beschlossen wurde, diese Grundsätze nebst Abänderungen, über deren Bedeutung noch später zu berichten sein wird, in der nächsten Vorstandssitzung des Zentralvereins für Arbeitsnachweis nicht zu verhandeln, sondern die Entwicklung der Arbeitsnachweisfrage abzuwarten, da wie der Magistratsvertreter erklärte, versucht werden soll, über Groß-Berlin, eventuell durch Bildung eines Zweiverbandes, eine allgemeine Regelung vorzunehmen.

Die beteiligten Gewerkschaften erheben hieraus, daß auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung in Zukunft wichtige und einschneidende Neuerungen bevorstehen.

Stadtvorordnetenversammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 12. März 1914, nachmittags 5 Uhr.

Vorheriger Richtigkeits eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. In den Ausschuß für die Vorlage betr. die Vermehrung der städtischen Beamtenstellen sind auch die sozialdemokratischen Mitglieder Bräunler, Rann, Dr. Wegl, Burm, Buchl, in den Ausschuß für den Umbau des Krankenhauses Raab und Glode, Schneider, Teilsdorf, Dr. Wehl, Wolke, Hecht deputiert worden; in letzterem Ausschusse führt Dr. Wegl den Vorsitz. Der Empfangskommission für den im Mai dieses Jahres vorgesehenen Besuch von 30 Vertretern der Stadt Wien in Berlin gehören auch Dr. Bruns, Weimann, Ritter, Dr. Rosenfeld, Dr. Wegl an.

Die Versammlung beginnt mit der

Spezialberatung des Etatsanschlags für 1914

auf Grund der Berichte des Etatsanschlags.

Stadtv. Hier (A. L.) berichtet über die Abteilungen: Grundstücke, Rauffeinbruch-Rückendorf, Dotationen, Renten, Abgaben,

Polizeikosten, Feuerlöschwesen, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Standesämter, Öffentliche Beleuchtung, Straßenreinigung, Kläranlagen, Bedürfnisanstalten, Gemeindefriedhöfe, Krematorium.

In den „Polizeikosten“ bemerkt

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Die Kosten für die Berliner Polizeiverwaltung wachsen von Jahr zu Jahr; sie sind gegen das Vorjahr allein um 300 000 R. gestiegen. Trotz der wachsenden Ausgaben scheint „teurer und schlechter“ die Devisse des Herrn v. Jagow zu sein. Inerkenntnis will ich dabei aber gern, daß in den Reihen der Polizeibeamten das moderne Bestreben, sich zu vereinigen, sich zu lokalisieren, sich geregt hat. Die Schulleute haben offenbar von den Arbeitern viel gelernt; sie haben es sogar zu einem Demonstrationstug gebracht, als ein gehetzter Kollege Berlin verlassen mußte. Wir haben den Wunsch, daß die Berliner Schulleute sich von ihren Vorgesetzten nicht unterliegen lassen; wir werden sie in dem Bestreben, das Konstitutionsrecht sich zu erziehen, unterstützen. Weniger erfreulich sind die Erscheinungen, welche auf dem Gebiete der Schikanierung der Arbeiterschaft, der Jugendbewegung usw. durch die Polizei auch im vergangenen Jahre gezeigt haben. Herr v. Jagow hat durch seine Maßnahmen und Manifestationen — ich erinnere nur an seinen „Kreuzreitungs“-Artikel in der Hahnenpost — offenbar die Qualifikation zum Reichsanwalt nachgewiesen. Ich weise hin auf die Schikanierung der „Freien Volkshäuser“, auf die fortwährende Spitzelwirtschaft in der Polizeipraxis; ich erinnere an den Polizeigenanten Keiling, einen vielfach bestrafte Verbrecher. Ganz besonders schändlich ist die Polizei gegen die Frauenbewegung vorgegangen. In dem Plakat „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ nahm die Polizei Anstoß; sie gestattete aber, daß die Worte „Heraus mit dem“ überklebt wurden und „Das“ dafür gesetzt wurde. (Rebner breitet die beiden Plakate auf dem Tisch des Hauses aus.) Selbstverständlich stehen wir diesem Polizeisystem absolut ablehnend gegenüber.

Vorheriger Richtigkeits: Die Rede ist erschöpft, die Debatte über das Kapitel geschlossen. (Rufe aus der Versammlung: Die Plakate wegnehmen! Rufe bei den Sozialdemokraten: Warum denn? Es kann sie ja noch einmal sehen wollen! Stadtv. ordneter Oberrealschuldirektor Dr. Kropfle wirft die Plakate vom Tisch. Stadtv. Hoffmann (Soz.) langt sie auf und breitet sie wieder auf dem Tisch des Hauses aus, wobei sich gleichzeitig zum Wort.)

Stadtv. Hoffmann (zur Geschäftsordnung): In den Parlamenten ist es üblich, wenn man etwas auf den Tisch des Hauses legt, daß es bis zum Schluß der Sitzung liegen bleibt, und ich bitte, auch hier so zu verfahren, selbst wenn hier einer an Ratschen leidet.

Vorheriger Richtigkeits: Ich habe eben erklärt: die Debatte ist geschlossen; also sind die Plakate wegzunehmen. (Ein Soldat nimmt die Plakate fort; die Unruhe dauert an.)

Bei dem Etat für das

Gewerbe- und Kaufmannsgericht

fährt

Stadtv. Ray (A. L.) Frage über die jetzige Art, wie die Wahlen zu diesen Gerichten vollzogen werden. Die Beteiligung lasse sehr zu wünschen übrig, die Wahlzeit liege sehr ungünstig. Die vom Magistrat angestellten Erhebungen sollten beschleunigt werden.

Stadtv. Hünke (Soz.): Den Wunsch einer andernweitigen Aufstellung der Wählerlisten haben auch wir. Aber worauf ist die Lastfrage zurückzuführen, daß so wenig Wähler eingezogen werden? Die Aufstellung der Listen geschieht durch die Polizeibureau; Wünsche auf Aenderung sind hier verlaubar, auch wohl entsprechende Anträge angenommen worden; herausgekommen ist dabei aber nichts. Remedy würde nur erlangen können, wenn der Magistrat die Wählerliste selbst aufstellt. Das ließe sich leicht durchführen, wenn die über 2000 Stadtergebnisse damit beauftragt würden; die wissen in ihren Kreisen viel besser Bescheid als die Schulleute. Wenn aber Herr Ray die schriftliche Stimmenabgabe empfiehlt, so ist das einer solchen Wahl nicht würdig (Ohel); . . . nein, selbst wenn es anderswo Rube ist; ich stelle diese Valenzgerichte dafür viel zu hoch. Wer einiges Interesse dafür hat, muß auch so viel Zeit haben, seine Stimme persönlich abzugeben. Bewußt ist es sehr bedauerlich, daß bei der letzten Wahl nur 16 Proz. ihre Stimmen abgegeben haben.

Stadtv. Gronwaldt (A. L.) hält die Hilfe des Magistrats bei der Aufstellung der Wählerlisten für erwünscht, bekräftigt aber gleichzeitig schriftliche Stimmenabgabe. Die Arbeitgeber müßten ihren Angestellten Zeit geben, ihr Wahlrecht auszuüben; von den Arbeitgebern könnten aber etwa 40 Proz. nicht zur Wahl gehen, weil sie ihr Geschäft nicht verlassen können und die Entfernungen zu groß sind. (Rufe: Können sie doch Automobile nehmen!) Unter diesem Uebelstand litten sehr viele Kleingewerbetreibende. Auch die Stimmenzahl der sozialdemokratisch gesinnten Arbeitgeber würde sich bei solchem Abstimmungsmodus vergrößern. Dann könnte man auch ein faires Bild über die Stimmenzahl derjenigen, die wirklich wählen wollen. Gewerbe- und Kaufmannsgericht sollten endlich bessere Räume erhalten. Herr Hünke als Kaufmannsrichter sollte diesen Wunsch unterstützen.

Stadtv. Ritter (Soz.): Wiegt nach dem Gewerbegerichtsgesetz überhaupt die Möglichkeit der schriftlichen Abstimmung vor? Ich muß das bezweifeln. Das Berliner Gewerbegericht ist nach meiner Meinung ein Glied der Berliner Verwaltung (Zustimmung); die Einrichtungen dieses Gerichtes entsprechen aber modernen Anforderungen überhaupt nicht mehr. Noch heute ist das Gewerbegericht nicht im Besitz einer Schreibmaschine. Die Regelung der Geschäfte in den einzelnen Bureau und Zimmern ist durchaus unzulänglich; es findet ein fast ununterbrochenes Herumziehen aus einem Zimmer ins andere statt. Es braucht gar nicht besonders laut gesprochen zu werden, so hört man trotzdem die Verhandlungen durch mehrere Zimmer hindurch. Der Magistrat sollte diese Beschwerden auf ihre Berechtigung prüfen. Die Sparbarkeit ist beim Gewerbegericht überzogen; manchmal steht für Mitglieder des Einigungsamtes nicht einmal ein Vogen Papier zu Gebote. (Widerpruch; Rufe: Lastfrage!) Das Gewerbegericht ist tatsächlich das Stiefkind der Berliner Verwaltung.

Stadtv. Loehning: Es ist eine ernsthafte Sorge aller Sozialpolitiker, wie der Wahlmodus zu gestalten ist usw. Es ist eine Kommission in Tätigkeit; das Ergebnis ihrer Beratungen hat für die letzten Wahlen noch nicht nutzbar gemacht werden können. Die Reformvorschlüsse spielen in der schriftlichen Wahl und in dem Versuch, an Stelle der jetzigen unvollkommenen Wählerlisten bessere zu schaffen; man denkt dabei daran, die Polizeikommission durch die Krankenlisten zu ersetzen. Der Magistrat wird mit Eifer diese Vorschläge weiter prüfen und noch im Laufe dieses Jahres eine Vorlage auf Abänderung des Status sowohl für die Gewerbe- wie für die Kaufmannsgerichte einbringen. Die Beschwerden über die räumlichen Mißstände werden ebenfalls gründlich untersucht werden.

Stadtv. Schulte (A. L.): Die Standesämter sind laut Magistrats-

verfügung von 9 bis 11 Uhr wochentäglich geöffnet; an den Sonntagen bleiben sie hermetisch für das Publikum verschlossen. Wahrscheinlich will der Magistrat den Standesbeamten die Sonntagsruhe nicht verkümmern. Das kann aber zu großen Unzulänglichkeiten führen. Wenn ein Sterbefall Sonnabendmittag eintritt, dann sind die notwendigen Geschäfte unmöglich noch am Sonnabend zu erledigen; die Leiche muß von Sonnabendmittag bis Montagmittag in der Wohnung verbleiben. Das das Leichen bei den hygienisch ungelunden Zuständen in den Kleinwohnungen, brauche ich nicht ausmalen. Es sollten sie früher für Sterbefälle auch Sonntags die Standesämter geöffnet werden. Allerdings wohnen von 16 Standesbeamten nur 6 in Berlin. (Beifall.)

Stadtv. Hünke: Geschlich muß jeder Sterbefall spätestens am nächsten Wochentage mitgeteilt werden; Totgeborene am nächsten Tage. Und diesem letzteren Grunde waren die Standesämter früher Sonntags für Todesfälle überhaupt offen. Vor acht Jahren aber ist eine Aenderung des Personenstandsgesetzes zustande gekommen, welche letztere Bestimmung aufhob. Die Ge-

Vernehmung zur Verurteilung wird durch die Polizei, nicht durch den Standesbeamten erteilt; der Totenschein genügt. In Berlin wurden verurteilt am 1. April 1906 an die Standesämter geschlossen; auf Festtage in der Woche bezieht sich diese Anordnung nicht. Allgemeine Beschwerden sind noch nicht an die Behörden gekommen.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Ich muß mich den Ausführungen des Kollegen Schulze anschließen. Gerade für große Städte ist diese Schließung am Sonntag sehr unzutraglich. Was es heißt, wenn der Tote an heißen Sommertagen und bei gewissen Krankheiten von Sonnabend bis Montag in der Wohnung bleiben muß, läßt sich kaum schildern. Mit der Sonntagsruhe soll man uns da nicht kommen; lieber sollte man Sonntags die Polizeibureaus schließen. (Große Heiterkeit.)

Krematorium.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Beim Krematorium sind für 1914 nur 700 Plätze angenommen. Ich bin überzeugt, die Zahl wird bedeutend steigen, trotzdem das Einäscherungsverbot soviel Schranken aufrichtet. Auch der Preis wird noch immer so hoch gestellt, daß nur bemittelte Leute instande sind, das Krematorium zu benutzen. In einer Großstadt wie Berlin haben wir alle Ursache, dafür zu sorgen, daß eine solche Einrichtung mehr als bisher benutzt wird. Das Gesetz schreibt die schriftliche Einwilligung des Bestorbenen zur Einäscherung vor. Vielfach wird dieses Schriftstück nicht rechtzeitig gefunden und die Einäscherung muß dann unterbleiben. Zur Abhilfe haben manche Kommunen ein Urkundenbuch angelegt, das die Bürger benutzen können. Auch Berlin sollte ein solches Urkundenbuch anlegen und auslegen; damit würde dem Publikum ein großer Gefallen erwiesen. Die Bestattungsvorsteher sollten stets ausreichend gedruckte Formulare zur Hand haben; auch dafür sollte vom Rathaus aus gesorgt werden.

Stadtv. Söfeland (N. L.): hat das Referat über das

Städtische Schulwesen.

Bei den Ausgaben für die höheren Mädchenschulen bemerkt

Stadtv. Dr. Kross (Soz.): Wir haben nur drei private Lehrerinnen-Seminare und kein Städtisches Institut dieser Art. Hoffentlich wird der Schlag, den die staatliche Schulverwaltung gegen jene führen will, die Wirkung haben, daß die Stadt ein solches Institut begründet. Die Einrichtung ist im Anschluß an eine höhere städtische Mädchenschule (Gyzeum) durchaus möglich.

Stadtschulrat Michaelis: Die Frage hat uns in der Schuldeputation schon lange beschäftigt. Allerdings ist die Entscheidung nicht leicht, ob ein solches zur Vorbereitung zum höheren oder zum Volksschuldienst errichtet werden soll. Das Bedürfnis weist auf ein Seminar für Volksschullehrerinnen. Es liegen Petitionen vor u. a. aus der Gegend des Wedding; in alternativer Zeit wird die Deputation darüber verhandeln.

Stadtv. Rosenow (N. L.): Daß auswärtig Wohnende die Berliner Seminare nicht besuchen dürfen, ist eine der Freundschaften, die gegen Berlin ausgeübt werden; die Stadt muß dagegen selbstständig vorgehen.

Stadtv. Mann (Soz.) bemerkt bei den Ausgaben für Turnhallen, Spielplätze usw.: Bei den Festen spielen Plätze hat sich die Sparsamkeit des Kämmers an der unrichtigen Stelle betätigt. Wenn der Spielbetrieb der Jugend in den Ferien nicht leiden soll, kann nach der Ansicht der Deputation für das Turn- und Badewesen unter 120 000 M. nicht auskommen werden, der Magistrat hat davon 20 000 M. gestrichen. Wir beantragen die Wiederherstellung der Position. Schon voriges Jahr reichte die bewilligte Summe nicht aus, es mußten Zuschüsse aus Stiftungen ufm. herangezogen werden. Inzwischen ist auch eine Erhöhung der Honorare für die Spielleitung notwendig geworden; hier hat ebenfalls der Magistrat gegen die Deputationsvorschläge Kürzungen vorgenommen. Die Verantwortung der Leiter und Leiterinnen bei den Spielen ist eine sehr große, sie verdienen für ihre Leistungen volle Anerkennung. Ferner soll nicht den spielenden Kindern mehr zugegeben werden, sondern abgesehen werden; das erfordert auch eine Rehausbau. Spielplätze in genügender Zahl stehen uns immer noch nicht zur Verfügung; wir müssen danach trachten, möglichst allen Gemeindefreizeitern die Teilnahme an den Spielen zu ermöglichen und besonders auch die Eltern dafür zu interessieren. Diesen fehlt es nicht an dem guten Willen, wohl aber oft an Geld. Die Erlangung von Freizeiten zu betreiben, ist auch nicht Sache jedes Arbeiters, um ein Kind eine Woche lang zu den Spielen hinzuschicken. Für ein Kind macht das pro Woche 120 M.; diese Summe und das Mehrfache derselben bei mehreren Kindern kann der Arbeiter bei den heutigen traurigen Arbeitsverhältnissen nicht entbehren. Es gibt einen Weg zur Abhilfe: die Gewährung von Freizeiten für sämtliche Kinder. Im vorigen Jahre sind 40 Proz. sämtlicher hinausgeförderten Kinder frei gefahren. Die Kosten bei völlig freier Zulassung und freier Verpflegung würden sich ja bedeutend steigern; das darf uns aber nicht schrecken; für die Erziehung und Gesundheit unserer Kinder darf uns kein Betrag zu hoch sein.

Stadtschulrat Michaelis: Die Schulverwaltung wendet der Angelegenheit ihr ganzes Interesse zu. Wer einmal draußen die Kinder während der Sommerferien sich angesehen hat, wird schwerlich irgendwo anders etwas Gleiches in gleichem Umfange und mit gleichen Erfolgen antreffen. Es dürfen aber zu häusliche Schritte auch hier mit Rücksicht auf das Ganze des Staats nicht gemacht werden. Mit 20 000 M. mehr gegen das Vorjahr hat der Magistrat auskommen geglaubt. — In Wuch muß der Spielplatz verlegt werden; es wird der Versammlung darüber noch ein Nachtrag zugehen.

Bei den Ausgaben für die Pflichtfortbildungsschulen bemerkt

Stadtv. Dr. Rosenfeld: Aus einem vom Turnwart Hallwachs erstatteten Bericht ersehen wir erst jetzt, daß unsere Jugendpflege in Verbindung getreten ist mit dem Jung-Deutschlandbund, der den Zweck und die Bestimmung hat, in erster Linie militärische Ziele zu verfolgen. Das scheint uns kein geeignetes Erziehungsmittel für unsere Gemeinde- und Fortbildungsschulen. Auch sollten die Jugendclubs nicht in Beziehung stehen mit ähnlichen Vereinen. Wir bitten um Auskunft über diese auffälligen Behauptungen des Berichtes.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Die Volksschulverwaltung hat den genannten Bericht noch nicht erhalten. Sie hat mit diesen Klubs, die sich an den einzelnen Schulen unter der Leitung von Lehrern oder Retoren aus früheren Schülern bilden, direkt nichts zu tun. Es werden auf Antrag dieser Klubs die erforderlichen Räume zur Verfügung gestellt. Eine Aufsicht übt die Verwaltung über diese Klubs nicht; sie ist ja bei diesen ganzen Einrichtungen feinerzeit zu meinem Behagen ausgeschaltet worden.

Stadtv. Dr. Rosenfeld: Ich habe das Gewicht auch nicht darauf gelegt, ob die Schulverwaltung davon Kenntnis hat. Der städtische Turnwart Hallwachs hat doch den Bericht unterschrieben. Die Anträge auf Bewilligung von Räumen für die Klubs richten sich an die Stadtverwaltung; also ist doch ein Einfluß der Stadt möglich. (Ruf: „Rein!“) Ja, wie war es denn beim Turnverein „Fichte“? (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Wir halten es für gleich, ob es sich um den Turnverein „Fichte“ oder um den „Jungdeutschlandbund“ handelt. Wir müssen verlangen, daß unsere Schuljugend vor fremden Einflüssen bewahrt bleibt, die wir nicht kontrollieren können, und ebenso vor den schädlichen Einflüssen des Jungdeutschlandbundes.

Stadtschulrat Fischer: Der Magistrat hat sich bei dem Turnverein „Fichte“ lediglich den Anordnungen der Regierung gefügt. Stadtschulrat Michaelis gibt eine Rebericht über die Art der Jugendpflege bei den Pflichtfortbildungsschulen.

Stadtv. Dr. Rosenfeld: Also in den letzteren geschieht nichts, was nicht die Zustimmung der Stadt findet; alles wird kontrolliert durch die städtischen Behörden. Herr Dr. Fischer erklärt aber, daß es die Stadt nichts angehe, sondern es den Klubs überlassen bleiben müsse, wie sie sich betätigen wollten. Wenn es möglich war, bei jenen Schulen solche Einflüsse fernzuhalten, so wird es Herr Dr. Fischer doch fertig bekommen, sie in Zukunft auch von den Gemeindefreizeiten fernzuhalten. Ich habe gegen körperliche und geistige Ausbildung im allgemeinen nichts gesagt; alles das hat ja die proletarische Jugendbewegung längst gemacht, das hat man uns abgequält. (Große Unruhe bei der Mehrheit.) Hoffentlich wird der nächste jährige Bericht einen besseren Eindruck machen.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Der Vorredner geht von falschen Voraussetzungen aus. Pflicht der Fortbildungsschule ist es, auch nach dieser Seite zu sorgen.

Stadtv. Prof. Dr. Landau (N. L.) referiert über: Park- und Gartenverwaltung, Offene Armenpflege, Hospitäler, Waisenspflege, Fürsorgeerziehung, Arbeiterhäuser, Obdach, Irrenanstalten, Waisenanstalten, Heimstätten, Rettungswesen, Wohnungsamt.

Zur offenen Armenpflege bemerkt

Stadtv. Hinge: Der Kämmere hat unserer Armenverwaltung diesmal ebenso wenig ein Loblied gesungen wie Kollege Kommsen dem neuen Direktorium. Die Herren hatten allen Grund, sich der Lobgefänge zu enthalten, denn im vorigen Jahre haben sie damit einen richtigen Keimfall erlebt. Schon im Juni mußte die Verwaltung erklären, es sei die höchste Zeit, sparsam zu wirtschaften und den Dämmen auf den Beuteln zu halten, denn es seien bereits im Mai 250 000 M. mehr ausgegeben worden als im Jahre vorher. Das geschah, nachdem unser Antrag auf Erhöhung des Armenetats um 600 000 M. abgelehnt war. Die 250 000 M. waren eine starke Übertreibung, aber sie sollten auf die Armenvorsteher natürlich entsprechend wirken. Später wurde selbst die Erhöhung der eigenen Bestände hintangehalten. Der laufende Etat wird ganz erhebliche Staatsüberforderungen zeitigen; es werden etwa 4 Millionen mehr erforderlich. Die Zahlen des neuen Etatsentwurfes entsprechen nun ebensowenig den wirklichen Verhältnissen. Mit unseren Almosenempfängern gehen wir trotz der Abnahme der Bevölkerung in der Zahl nicht zurück. Dasselbe Bild sehen wir bei den Extrainterventionen: die Steigerungen sind namentlich angeht die erschreckliche Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten ganz enorm gewesen. Wir beantragen daher eine Erhöhung der Almosenunterstützung um 100 000 M., der Extrainterventionen um 60 000 M., gegenüber dem Etatsanschlag. Die Pflegegelder wollen wir nicht erhöhen, müssen aber hervorheben, daß dieselben noch sehr niedrige, gänzlich unzureichende Sätze unter 10 M. zur Zahlung gelangen. Zwei Drittel aller von uns unterstützten Personen sind über 60 Jahre alt. Ist der Arbeiter heute 50 Jahre, dann wird er als zu alt von jedem Fabrikator zurückgewiesen; ja, vielen ist der Arbeiter schon mit 40 Jahren zu alt. Arbeit bekommt der Altgewordene nicht mehr, also fällt er der Armenpflege zur Last. — Aus dem 300 000 M.-Fonds werden Darlehen an unterstützte Personen überhaupt nicht gegeben. Ein am 20. Februar eingereichtes Gesuch um ein solches Darlehen ist bis heute nicht beantwortet worden.

Stadtv. Dosslein: Die Überschreitung des Armenetats kann nicht bestritten werden. Der Etat wurde zu einer Zeit aufgestellt, wo niemand einen solchen Tiefgang der Konjunktur voraussehen konnte, wie er im Winter eingetreten ist. Mit der Ermahnung zur Sparsamkeit ist der Magistrat nur seiner Pflicht nachgekommen. Dem erhöhten Bedürfnis haben wir durch die erhöhten Staatsanlässe genügend zu entsprechen geglaubt; die weiter beantragte Erhöhung ist nicht notwendig. Der 300 000 M.-Fonds wird indirekt eine Entlastung des Armenetats herbeiführen; es werden daraus auch solche berücksichtigt werden müssen, die schon einmal Unterstützung bezogen haben.

Stadtv. Hinge: An der Tatsache, daß die genannten beiden Herren ganz außerordentlich auf die Armenkommissionsvorsteher einzuwirken gesucht haben, ändert diese Verteidigung nichts. (Stadtv. Dr. Ritter: Ganz unwohl!). Sie haben doch keine Ahnung davon, wie können Sie da von Unwahrheit reden? (Vorherr Richter rügt den Zwischenruf als unparlamentarisch.) Ich beziehe mich auf den amtlichen Bericht der Verwaltung, der im „Kommunalblatt“ steht. Der Kämmere hat auch den neuen Etat der Kalkulation sehr stark herabgesetzt; die hatte weit mehr gefordert. Daß die Arbeitslosigkeit im Rückgang begriffen sei, davon ist im allgemeinen noch nichts zu merken; jedenfalls wird für Februar und März keine Verminderung eintreten.

Die Anträge Hinge werden abgelehnt.

Zu den Ausgaben für die Hospitäler bemerkt

Stadtv. Dr. Jabel (Soz.): Die städtischen Hospitäler haben bereits über 3000 Insassen, und diese Zahl wird steigen, je mehr wir die Kranken aus den städtischen Krankenhäusern herausbekommen, die da nicht hineingehören, weil sie eigentlich unheilbar sind. Eine ganze Reihe von Krankenhäusern schieben den Hospitälern ihre Kranken zu, aber zum Teil in recht ungeeigneten Momenten. Man hat Todesurteile ins Hospital gebracht, die in den ersten Wochen ihres Aufenthaltes in den Hospitälern starben. Andererseits gibt es Krankenhäuser, die überhaupt keine Kranken an die Hospitäler schicken. Diese Teilung muß aber stattfinden, auch aus finanziellen Interessen. Je mehr wir die Krankenhäuser von solchen Pfleglingen entlasten, wird Raum für wirkliche Kranke, für akute Fälle geschaffen. Andererseits müssen die Hospitäler ausgestattet und erweitert werden; wir müssen auch neue erbauen. Auch in Bezug auf Verpflegung und Behandlung muß Wandel eintreten. Die Leute gehen z. B. höchst ungenügend nach und lehren lieber nach der Pöbelstraße zurück; es scheint in Wuch eine Art militärischer Disziplin zu herrschen; wer nach 8 Uhr zurückkommt, erhält kein Abendbrot mehr. (Hört! Hört!)

Ueber den Etat für das Arbeitshaus in Rummels-

burg bemerkt der Referent, daß der Klugst notwendige Erweiterungsbau jetzt in Aussicht steht.

Stadtv. Jucht (Soz.): Die Volkshaus hör ich wohl, aber der Glaube fehlt mir doch. In der Anstalt Rummelsburg herrschen unglaubliche Zustände; wer in den Hospitälern nicht untergebracht werden kann, wird nach Rummelsburg umgeliefert in „Hospital in Lichtenberg“, aber damit ist nicht das geringste an den untertäglichen Zuständen geändert. Hospital und Strafanstalt, alles geht dort durcheinander. Die mit Arbeitshaus bestrafte Korrigenden sollen doch abgeschlossen sein; die Hospitaliten aber haben alle drei Tage Ausgeheta, und da ist für die Zuhälter unter den Korrigenden die Verbindung mit den Dinnen draußen aufs schönste hergestellt. In einem Schlafsaal stehen 60 bis 60 Betten, wo soll da bei den Hospitaliten die Nachtruhe herkommen? In dem Pflanzhospital in Reinickendorf sind die Zustände noch schändlicher, die Beamten sind mit der Arbeitszeit ungemein überbürdet. Alles Andrängen des Kuratoriums macht auf den Magistrat keinen Eindruck; da verharret alles im tiefsten Schweigen. Die Anstalt in Reinickendorf muß kassiert werden.

Stadtv. Dr. Ritter (N. L.): Ich stimme mit dem Vorredner völlig überein. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich vorher „unwohl“ gerufen habe, so habe ich „unrichtig“ gemeint. (Vorherr: Sie haben aber „unwohl“ gesagt!)

Stadtv. Dosslein: Eine drückende Trennung, eine zeitliche Scheidung ist in Rummelsburg nicht ausführbar. Die starke Verlegung des Hospitals ist auch eine leidige Tatsache, aber es ist doch besser, daß die Hospitaliten untergebracht werden können, als daß sie abgewiesen werden müssen. Alle Mißstände werden in absehbarer Zeit abgestellt werden. Die Deputation hat ja schon Vorbereitungen getroffen.

Stadtv. Hoffmann: Diese Auskunft ist doch sehr mäßig. Vorbereiten tun wir uns seit 12 Jahren, im „Obdach“ seit 25 Jahren. (Heiterkeit.) Wie oft schon sind Vorlagen angekündigt worden. Was kam, war nicht zu brauchen. Die Räume, die das Arbeitshaus braucht, sind jetzt mit Hospitaliten belegt. Wenn die Überweisungen an das Arbeitshaus wieder zahlreicher werden, dann wissen wir abzuliefern nicht mehr, wo mit den Leuten hin. Im Obdach fehlt uns jedes Pflegepersonal für Sieche.

Stadtv. Gessel tritt den Ausführungen der Vorredner wegen der formalistischen Art der Beurteilung der Vorfragen bei.

Stadtv. Dosslein hält auch die Frage der Behandlung Vorbestrafter für sehr ernst und wird dem Magistrat die heute gegebene Anregung vortragen.

Stadtv. Hoffmann: Schon vor 10 Jahren habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß der Magistrat einen Mann beschäftigt, der früher einen Fehltritt begangen hat. Derselbe Magistrat duldet aber fortwährend, daß hier der Begriff „vorbestraft“ so scharf genommen wird.

Stadtv. Rosenow erklärt, daß anderweitig neuerdings sogar Vorstrafen aus den Akten gelöscht worden seien, um Vorbestrafte das Fortkommen nicht zu erschweren.

Städtisches Obdach.

Stadtv. Jucht (Soz.): Der Oberbürgermeister hat kürzlich das Obdach bei Nacht besichtigt und das bestätigt gefunden, worüber wir Klage zu führen wir Anlaß haben. In diesem Winter ist die Zahl der Obdachlosen auf 5400 gestiegen. Die Unterbringung so vieler Leute kann nicht in der bisherigen Weise weiter gehen. Wir wünschen eine Vorlage sowohl für die Vergrößerung des Obdachs wie für Verlegung der Geschlechtskrankenstation. Wir bitten um möglichste Beschleunigung.

Stadtv. Dr. Ritter tritt auch hier den Ausführungen des Vorredners bei.

Stadtschulrat Dr. Weber: Die Vergrößerung des Obdachs läßt sich von der Frage der Geschlechtskrankenstation nicht trennen. Die räumlichen Schwierigkeiten, die sich der Vergrößerung beider entgegenstellen, sind jetzt überwunden.

Stadtv. Hoffmann: Man will also jetzt einen Teil des erweiterten Obdachs zur Geschlechtskrankenstation umwandeln; es muß aber unbedingt eine gesonderte Geschlechtskrankenstation errichtet werden, und zwar schleunigst.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Die Frage der Geschlechtskrankenstation gehört ja doch gar nicht zum Obdach. Seit 15 Jahren besteht diese Station provisorisch als Notbehelf im Obdach; nachdem wir so lange auf Remedur gewartet haben, sollte der Magistrat doch endlich einen energischen Schritt nach vorwärts tun und ein eigenes Geschlechtskrankenhaus für Prostituierte erbauen, dem eine Anstalt für geschlechtskranke Fürsorgezöglinge anzugliedern wäre.

Stadtv. Dr. Jabel: Die Irrenpflege wird von der Stadt noch immer nicht in genügendem Maße wahrgenommen; noch immer befinden sich Tausende von Irren in Privatpflege. Jahre und Jahre haben wir immer wieder die Stadt an ihre Pflicht erinnert. Vor einigen Jahren rechnete ein Magistratsbeamter aus, daß die Irrenpflege in kommunalen Irrenhäusern eigentlich billiger für die Stadt zu stehen komme, und zwar pro Kopf und Tag um 1 M. Die hierauf gegründete Hoffnung scheint aber zu trüben; es soll beachtet werden, daß die Irren in die Irrenhäuser zu lassen. Dann würde an dem bisherigen Zustande nichts geändert, wir würden nach wie vor Tausende Irren in den Privatpflegen belassen müssen.

Stadtv. Dr. Straßmann erteilt eine Antwort, die auf der Tribüne nicht verstanden werden kann, die aber Stadtv. Dr. Jabel dahin aufklärt, daß die Anstalt in Dalldorf für Irrenzwecke erhalten bleiben soll.

Zur Zentrale Wuch bringt Stadtv. Böhm (Soz.) Mißstände in der Verpflegung der Mädchen in der dortigen Wäscherei zur Sprache und ersucht den Magistrat um Abhilfe.

Stadtv. Ulrich (N. L.) glaubt diese Klagen als unberechtigt hinstellen zu können.

Stadtv. Manasse (Soz.): Die Herstellung einer neuen Küche ist gar nicht kostspielig. Der Bezug des Essens aus der Irrenanstalt für diese Mädchen führt zu großen Unzutraglichkeiten. Kämmere Wuch: Ueber die schlechte Qualität des Essens ist ebensowenig Grund zur Klage wie über die Unzutraglichkeiten des Transportes. Ein Doppelbetrieb macht natürlich Mehrkosten.

Stadtv. Hoffmann: Gelegentliche Kostproben beweisen nichts. Der Kämmere sollte einen Monat lang diese Kost genießen, dann wollen wir weiter reden!

Stadtv. Manasse: Es handelt sich um 42 Wuchmädchen.

Sämtliche vorgenannte Einzelentscheidungen werden nach den Ausschüssen bewilligt und gegen 10 Uhr die Staatsberatung und die Sitzung abgeschlossen.

Besonders empfohlen:

MAGGI'S

Würze in Originalflaschen

zum Preise von 35 Pfg., 65 Pfg., M. 1.10, M. 1.80, M. 3.20, M. 6.—. Probefläschchen 10 Pfg. Vorteilhafteste Größe zu M. 6.— (mit Plombenverschluss). Man füllt aus dieser die kleinen Tischfläschchen selbst ab und hat dabei, außer der Garantie für Echtheit, namhafte Ersparnisse.

A. Wertheim

Leipziger Straße Königsstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Freitag und Sonnabend, soweit vorhanden

Frishes Fleisch	Wurstwaren	Geflügel	Fische	Obst und Gemüse
Schmorfleisch Pfd. 85 Pf. ohne Knochen 1.00	Zervelatwurst in Fetid. Pfd. 1.30	Poulets gefroren 1.00, 1.30	Kabeljau ohne Kopf in ganz. Fischen Pfd. 16 Pf.	Grünkohl 2 Pfund 15 Pf.
Roastbeef Pfd. 1.00 ohne Knochen 1.40	Schinkenwurst Pfd. 1.20	Schneehühner 1.15	Seelachs ohne Kopf in ganz. Fischen Pfd. 15 Pf.	Kodjapfel 5 Pfund 68 Pf.
Rinderkamm u. Brust Pfd. 70 Pf.	Zervelat u. Salami . Pfd. 1.15	Junge Tauben Stück 85 Pf.	Schellfische Pfd. 22 Pf.	Apfelsinen Dutzend 18, 25, 35 Pf.
Fehlrippe Pfd. 75 Pf.	Kodmeltwurst westfal. Pfd. 90 Pf.	Suppen-Tauben Stück 55 Pf.	Rotzungen Pfd. 22 Pf.	Zitronen Dutzend 25 und 35 Pf.
Kalbskamm u. Bug Pfd. 85 Pf.	Rollschinken ca. 6-8 Pfd. Pfd. 1.45	Fr. Eier 1 Stk. 85 Pf. Trinkeier 1.20	Grosse Schollen . . Pfd. 40 Pf.	Italienische Essäpfel Pfd. 15 Pf.
Kalbsbrust Pfd. 80 Pf.	Landschinken ca. 3-12 Pfd. Pfd. 1.40	Räucherwaren	Seeforellen Pfd. 15 Pf.	Ananas-Keinnetten 2 Pfund 35 Pf.
Schweinekotelett Pfd. 90 Pf.	Schinkenspek in St. v. 1 1/2 b. 4 Pfd. Pfd. 1.05	Kieler Sprossen . . Pfd. 45 Pf.	Tafel-Lachs in ganz. Fisch. Pfd. 43 Pf.	Kalif. Äpfel (Peppina) Pfd. 40 Pf.
Schweinekamm . . Pfd. 80 Pf.	Butter	Sprottbrüdlinge . . Pfd. 38 Pf.	Zander Pfd. 60 Pf.	Rhabarber Bund 5 und 10 Pf.
Lieser Pfd. 65 Pf.	Kodi- u. Badbuttr. Pfd. 1.10, 1.18	Kiel. Schlei-Brüdlinge 2 St. 10 Pf.	Leb. Karpfen Pfd. 68, 90, 1 M.	Radieschen 3 Bund 25 Pf.
Rückenfett Pfd. 55 Pf.	Tischbuttr. Pfd. 1.28 1/2-Pfd-P. 64 Pf.	Goldische Stück 8 Pf.	Lebende Hechte . . Pfd. 90 Pf.	Blumenkohl . . Kopf 7, 10, 15 Pf.
Pökelkamm Pfd. 75 Pf.	Tafelbuttr. Pfd. 1.34 1/2-Pfd-P. 67 Pf.	Maljes-Heringe 10, 15, 20 Pf.	Lebende Schleie gross. Pfd. 1.15	Weißkohl Pfd. 3 Pf.
Pökelrinderbrust . Pfd. 90 Pf.		Vollheringe 2 Stück 15 Pf.	Lebende Plötzen . Pfd. 38 Pf.	Rot- od. Wirsingkohl Pfd. 5 Pf.
Kanindien gestreift, Stück v. 75 Pf. an				Schwarzwurzel 2 Pfund 25 Pf.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 13. März 1914
Anfang 6 Uhr.

Eines Palast am Zoo. Varietés. Lichtspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.

Eines Nollendorf-Theater. Varietés. Lichtspiele.

Anfang 7 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Beer Spint. Deutsches. Was ihr wollt.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Freischütz. Theater an der Weidendammbrücke. Der milde Theodor.

Hoftheater. Galavorstellung.

Anfang 7 3/4 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Sh. Chiba-Tokio: Geisha, Blumenkalender und Theater in Japan.

Neues Opernhaus (Krohn). Geschlossen.

Kammertheater. Vom Teufel gefohlt. Deutsches Opernhaus. Fiddlers. Verhina. Paganini.

Deutsches Künstler-Theater. Cafard.

Königsgräber Straße. Die fünf Transjurter.

Trianon. Er und der Andere. Komödienhaus. Kammermusik. Theater am Nollendorfplatz. Russisches Ballett.

Lustspielhaus. Die spanische Flegel. Schiller O. Das Glück im Winkel. Schiller Charlottenburg. Die Maschinenbauer.

Theater des Westens. Volensblut. Montis Operetten. Jung-England. Der Teufel. Die fünf Transjurter. Thalia. Die Langspinnweben. Friedrich. Der Regimentsspapa. Fräulein Trullala.

Nele. Die Maschinenbauer von Berlin.

Kassus. Die alle Weibern. Herrnsfeld. Die von oben und unten. Reichshallen. Estitiner Sängers. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Der Stolz der J. Kompagnie.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Luisen-Palast. Unser Junge. Walhalla. Langschleier. Solies Caprice. Café Wagnheim. Der Heiratstag. Meyerstein.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volks-Theater. Die Gleichschicklichen.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Die lustige Puppe. Berliner Eispalast. Im Krug zum grünen Kranz.

Eines Nollendorf-Theater. Varietés. Lichtspiele.

Sternwarte. Invalidenstr. 67-62

Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Komödienhaus.
8 Uhr: Zum 30. Male: „Kammermusik“.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr: Russ. Ballett.
„Der blaue Gott“, „Carneval“, „Der Geist der Rose“, „Polowitzer Tänze“.

Theater des Westens.
8 Uhr: Polenblut.
Sonntagnachm. 2 1/2 Uhr: Gräfin Filii.

Schiller-Theater O. Schiller-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Weh' dem, der lügt.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Theater a. d. Weidendammbrücke
7 1/2 Uhr. 3. 1. Rolle: Der milde Theodor.

Deutsches Künstlertheater
Sozialtät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Freitag, 8 Uhr: Cafard.
Sonnabend, 8 Uhr: Cafard.

Residenz-Theater
Der Regimentsspapa.
Friedr.-Wilhelmst. Theater.
Anfang 8 Uhr. Zum 50. Male:
Fräulein Trullala.
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 102.
Die Maschinenbauer von Berlin.
Hoffe mit Gesang u. Tanz in 3 Akten v. H. Weidmann. Musik v. H. Lang.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 4 Uhr: Die 7 Raben.
8 Uhr: Die Maschinenbauer von Berlin.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sängers
Unsere süßen Dienstmädel.
Burdette v. Reffel
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, 3 ermäßigt.
Freitag:
Der Nachtwächter v. Zerpenschlause

Folies Caprice.
8 1/2 { Café Pingsheim
Der Heiratstag
Meyerstein

Passage-Panoptikum.
Der englische Riese
Teddy Bobs
Der größte Mensch, der je gelebt!
160 mm größer als Machnow
19 Jahre alt.
Ohne Extra-Entree!

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 15. März, abends 7 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engelauer 15
Zwei Lichtbilder-Vorträge.
I. Werden und Vergehen der Gebirge.
Vortragender: Genosse Ernst Reuter.
II. Wanderung durch die Uckermark.
Vortragender: Genosse Georg Krämer.
Eintritt 40 Pf. 6/5* Garberode frei.
Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“
Ortsgruppe Berlin.
Morgen Sonnab., den 14. März 1914, in sämtlichen Festsälen der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:
Bayr. Kirchweih
6 gr. Kapellen. Madame Sissi Oberländer-Blasorchester. Rudi Winklers Bayernkapelle. Die urfidelon Koferloher. Sänger und Schupplattler. Radkünstler-Truppe. Die Saalmannschaft der Ortsgruppe u. a.
Sensationelle Gratis-Verlosung.
7 Gewinne im Gesamtwert von 300 M. u. a. 1 Uhr, welche nach einmaligem Aufziehen 400 Tage geht, sowie 1 Uhr, bei welcher im Dunkeln Zeiger und Zahlen leuchten usw.
Wunderbare Alpendekoration, Tanarad, Rutschbahn, Gaudi aller Art.
Anfang in allen Festsälen 8 Uhr.
Eintritt inkl. Tanz 60 Pf. — Kein Kostümzwang.
Die Festkommission.
11/9*

Fahrradhaus „Frisch auf“, Offenbach a. M.
Wir empfehlen unsere aus bestem Material hergestellte, leicht laufende „Frisch auf“-Fahrräder von 75-140 M. „Frisch auf“ Nähmaschinen für Familien u. Handwerker, vor- und rückwärtslaufend von 62 bis 120 M. Sprechmaschinen, Platten, Wasch- u. Wringmaschinen, Laufdecken, Luftschluche, nur bestes Fabrikat, sowie Fahrrad-Zubehörteile. Filialen in Berlin: Brunnenstr. 35. Boussoistr. 19. Kottbuser Damm 22.
Die Geschäftsleitung.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Letzte Woche! Letzte Woche!
Heute Freitag, den 13. März 1914: in den
Bockbierfest bayerisch. Alpen.
Anfang 7 Uhr. 3 Kapellen. Entree 30 Pf.
Morgen Sonnabend, den 14. März, sind sämtliche Vorzugs- und Saisonkarten ungültig.
Sonntag, den 15. März 1914: Letzter Bockbiertag.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester
Dirigent: Franz v. Blon.
Musikkorps des 1. Garde-Dragoon-Regiments. Dirigent: Oberm. Baatz.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.
Brauerei Friedrichshain
Dienstag, den 17. u. Donnerstag, den 19. März:
Heitere Opern-, Operetten- und Künstler-Abende.
Sensations-Programme.
Einlaßkarten in beschränkter Anzahl abzufordern in den „Vorwärts“-Expeditionen bei Hrn. Zucht, Immanuelkirchstraße 12 und Hrn. Hanisch, Ackerstraße 174.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: Unser Junge.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten in 5 Bildern.

Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr: Tangolober.
Gr. Poffe m. Ges. u. Tanz in 3 Akten von E. Urban. Musik v. Hugo Dieckh.

Zirkus Alb. Seumann.
Heute Freitag, den 13. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Wohltätigkeits-Vorstellung
zum Besten erholungsbedürftiger taubstummer Kinder.
Um 9 1/2 Uhr:
Das große Ausstattungstück in 7 Bildern
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Sh. Chiba-Tokio:
Geisha, Blumenkalender u. Theater in Japan.

Auß. d. Zirkus Busch a. 31. März.
Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 13. März, abends 7 1/2 Uhr:
Wer Pompeji noch sehen will, muß sich beeilen, da, wie bereits oben erwähnt, nur noch wenige Aufführungen stattfinden können. Hierzu Kultur- u. groß. Attraktionen.
U. a.: Mad. Garniers Sprung mit dem Fahrrad aus der Zirkuskuppel. Ferner: Die Ballettruppe, Kunsttrakt. Kreis! Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr auf vielseitig. Wunsch: die 3 glänzend. Hauptakte von „Pompeji“.

Tegel
Bahnhof u. August-Müllerstr.
● Nur 3 Tage ●
Zirkus Barum-Schau.
Heute
Freitag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr:
Premiere
mit 22 Welt-Attrakt.
Morgen Sonnab., 14. März:
2 Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr, abends 8 1/2 Uhr.
In der Nachmittags-Vorstellung ein ungekürztes Abend-Programm für Klein-Preia. f. Erwachsene u. Kinder unter 12 Jahr.
Täglich ab vorm. 11 Uhr:
Oeffentl. Tierschau verbunden mit großem Promenaden-Konzert der eigenen Hauskapelle.
Billetvorverkauf von vormittags 10 Uhr ab an der Zirkuskasse.

WINTERGARTEN
Idette Mado Minty
Brémondval. in ihrer Szene „Die Spinne“
Piccolo Comp.
Amann | Paul Jölich
Mimiker u. seine Rekruten sowie eine Auslese hervorragender Kunstkräfte!
— Rauchen gestattet! —

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 83. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie mit
Hartstein.
Rauchen ohne Pause!
Rauchen gestattet!
Voigt-Theater
Südstraße 58.
Heute Freitag, den 13. März 1914:
Zum Benefiz f. d. Reg. Fr. Ruhle:
Philippine Welfer, die schöne Angsbürgerin oder:
Fürst und Bürgermädchen.
Mit Schausp. l. Bild. u. D. v. Hedwig. Stoffenschnang 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenspreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Berliner Uik-Trio
Adr. Neuhöfen Lahnstr. 74 L

Metropol-Theater.
Abends präglte 7 Uhr 35:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr
Ein neues Berliner Volksstück:
Die olle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
Einziges Theater in diesem Genre!
Im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonnt. 4 Uhr: Mädchenchöre.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.
Sonntag 3 Uhr: Die Liebe wacht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

ROTE WOCHE



Agitation in der Werkstatt.

Heute und morgen wird die Werbearbeit in der Werkstatt, auf den Arbeitsplätzen fortgesetzt; eine Arbeit, die kein Jagow unterbinden kann. Wohl gibt es genug Aufpuffer in manchen Betrieben, die am liebsten eine Zuchtstubeordnung einführen und jedem Arbeiter das Sprechen auch während der Pausen verbieten möchten. Allein es gibt auch da manche Gelegenheit, mit den Arbeitskollegen Worte über die Notwendigkeit nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern auch über die der politischen Organisation und über den Wert der Arbeiterpresse wechseln zu können. Diese Werbearbeit, die Agitation von Mund zu Mund ist zu allen Zeiten die wirksamste gewesen. In der schlimmsten Zeit der Verfolgungen unserer Partei, in

der Zeit des Sozialistengesetzes, waren wir fast ausschließlich auf diese Agitation angewiesen. Und wenn unsere Bewegung den Umfang angenommen hat, den sie heute hat, so ist dieses Vorwärtbringen nicht zuletzt der intensiven Agitation von Mund zu Mund zu danken. Und deshalb müssen wir auch heute von neuem in verstärktem Maße die Agitationsarbeit unter den Arbeitskollegen betreiben.

Unsere Genossen mögen sich darin keinen Augenblick irren machen lassen. Mögen unsere Gegner heulen und wutentbrannt jedes Vorkommen auf unser Konto setzen: Die Arbeit geht weiter! Wir werden uns durch nichts betrennen lassen in unserem Vorwärtsschreiten!

Parteiangelegenheiten.

Friedenau. In der heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr stattfindenden öffentlichen Versammlung spricht Reichstagsabgeordneter Frey Zubeil über: Die Wobfreiheit der Streikbrecher. Sonntag früh 8 Uhr von den 6 Bezirkslokalen aus: Wichtige Flugblattverbreitung.

Lichtenberg. Infolge der gestern aufgelösten Versammlung findet am Sonnabend, den 14. März, abends 7 Uhr, eine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt.

Hohenschönhausen. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr öffentliche Frauenversammlung. Die Genossin Krennler hat das Referat übernommen. Sonntag, den 15. März, morgens 8 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Wiesdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal von Hampel, Ranzahner Straße 31, öffentliche Gemeindegewählerversammlung.

Berliner Nachrichten.

Konzerte des Philharmonischen Orchesters zu Berlin.

Das Berliner Philharmonische Orchester veranstaltet in der Osterwoche und zwar am 6., 9. und 11. April Konzerte in den Lokalen: Konfordia, Andreasstraße, Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee, und Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain.

Das Konzert am 6. April ist ein Beethoven-Abend; aus dem Programm für den 9. April sei hervorgehoben: Romantische und Spinnlied für Violoncello von Campagnoli bezw. Popper, vortragen von Herrn F. Reig, und Ungarische Rhapsodie Nr. II, instrumentiert von Herrn Müller-Berghaus; das Konzert am 11. April ist ein Wagner-Abend. Aus diesem Programm sind hervorzuheben: Starkreitzauber aus „Parsifal“, Wotans Abschied von Brunnhilde und Feuerzauber aus „Walküre“ sowie Waldweben aus „Siegfried“.

Der Eintrittspreis beträgt wie früher 30 Pf. pro Person.

Eintrittskarten sind zu haben im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelufer 15 I, Zimmer 13, wochentäglich von 9 bis 1/2 Uhr vormittags und von 4 bis 1/2 Uhr nachmittags, außer Sonnabends nachmittags, sowie zu jeder Tageszeit an folgenden Stellen: Paul Horst, Engelufer 15; Schmidt, W 57, Kirchdammstr. 14; Schade, W 57, Blumenthalstraße 13; Schröder, Hagelberger Straße 53/54; Meyer, Schönleinstraße 23; Gottfried Schulz, Kottbusser Tor; Stephan Frey, Brinzenstraße 31; Fischer, Sebastianstraße 14; Karl Melle, Petersburger Platz 4; A. Dietrich, Komintener Straße 46; B. Schneider, Hufelandstraße 30; Alfred Pörsch, Oldenburger Straße 10; Dobroslaw, Swinemünder Straße 11; Heyse, Bohnenstraße 19; Henkel, Straßunder Straße 17; Jatzewski, Feldstraße 9.

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.
SO 16, Engelufer 15 I.

Spezialberatung des Stadthaushaltetats.

Die Stadtverordnetenversammlung begann gestern mit der zweiten Lesung des Stadthaushaltetats für 1914. In einer bis 10 Uhr dauernden Sitzung erledigte sie, was aus dem Ausschuss zurückgekommen war. Bei vielen Punkten gab es Erörterungen, fast immer infolge der von der sozialdemokratischen Fraktion geübten Kritik.

Bum Polizeikostenetat stellte Genosse Rosenfeld fest, daß die Polizei Berlins wieder teurer, aber nicht besser geworden ist. Die von ihm vorgetragene Liste beachtenswerter Polizeileistungen schloß er mit einer Kennzeichnung des Vorgehens gegen unseren Frauentag, wobei ein paar Freisinnige „Wob!“ höhnten. Als er zwei Säulenplakate, eins in der beabsichtigten und eins in der zugehaltenen Fassung, auf dem Tisch des Hauses“ zurückließ, forderte Vortrager Michele auf, sie wegzunehmen. Das wurde mit Recht abgelehnt, und nun ergriff Stadtverordneter Troppke, hastig herantretend, die Plakate und warf sie wütend zu Boden. Genosse Hoffmann wies auf das Ungehörige und Skandalöse dieser Szene hin; Herr Michele aber hielt es nicht für nötig, das unparlamentarische Verhalten des aufgeregten Herrn Troppke zu rügen. Die von Hoffmann wieder auf den Tisch niedergelegten Plakate ließ

der Vortrager, den sie offenbar sehr beunruhigten, durch einen Diener wegnehmen.

Beim Etat des Kaufmannsgericht beleuchtete Genosse Hinge die Ursachen der geringen Beteiligung an den Kaufmannsgerichtswahlen. Für das Gewerbegericht brachte Genosse Ritter, der es das „Stiefkind der Berliner Verwaltung“ nannte, allerlei Wünsche vor. Stadtrat Döhning versprach Prüfung. Ueber die Sonntagruhe der Standesämter klagten Stadtverordneter Schulze und Genosse Hoffmann, aber Stadtrat Hirselorn versicherte, es seien ja noch keine Beschwerden eingegangen. Beim Etat der Friedhöfe gab Genosse Hoffmann eine Anregung, die den Verzögerungen der Feuerbestattung vorbeugen soll. Die Einrichtung eines städtischen Lehrerinnenseminars, die beim Mädchenschul-Etat der Genosse Krons empfahl, hat nach einer Erklärung des Stadtschulrats Michaelis Aussicht auf Verwirklichung. Für die Ferienspiele beantragte die sozialdemokratische Fraktion reichlichere Mittel. Genosse Mann trat für diese Forderung sehr warm ein, aber Stadtschulrat Michaelis will „nicht zu stürmische Schritte nehmen“. Die Freisinnigen lehnten ab. Beim Etat der Fortbildungsschulen kam es zu einer Debatte über Jugendpflege. Dem Protest des Genossen Rosenfeld gegen die Verquickung mit dem Jungdeutschlandbund usw. konnten die Stadtschulräte Fischer und Michaelis nur ein Verlegenheitsgerede entgegensetzen. Zum Etat der offenen Armenpflege beantragten unsere Genossen die Einstellung höherer Mittel. Genosse Hinge beleuchtete die Wirkungen der Kargheit, mit der schon am Armenetat für 1913 geknappt worden war. Stadtrat Doflein hielt ein Mehr nicht für nötig — und die Freisinnigen lehnten ab. Die Mißstände in den Hospitälern, unter anderem die „militärischen“ Disziplinarbräuche in Buch, wurden vom Genossen Jabel gerügt. Wie es im Arbeitshaus samt dazu gehörigem Hospital und im Obdach zugeht und wie sehr unter den dort herrschenden Mängeln nicht nur die Insassen, sondern auch die Beamten leiden, das schilderten unsere Genossen Jucht, Hoffmann und Weyl. Es soll in beiden Anstalten „bald“ anders werden, so versicherten Stadtrat Doflein und Stadtmedizinalrat Weber. Beim Etat der Zentrale Buch brachte Genosse Boehm Klagen der Waismädchen über Mängel der Verpflegung vor. Dem Stadtverordneten Ulrich und dem Kammerer Boehm, die keine Ursache zu Klagen sahen, widersprachen Genosse Manasse und Genosse Hoffmann. Den Rat, selber mal vier Wochen lang die Waismädchenkost zu genießen, wird der Kammerer wohl kaum befolgen.

Der Lindentunnel.

Eine dem Polizeipräsidenten wie der Eisenbahnverwaltung nahe- stehende Korrespondenz teilt mit, daß die seit Jahren beabsichtigte Untertunnelung der Straße Unter den Linden zwischen Opernhaus und Kasanienwäldchen vom Kaiser genehmigt worden sei.

Diese Untertunnelung ist direkt auf eine Willenserklärung des Kaisers zurückzuführen. Der Kaiser war es, der dem Antrag der Stadt Berlin, ihre Straßenbahn über die Linden durchzuführen und so eine Verbindung der Linie Mittelstraße-Panlow mit der Linie nach Treptow herbeizuführen, Widerstand entgegensetzte mit den Worten: Nicht drüber weg, sondern unten durch! Seitdem wurden Pläne ausgearbeitet, welche die Untertunnelung der „Linden“ zum Ziel hatten; aber fortgesetzt entstanden neue Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten wurden vornehmlich von dem Verkehrs- bezirgamenten im Polizeipräsidentium gemacht. Im Vorjahre wurde aus Anlaß der Jubiläumsschenkung mit den Aufsichtsbehörden ein Abkommen getroffen, in dem die Genehmigung des Lindentunnels einen Teil der Abmachung bildete.

Nachdem die Frage des Opernhausneubaus endgültig entschieden war, verständigten sich Straßenbahn und Stadt über die Erbauung des Tunnels und über die Benutzung desselben. Von dem ursprünglichen Projekt eines zweigleisigen Tunnels im Zuge der Straße An der katholischen Kirche hatte die Große Berliner Straßenbahn wegen der ständigen Verkehrszunahme abgeraten und eine viergleisige Anlage vorge schlagen, die wegen der örtlichen Schwierigkeiten in zwei Tunneln untergebracht werden sollte.

Der östliche, in der Hauptfläche der Großen Berliner Straßenbahn vorbehaltene Tunnel wird zwischen Opernhaus und Prinzessinnen-Palais am Hause hinter der katholischen Kirche seinen Anfang nehmen; die von der Französischen Straße kommenden Wagen machen gegenüber der Hedwigskirche eine kleine Schwenkung nach rechts und fahren dann auf einer längs der Gartenmauer des Palais anzulegenden Rampe zum Tunnel hinab, der sich bis zu dem neuen Bülgenanbau der Universität erstreckt. In den westlichen Tunnel, der vorwiegend für die südliche Straßenbahn bestimmt sein soll, gelangen die Wagen von der Markgrafen- und Behrenstraße aus; die Rampe beginnt am Gebäude der Dresdener Bank und geht parallel zur Bauflucht der ehemaligen königlichen Bibliothek bis zum Denkmal der Kaiserin Augusta. Dieses Denkmal, das während des Baues entfernt werden muß, behält seinen alten Standort, nur erhält der Platz davor eine anderweitige Einteilung. Die Rampen am Gatten des Prinzessinnen-Palais und an der Singakademie werden durch gärtnerischen Schmuck den Blicken der Vorübergehenden völlig entzogen werden.

Die Stadt erkaufte beide Tunnel und verauslagt den von der Straßenbahn zu zahlenden Kostenbeitrag; die Stadt gestattet gegen Entgelt die Mitbenutzung ihres Tunnels für die Wagen der Meubler Linie, die in der Dorothienstraße die westliche Weide benutzen müssen, und für die Wagen der Stadt wird die Mitbenutzung des Straßenbahntunnels bei eventuellen Betriebsstörungen eingeräumt.

Polizei und „Rote Woche.“

Mit welcher Nervosität die Polizei jetzt überall bemüht ist, sich unserer Agitation während der „Roten Woche“ hindernd in den Weg zu stellen, beweist wiederum ein Vorgang, der sich in Lichtenberg ereignet hat. Dort sollte gestern abend ein Lichtbildervortrag mit dem Thema: „Die Revolution von 1848“ abgehalten werden. Dieser rein geschichtliche Vortrag wurde jedoch von dem Polizeipräsidenten von Lichtenberg verboten. Interessant ist die Begründung dieses Verbotes. Nach einer längeren Einleitung heißt es: „Echon das Vortragsthema allein erscheint geeignet, eine gewisse öffentliche Besorgnis hervorzurufen. Auch durch die Tatsache, daß der Vortrag während einer besonderen Agitationsperiode, der sogenannten „Roten Woche“, stattfindet, wird die polizeiliche Annahme begründet, daß die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdet erscheint.“

Unsere Parteigenossen in Lichtenberg waren nun der Ansicht, daß der Polizeipräsident von Lichtenberg mit seinem Verbot den Rechtsboden verlassen habe, und beschloßen, den Vortrag doch stattfinden zu lassen. Doch der überwachende Beamte, ein Polizeihauptmann, löste die überaus stark besuchte Versammlung in dem Moment auf, als dem Vortragenden das Wort erteilt wurde. Die Versammelten gingen nun auseinander, und als sie auf die Straße kamen, stand dort ein großes Aufgebot von Schülern zu Fuß und zu Pferde. Ungeachtet dessen, da hieß nun zu den Versammelten auch auf der Straße spielende Kinder gestellen, ließ derselbe Polizeioffizier, der die Versammlung aufgelöst hatte, die bestimmten Schulkinder in die dicht gedrängte Menschenmenge hineinreiten.

Die Polizei scheint es ganz und gar darauf abgesehen zu haben, unserer Agitation den belebenden Geist, der etwa noch fehlen sollte, zu schaffen. Denn es ist nichts mehr geeignet, das Volk über seine Rechtlosigkeit aufzuklären, als diese endlosen Polizeischikanen. Um so eifriger wird es sich auf seine Pflichten bestimmen, durch Unterstützung der sozialdemokratischen Organisation und Presse den Weg zu einem Staatswesen zu schaffen, das solche Polizeitalen unmöglich macht.

Sifizierungen.

In der Mittwochnacht und am Donnerstagsmorgen sind wegen Anklebens roter Zettel Sifizierungen vorgenommen worden. In Berlin sollen 100, in Vororten etwa 50 Feststellungen erfolgt sein.

Die rote Aufschrift an dem Kaiser-Friedrich-Denkmal.

Die Mitteilungen über die rote Aufschrift an dem Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg widersprechen sich in der größten Weise. Werden schon über die Größe dieser Aufschrift die widersprechendsten Angaben gemacht, so noch mehr über die Wirkung des aufgetragenen Farbstoffes auf dem Stein. Nach einer Meldung sei die Beschädigung so erheblich, daß man eine Kommission von Sachverständigen zusammenberufen will, die Vorschläge über die Entfernung der Inschriften ohne weitere Beschädigung des Denkmals machen soll; man will nur noch eine Entscheidung des Kaisers abwarten, dem über den Vorgang Bericht erstattet worden ist.

Ueber die Sache selbst meldet eine Korrespondenz: „Am die auf dem Granit mit Anilinfarbe aufgetragene Aufschrift zu beseitigen, werden gegenwärtig die beschädigten Stellen mit Lösungen von Salzsäure und Chloralkali überzogen, wodurch die Farbe aus den Poren des Steins herausgebrannt werden soll. Schon Mittwochnachmittag wurden Versuche mit Salzsäure angestellt. Da Salzsäure Anilinfarben aber nicht löst, so verschwand wohl die Aufschrift auf kurze Zeit, wurde dann aber wieder, wenn auch schwächer, sichtbar. Das Verfahren mit Chloralkali dagegen scheint von besserer Wirkung zu sein. An einigen Stellen ist die rote Aufschrift bereits fast ganz verschwunden. An anderen Stellen versucht man die Schrift durch Abschleifen des Granits zu beseitigen. Der Sodel des Denkmals, der aus poliertem Granit besteht, auf dem bekanntlich an vier bis fünf Stellen die rote Aufschrift angebracht worden ist, wird allerdings durch das Abschleifen empfindlich leiden; doch hofft man, die Politur des Steines in kurzer Zeit wieder herstellen zu können. Am gestrigen Vormittag war das beschädigte Denkmal von einer großen Zahl Neugieriger umlagert.“

Ein Unfug.

Die wiederholten tödlichen Unfälle auf der Untergrundbahn, hervorgerufen durch Auf- und Abpringen während der Fahrt, haben die Direktion dieses Verkehrsunternehmens Veranlassung gegeben, durch Plakate auf die Lebensgefährlichkeit solchen Verhaltens hinzuweisen. Wer ständig die Untergrundbahn benützt, kann bemerken, daß der Unfug des Aufspringens während der Fahrt erheblich nachgelassen hat. Um so verwunderlicher aber ist es, daß Angestellte der Hoch- und Untergrundbahn dem Publikum mit schlechtem Beispiel vorangehen. Auf der Endstation Nordring kann man fast täglich beobachten, wie Hochbahnangestellte, die den Zug benutzen, um ihren Dienst auf einem Zwischenbahnhof anzutreten, ihre Unterhaltung mit Kollegen erst dann abbrechen, wenn der Zug im Anfahren ist, um dann noch schleunigst aufzuspringen. Nicht nur im Interesse der betreffenden Angestellten, sondern auch in dem des Publikums liegt es, daß dieser Unfug ein Riegel vorgezogen wird.

Der Schuhmannsrevolver.

In der Nacht zum Donnerstag spielte in der Saarbrücker Straße der Schuhmannsrevolver wieder eine Rolle. Zwei Kutsher hatten in einem dortigen Lokale gekneipt; ihr Dienstherr hatte ihnen aus Anlaß der Einsegnung seiner Tochter Freibier spendiert. Betrunkene verließen beide das Lokal. Auf der Straße soll nun der eine Kutsher in seinem betrunkenen Zustande mit Passanten zusammengefallen sein. Kriminalbeamte kamen hinzu, es entstand eine Aufruhr, wobei der Kriminalschutzmann Ludwig seinen Revolver zog und nicht weniger denn fünf Schüsse abgab. Der Kutsher ruffend wurde in den Unterleib getroffen, während der andere Kutsher nach der Polizeiwache gebracht, wo Huth zusammenbrach. Die Verwundeten wurden hierauf auf Anordnung des Arztes nach der Charité gebracht. Die Beamten reifertigten ihr Vorgehen damit, daß sie sich in Notwehr befinden hätten; der eine Kutsher soll ein Messer gezogen haben. Der Vorgang zeigt wieder, wie schnell die Beamten von ihrem Revolver Gebrauch machen. Es handelte sich doch nicht um Verbrecher, sondern um angetrunkene Leute, gegen die man keinen Revolver zu ziehen braucht.

Falsche Revisoren als Juwelendiebe.

Zwei raffinierte Diebe haben in Groß-Lichterfelde eine Gastrolle gegeben. Sie traten unter der Maske von Revisoren der elektrischen Leitungen auf. Unter anderem sprachen sie in mehreren Villen in der Berliner- und Wilhelmstraße vor und hatten um die Erlaubnis, die elektrischen Anlagen besichtigen und auf ihre Sicherheit hin prüfen zu dürfen. Sie seien von der Elektrizitäts-Gesellschaft entsandt. In einem Falle traute die Wohnungsinhaberin den beiden nicht und sie übertrug die Arbeiten bis zu Ende. In einer Villa in der Wilhelmstraße sollten die beiden Diebe mehr Glück haben. Hier öffnete ihnen das Dienstmädchen die Korridortür und ließ sie während der „Revision“ allein in den Räumen. Dies machten sich die dreifachen Diebe ordentlich zunutze. Sie stahlen eine ganze Reihe wertvoller Schmuckstücke und Juwelen, darunter Brillantarmbänder, eine mit Brillanten besetzte Halskette, goldene Uhren, Brillantringe usw. im Gesamtwert von mehreren tausend Mark. Erst als die Wohnungsinhaber heimkehrten, wurde der Verlust der Wertgegenstände entdeckt. Die beiden falschen Revisoren, die auch in anderen Fällen mit Erfolg austraten, werden als zwei junge Leute im Alter von 28 beziehungsweise 22 Jahren beschrieben. Der eine ist von mittlerer Figur und hat schwarzen Schnurrbart und schwarzes Haar. Der andere ist von unterlegter Gestalt, bartlos und blond.

Aus dem Fenster gesprungen.

In der dritten Morgensunde spielte sich gestern in der Wilhelm-Str. 37 eine aufregende Szene ab. In einem Anfall von

Verfolgungswahn sprang der 55 Jahre alte Schmied Wilhelm Kipert aus einem Fenster des ersten Stockes auf den Hof hinab, wo er mit schweren Verletzungen liegen blieb. Wenige Minuten später trat der Tod ein. Die Leiche wurde beschlagnahmt und dem Schauhaus überwiesen.

Beide Beine abgefahren.

Auf dem Bahnhof Gesundbrunnen wurden in der letzten Nacht einem Mann von der Maschine eines einfahrenden Ringbahnzuges beide Beine abgefahren und außerdem trug er einen schweren Schädelbruch davon, so daß er auf der Stelle tot war. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, handelt es sich um den 82 Jahre alten Tischlergehilfen Hermann Kriese aus der Swinemünder Str. 61, der sich vor die Maschine geworfen haben soll.

Juwelendiebstahl. Für ungefähr 10 000 M. Juwelen und Goldwaren erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht in Charlottenburg. Sie hatten es dort auf das Juwelengeschäft von Th. Bärthel in der Berliner Straße 118 abgesehen. Sie verschafften sich Eingang in den Laden, indem sie die Scheibe des Oberlichts an der Straße einbrachen und dann durch die Öffnung einstiegen. Nach dem Besuche mußten sie wohl gestört worden sein. Immerhin nahmen sie noch für etwa 10 000 M. Schmuckstücke mit. Entdeckt wurde der Einbruch erst gestern vormittag. Von den dreiften Dieben fehlt bis jetzt jede Spur.

Das ausgelegte Kind.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 2. März wurde von einer Bewohnerin des Hauses Müllerstr. 152 ein etwa acht Wochen alter Knabe auf der Bodentreppe desselben Hauses aufgefunden. Das Kind war mit sauberem weißen Hemde und Strümpfen bekleidet und in saubere Wäsche gewickelt. Eine Person, die das Kind ausgelegt haben könnte, ist nicht gesehen worden. Mitteilungen aus dem Publikum, die zur Ermittlung der Kindesmutter führen könnten, werden auf dem Polizeipräsidium Berlin, Zimmer 345 entgegengenommen.

Großfeuer am Bahnhof Pankstraße. Ein gefährlicher Brand kam gestern nachmittag gegen 4 1/2 Uhr auf dem der Stadt Berlin gehörigen Grundstück Südufer 4, am Bahnhof Pankstraße, zum Ausbruch. Die Feuerwehre wurde von nicht weniger als fünf verschiedenen Stellen alarmiert und rückte infolgedessen mit einem großen Löschaufgebot an. Bei Ankunft der Jäger stand neben dem Bahngelände ein großer Lagerstülpchen der Kartoffelhandlung von F. Spandow in Flammen und das umliegende Terrain war bis zur Pankstraße von dichten Rauchwolken belagert. Der Löschangriff erfolgte mit zwei B- und vier C-Rohren, die von einer Dampfstriegle, einer Motorspritze und von Hydranten gespeist wurden. Das Feuer gefährdete anfangs auch ein angrenzendes Wohngebäude und ein Zementlager. Den Bemühungen der Löschmannschaften gelang es aber, den Brand auf den Lagerstülpchen zu beschränken. Dieser ist allerdings zu einem erheblichen Teil zerstört worden. Während der Löscharbeiten sammelten sich in der Umgebung der Brandstelle große Scharen Neugieriger an. Erst gegen 7 Uhr abends konnte die Wehr unter Jurücklösung einer Brandwache den Brandplatz wieder verlassen. Wodurch das Feuer entstanden ist, bedarf noch der Aufklärung.

Mißstände in der Putzmacherei bildeten das Thema einer Versammlung des Fachvereins der Putzmacherinnen Berlins. Die Stimmung der Versammelten ließ darauf schließen, daß der Verein in Zukunft wohl vor ernstere Aufgaben gestellt werden dürfte, wie das Abhalten von Versammlungen mit Fachvorträgen, Zeichenkursen usw., was der Verband für handwerkstümliche und sachgewerbliche Ausbildung der Frau bis jetzt als Programm für den Fachverein aufgestellt hat. Außerdem sollen aber auch gefellige Zusammenkünfte, Ausflüge usw. veranstaltet werden.

Zunächst soll das Anfertigen von Probearbeiten aufhören. Dies wurde in einer Resolution verlangt und zwar mit der richtigen Begründung, daß dies für jemand, der seine „Geißen“ oder „Werkzeuge“ gemacht habe, wie das ja in diesem Gewerbe verlangt wird, selbstverständlich überflüssig sein müßte. Wo aber auf die Anfertigung bestanden wird, da soll wenigstens dafür bezahlt werden. — Man sollte es kaum für möglich halten, daß es Geschäftsinhaber gibt, die sich solche Probearbeiten, die einen bis vier Tage in Anspruch nehmen, nicht bezahlen, sondern die arbeitssuchende Putzmacherin mit: „Ich danke, Fräulein, Sie bekommen Bescheid“ verabschieden. Der Bescheid kommt dann entweder gar nicht oder er ist ein ablehnender. So löst eine Probearbeiterin die andere ab und zum Schluß hat der Chef sein Gutlager komplett. Es ist unglücklich, daß so etwas möglich ist. Jede Putzmacherin bekäme vom Gewerbeamt anstandslos den Lohn für diese Arbeiterin zugesprochen. Da aber die meisten Mädchen diesen Schritt scheuen, so unterbleibt das Klagen und die alte Unsitte besteht weiter. Diese Mißstände und eine Reihe anderer, wie Strafgelehr, schlechte Behandlung, schlechte Arbeitsstunden und besonders die unzureichende Entlohnung von 25 bis 60 M. den Monat bei einer Beschäftigung von 5 bis 7 Monaten im Jahre überhaupt, wurden sehr lebhaft besprochen und Abhilfe verlangt. Hoffentlich vermag die Leitung des Vereins nicht. — Und wenn, dann würde dem jungen Verein von anderer Seite die Hilfe ergehen, die notwendig ist, um auch in diesem Beruf Zustände zu schaffen, die der Putzmacherin zu ihrem Ehrentitel verhelfen. Zunächst aber ist notwendig, daß die Eltern, deren Töchter das Putzgeschäft als Beruf wählen, sich vorher genau hierüber orientieren. Denn von diesem Beruf gilt das, was ein Redner sagte: „Wer von Ihnen, meine Damen, nicht vorzeitig war in der Auswahl seines Vaters, kann diesen Beruf gar nicht erwählen.“ — Der allseitige Beifall bei diesen Worten bewies, daß er das Richtige getroffen.

Im Berliner Aquarium sind in diesen Tagen sechs ebenso seltene wie wertvolle und auffallende brasilianische Fische eingetroffen, die sich besonders durch die hornartigen Zipfel über den Augen auszeichnen und daher den Namen *Horntische* führen. Einige von ihnen sind riesige Geiseln. Ihr etwa handlanger Körper ist auffallend breit, und wenn sie sich in Kurve gesetzt, aufblasen, so sind sie tatsächlich ebenso breit als lang. Sie lassen es jedoch nicht bei diesem passiven Widerstande bewenden, sondern sind die einzigen unter ihren Verwandten, die gereizt zum Angriff übergehen und empfindlich beißen können. Für gewöhnlich vergraben sich die Hornfische derartig in feuchter Erde, daß nur der Kopf oder auch häufig sogar nur die Augen hervorstehen. Nach sich den Tieren ein Frosch, so wird er blüßschnell in dem riesigen Rachen begraben. Merkwürdigerweise sind die einzelnen Stücke verschieden gefärbt; es gibt sowohl grüne als auch braune unter ihnen; doch scheint diese Färbung nicht als Schutzmittel mit dem Geschlecht zu tun haben, wie bisher meist angenommen wurde. Die merkwürdigen Fremdlinge sind in den Terrarien Nr. 5 und Nr. 6 untergebracht worden.

Vorortnachrichten.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung am Mittwochabend machte der Oberbürgermeister, wie bereits an anderer Stelle berichtet ist, vor Eintritt in die Tagesordnung Mitteilung über die Beschädigung des Kaiser-Friedrich-Denkmal. Die Erledigung der umfangreichen Tagesordnung vollzog sich verhältnismäßig schnell. Eine längere Debatte rief zunächst die Mitteilung des Magistrats über die Verringerung der Provinzialsteuern um 137 000 M. hervor. Während der Magistrat diesen Betrag, der der Stadt wider Erwarten zugeflossen ist, dem Dispositionsfonds zuführen will, verlangten die bürgerlichen Parteien,

daß das Geld den Hausbesitzern in Gestalt einer Ermäßigung der Gebühren für Müllabfuhr zugute kommen soll. Im Gegensatz dazu vertrat Genosse Hirsch den Standpunkt, daß es staatsrechtlich nicht angängig sei, den einmal festgestellten Etat, der augenblicklich der Regierung zur Genehmigung vorliegt, in einer Einmischungsposition zu ändern. Wohl aber sei es möglich, die Lasten der Steuererhebung aufzuheben. Die städtischen Körperschaften hätten die Möglichkeit, das mit dem Erlaß dieser Steuer beschlossene Unrecht gut zu machen. Wichtig seien die Einnahmen daraus nicht mehr. Die Debatte endete schließlich mit der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Angenommen wurden die Vorlagen betr. Befreiung städtischer Beamter, Lehrer und Lehrerinnen von der Krankenversicherung und betreffend Erhöhung der an die Stadt Berlin zu zahlenden Konstitutionsbeiträge. Auf lebhaften Widerspruch stieß eine Magistratsvorlage betreffend die Einrichtung von Räumen für die Behandlungsstelle des Städtischen- und Städtischen-ohrenärztlichen Stadts. Bergmann (lib.) verhielt sich ablehnend, weil er darin den ersten Schritt zur Errichtung einer Poliklinik erblickt und eine Verunruhigung der Herzogstraße befürchtet. Dem widersprach Stadtrat Dr. Gottstein, während Stadts. Dr. Hyl (unpol.) die Magistratsvorlage aus prinzipiellen Gründen bekämpfte. Nachdem Genosse Vogel der Sympathie seiner Freunde für die Vorlage Ausdruck gegeben und darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Sozialdemokraten schon vor langen Jahren die Einrichtung einer städtischen Poliklinik verlangt hätten, ging auch diese Vorlage an einen Ausschuss.

Die Wahlen unserer am 8. Februar im dritten Bezirk gewählten Genossen Gustav Leupold und Hermann Pech wurden ohne Erörterung einstimmig für gültig erklärt.

Einem besonderen Ausschuss wurde die Mitteilung des Magistrats betreffend die Organisation des städtischen Pressebüros überwiesen.

Endlich beschäftigte sich die Versammlung noch mit zwei Interpellationen. Die eine, von dem Stadts. Dr. Crüger (fortschritt.) eingebracht, lautet:

„Auf dem deutschen Sparkassentag, der in Charlottenburg am 6. Dezember stattfand, ist den Sparkassen dringend der Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft mit den öffentlichen Lebensversicherungsanstalten empfohlen. Gedankt der Magistrat für die Sparkasse der Stadt Charlottenburg eine solche Arbeitsgemeinschaft mit einer öffentlichen Lebensversicherungsanstalt abzuschließen?“

In der Begründung setzte Stadts. Dr. Crüger die Gedanken, die dem Anschluß der Sparkasse an eine öffentlich-rechtliche Lebensversicherungsanstalt entgegenstehen, des näheren auseinander. Insbesondere warnte er davor, die Sparkassen zu Agenten der Versicherungsgesellschaft zu machen. Im Gegenteil; mit Rücksicht darauf, daß die Steuerkraft der Gemeinden auf der Privatwirtschaft beruhe, habe die Stadt alles Interesse an der Vermeidung der privatwirtschaftlichen Unternehmungen.

Namens des Magistrats gab der Kämmerer Schölk die Erklärung ab, daß sich weder der Vorstand der Sparkasse noch der Magistrat bisher mit der Frage befaßt habe, und daß auch nicht die Absicht bestehe, eine Arbeitsgemeinschaft der Sparkasse mit einer öffentlichen Lebensversicherungsanstalt herbeizuführen. Ebenso betonte Genosse Dr. Vorhards, daß es ihm nicht recht verständlich wäre, wenn die Sparkassen den öffentlich-rechtlichen Gesellschaften gegenüber eine andere Stellung einnehmen würden, wie jeder anderen Versicherungsgesellschaft gegenüber. Allerdings habe er als Mitglied des Provinziallandtages vor zwei Jahren in Gemeinschaft mit den übrigen Vertretern Charlottenburgs der Gründung einer öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalt zugestimmt, aber doch nur wegen des staatssozialistischen Charakters dieser Anstalt, und weil er auch der ländlichen Bevölkerung, bei der es den privaten Versicherungsgesellschaften bisher nicht gelungen sei, nennenswerte Erfolge zu erringen, die Wohltat der Versicherung habe zuteil werden lassen wollen.

Damit war die Besprechung beendet.

Die nächste Interpellation ging von den Sozialdemokraten aus, sie lautet:

„Beabsichtigt der Magistrat Pflasterarbeiten in eigener Regie auszuführen und ist es richtig, daß der zu zahlende Lohn hinter den im Steinbergergewerbe vereinbarten Tariffahen zurückbleibt?“

Genosse Scharnberg schildert eingehend die Interpellation zugrunde liegenden Tatsachen. Der Magistrat habe Anfang Februar vom städtischen Arbeitsnachweis 10 Steinberger verlangt und ihnen statt des Tariffahes von 85 Pf. unter dem Vorwand, daß die zu verrichtenden Arbeiten Notstandarbeiten seien, nur 55 Pf. pro Stunde angeboten. Natürlich hätten die Arbeiter darauf verzichtet.

Stadts. Dr. Vredtschneider erwiderte, daß es sich tatsächlich um Notstandarbeiten gehandelt habe. Es sei nicht möglich, Arbeitern, die vorübergehend eingestellt werden, mehr zu zahlen, als den ständigen städtischen Arbeitern.

Diesen Ausführungen trat Genosse Hirsch unter Zurückweisung der sozialpolitisch unhaltbaren Auffassung des Stadts. Dr. Scharnberg entgegen. Zwar bemühte sich der Bürgermeister Dr. Maier die Wogen zu glätten, indem er der Ansicht Ausdruck gab, daß nur ein Mißverständnis vorliege, aber die Worte des nächsten Redners, des nationalliberalen Führers Dr. Stadthagen, bewiesen, daß der Stadts. Dr. Vredtschneider ganz aus dem Herzen gesprochen hat. Es war ein Schauspiel für Götter, Herrn Stadts. Dr. Hagen in dem gleichen Atemzuge als Freund der Tarifverträge bekennen zu hören und sich fittlich über die Arbeiter entrüsten zu sehen, die es ablehnen, in Fällen von Arbeitslosigkeit unter dem Tarif zu arbeiten. Unsere Genossen Scharnberg und Hirsch blieben ihm die Antwort nicht schuldig. Ein praktisches Ergebnis zeigte die Debatte nicht, doch behielten sich unsere Genossen vor, später in Form eines Antrages auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Die von den städtischen Körperschaften beschlossene Luftbarsteuer ist vom Bezirksausschuß und gestern vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg genehmigt worden. Sie tritt Montag, den 16. März in Kraft.

Die Lehrstellenvermittlung des städtischen Arbeitsnachweises, die mit der Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung für Groß-Berlin in ständiger Beziehung steht, befragt die Berufsberatung sowie die örtliche Vermittlung für Charlottenburg selbst, um dadurch Lehrmeistern und Lehrlingen die zeitraubenden Wege nach Berlin zu ersparen. Es liegen jetzt die Anmeldungen sämtlicher Kinder vor, die zu Ostern aus der Schule entlassen werden; unter anderem sind zahlreiche Mädchen vorgemerkt, die sich der Schneiderei und den kaufmännischen Berufen widmen wollen, ebenso noch Knaben, die Maschinenbauer, Mechaniker, Elektrotechniker, Dreher, Maschinenfahrlöcher, ferner Bildhauer, Damenschneider sowie Schreiber beim Rechtsanwalt und im kaufmännischen Bureau, Wachhalter usw. zu werden beabsichtigen. Es wird gebeten, die Lehrstellen für Mädchen Augsburger Straße 13, Fernsprecher Lützow 6839 und 6840, die für Knaben Berliner Straße 81, Fernsprecher Wilhelm 1291 tunlichst bald anzumelden, damit eine sachgemäße und individuelle Auswahl unter den Bewerbern getroffen werden kann.

Neukölln.

Die neuerbaute Strecke des Neuköllner Schiffsahrkanals von der Leipziger Straße bis zum Teltowkanal, die Schlenke und die Hafenbrücken sollen nach einer Mitteilung des Magistrats verkehrsbereit am 16. März dem Verkehr übergeben werden. Die landespolizeiliche Abnahme dieser Anlagen fand am 10. d. M. in Gegenwart von Vertretern der Regierung und des Polizeipräsidiums zu Berlin als Landespolizeibehörde statt.

Am Sonntag, den 15. März, findet bei Bartsch, Hermannstraße 49, eine Märchenaufführung statt. Zur Aufführung gelangt: Warum der Frühling kommen mußte. Ostermärchen in 3 Aufzügen von Th. Lehmann-Daun. Eröffnung 8 Uhr, Anfang 4 Uhr. Billets zum Preise von 10 Pf. für Kinder und 20 Pf. für Er-

wachsent, einschließlich Tanz, sind noch zu haben im Sekretariat Redarstraße 3, Expedition Mohr, Siegfriedstraße 28, Restaurant Partsch, Hermannstraße 49, Restaurant Brill, Wöhrische Straße 44, Frau Liefisch, Wildenbruchstraße 86, Frau Vormann, Liberdastraße 3, Frau Lehmann, Richardstraße 63, Putenschön, Weisstraße 5, Schneider, Weisstraße 64.

Mittwoch den 18. März, findet die letzte Märchenvorlesung bei Partsch statt. Anfang 5 Uhr, Eintritt frei.

Am Freitag ist in der Versammlung in den Passagen ein schwarzer Damengürtel, in der Versammlung in den Dönhofsäulen ein Vincenzetui gefunden worden. Die Gegenstände können im Bureau des Wahlvereins, Redarstraße 3, in Empfang genommen werden.

Schöneberg.

Der nächste händische Volksunterhaltungabend findet am Sonntag, den 15. März, abends 6 Uhr, in der Aula der Chamisso-Schule, Barbarossaplatz statt. Mitwirkende: Konzertlängere Frau Anna Reichert-Zelten, Rezitatorin Fräulein Margot Dolsh, Violinvirtuosin Fräulein Sittmann, Konzertänger Herr Gastav Franz und am Klavier Herr Fritz Väder. Eintrittspreis 30 Pf. Billets sind in der Expedition, Martin-Lutherstr. 69 und im Laden der Konsumgenossenschaft, Apostel-Paulusstr. 40, zu haben.

Tempelhof.

Die Gemeindevahl für die dritte Klasse findet am Sonntag, den 22. März, von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags statt. Der 1. Bezirk wählt im Restaurant Lehne, Inhaber Pfeiffer, Dorfstraße 20; der 2. Bezirk im „Kurfürst“, Dorfstraße 22; der 3. Bezirk im „Tivoli“, Berliner Straße 97/98, und der 4. Bezirk im Restaurant O. Meyer, Berliner Straße 78. Der 1. und der 4. Wahlbezirk haben je einen Richtangesehnen zu wählen, während der 2. und 3. Bezirk die Wahl eines Angesehnen vornehmen muß. Die im 1. und 4. Bezirk zu Wählenden sollen als Verstärkung gelten. Nach welchen Grundfähen bei der Verteilung der Angesehnen und Richtangesehnen verfahren wird, ist unbekannt. Während vor zwei Jahren im 1. Bezirk ein Angesehener, der Genosse Wanzisch, gewählt wurde, soll diesmal ein Richtangesehener gewählt werden. Danach könnte man annehmen, daß mit der Wahl von Angesehnen und Richtangesehnen in den Bezirken abgewechselt wird. Im 2. Bezirk wurde im vorigen Jahre in der Erstwahl ein Angesehener gewählt. Dieses Mandat ist jetzt erledigt, es hätte nunmehr eine Ergänzungswahl auf sechs Jahre stattzufinden. Merkwürdigerweise ist hier auch diesmal wieder ein Angesehener zu wählen. Wenn man nach einheitlichen Grundfähen verfahren würde, so wäre hier diesmal ein Richtangesehener zu wählen. Den Schlüssel zu diesem Verteilungsmodus erhält man, wenn man die Auslassungen der Gegner verfolgt. Dieselben haben nämlich die Hoffnung, daß die Sozialdemokratie im 1. und 4. Bezirk unterliegen wird, während sie für den 2. und 3. Bezirk (für uns sichere Bezirke), in denen Angesehene zu wählen sind, nicht in der Lage sein wird, Kandidaten aufstellen zu können. Auf diese Weise würde man dann so nach und nach die Sozialdemokraten aus der Gemeindevertretung entfernen können. Ebenso willkürlich geht man bei der Verstärkungswahl vor. Während in Wirklichkeit ein Angesehener und ein Richtangesehener zur Verstärkung zu wählen sind, bestimmt man einfach die beiden Richtangesehnen zur Verstärkungswahl. An unseren Genossen wird es jetzt liegen, den Gegnern einen dicken Strich durch ihre Rechnung zu machen. — Die zweite Klasse wählt am Montag, den 23. März, von 5 bis 8 Uhr abends, bei Lehne, Dorfstraße 20, und die erste Klasse ebenfalls dort am Dienstag, den 24. März, von 12 bis 1 Uhr nachmittags.

Nichterfelde.

Bei den Gemeindevahlen am Montag siegten im ersten und dritten Bezirk die Kandidaten der Beamtenvereinigung mit je einer Stimme Majorität. Im zweiten Bezirk muß eine Stichwahl stattfinden zwischen dem Kandidaten der Beamtenvereinigung, Dunge, der 490, und dem Genossen Benzell, der 394 Stimmen erhielt. Auf die Kandidaten des Kommunalverbandes entfielen in diesem Bezirk 147 Stimmen.

Tegel.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Mittwoch nachmittag gegen 6 Uhr in der Berliner Straße ereignet. Dort sprang der Fahrer Hartstod von einem Straßenbahnwagen der Linie 31 während der Fahrt ab. In demselben Augenblick verlor der Fahrer eines Privatautomobils IA 4142 an dem Straßenbahnwagen vorbeizufahren. Hartstod wurde von dem Kraftwagen erfasst, zu Boden gerissen und überfahren. Der Verunglückte erlitt eine schwere Kopfverletzung, sowie eine Quetschung des Unterleibes und wurde in bestimmungslosem Zustande nach dem Paul-Gerhardt-Stift in der Müllerstraße gebracht.

Bohnsdorf.

Mit der bevorstehenden Gemeindevahl hatte sich am Mittwoch eine öffentliche Wählerversammlung zu befaßen. Genosse Scholz-Neußlin referierte über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde“. Er zeigte an zahlreichen Beispielen die fruchtbringende Arbeit, die die Partei bisher geleistet habe. Genosse Schiffe legte in der darauffolgenden Diskussion dar, wie rüchständig die Gemeinde noch verfare. Der von unseren Genossen gestellte Antrag, die Wahl an einem Sonntag stattfinden zu lassen, sei vom Gemeindevorsteher abgelehnt worden, weil ihm der Sonntag zu heilig sei; er habe sich jedoch nicht geschämt, von der Pflichterführer, deren Mitglieder meist in der Woche ihrer Arbeit nachgehen müssen, an einem Sonntage die Aufräumungsarbeiten bei dem Brande seiner Scheune verrichten zu lassen. Wenn die Bohnsdorfer Arbeiterkraft und das Kleinbürgertum unter dem hohen Kommunalsteuerzuschlag von

100 Proz. fähber zu leiden habe, so liege das an der nicht genügenden Heranziehung der Großbauern zur Grundwertsteuer. Die Gegner hätten die Wähler der zweiten Klasse zu einer Versammlung eingeladen und ihnen erklärt, daß sie die bürgerlichen Kandidaten zu wählen haben, wenn sie noch auf Stundschafft rechnen wollen. Das sei Terrorismus der schlimmsten Art. Die Konservativen gingen sogar soweit, ihre Kandidaten zurückzuziehen um den „Freisinnigen“ zum Siege zu verhelfen. Und das alles aus Angst vor der Sozialdemokratie! Wie wenig Fortschrittlich und unabhngig die bürgerlichen Wählerkandidaten seien, beweise der Umstand, daß darunter sich zwei Beamte befänden. Wer für den Fortschritt und gegen die konservative Allquienwirtschaft sei, der müsse daher am Dienstag, den 17. März, die Kandidaten der Sozialdemokratie wählen. Dies sind für die dritte Abteilung: Franz Mohr; für die zweite Abteilung: Franz Mohr und für die Erstwahl in derselben Klasse Emil Greulich. Die dritte Abteilung wählt von 8 bis 8 1/2 Uhr im Lokal von Ray Schulze. — Die Genossen werden ersucht, pünktlich zur Stelle zu sein, damit unsere Partei im Wahlvorstand vertreten ist.

Kallberge, Rüdersdorf, Taddorf.

Am Sonnabend beginnen in den drei Gemeinden die Wahlen zur Gemeindevertretung. Die kommunalpolitischen Aufgaben haben das Interesse aller Gemeindeangehörigen erweckt und allgemein ist man von der Ansicht durchdrungen, daß alle Kräfte anzuspannen sind, um nicht länger der Sozialdemokratie den Eintritt in diese Interessentparlamente vorzuenthalten. Da in den drei Gemeinden mehrere gegnerische Kandidaten aufgestellt sind, muß alles aufgegeben werden, damit der Sieg unser ist. Für alle Genossen besteht die Pflicht, sich vorher in den Wahllokale zur Verfügung zu stellen, um bei der Wahlarbeit mitzuhelfen.

Kandidat für Kallberge ist in der dritten Klasse Genosse Wilhelm Freudenberg. Wahllokal: Nipser, Schulstraße. Die Wahl findet morgen Sonnabend, den 14. März, abends 6 Uhr, statt. Da Terminwahl ist, muß sich jeder Wähler zur angelegten Zeit im Wahllokal einfänden.

Für Rüdersdorf ist die Wahl auf Sonntag, den 15. März, anberaumt. Die dritte Klasse wählt nachmittags 2 Uhr. Kandidat ist Genosse Paul Richter. Wahllokal ist bei Emma Käpfer.

Die zweite Klasse wählt am gleichen Tage um 3 1/2 Uhr nachmittags. Kandidat ist Genosse Franz Richter.

Für Taddorf findet die Wahl gleichfalls am Sonntag, den 15. März, statt. Wahllokal ist bei Paul Hoffmann.

Die dritte Klasse wählt von 2-4 1/2 Uhr nachmittags. Kandidat der Sozialdemokrat ist Genosse Paul Kemnow.

Wache jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch, um unseren Genossen zum Siege zu verhelfen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Petersbogen. Sonnabend, abends 6 Uhr. Staatsfestsetzung für 1914. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Spiel und Sport.

Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“. Mitgliedschaft Berlin. Sonnabend, den 14. März, abends 9 Uhr: Pflichttour aller Abteilungen. Start an den bekannten Stellen: zur „Bayerischen Kirche“.

Tourenplan zum Sonntag, den 15. März.

Bereitschaft. 1.-5. Abt. Baumshuldenweg (Gesellschaftshaus), Baumshuldenweg 78. Start 2 Uhr an den bekannten Stellen. 5. Abt. Start: Remeler Straße (Weberwiese).

6.-11. Abt. Imitie Rotorfahrer: Mienide a. d. Nordbahn, zum Anonpringsen (Miermann Wöhl). Sammelstart 9 Uhr: Leopoldplatz, Schul- und Rudeplatzstrahlen-GG.

Schöneberg. Bezirksstour nach Brig. Lokal Schöneberg, Rudower Straße 66/67. Start: vorm. 9 Uhr bei Döhl.

Neußlin. Bezirksstour nach Brig. Lokal Schöneberg, Rudower Straße 66/67. Start: 1 Uhr, Hohenzollernplatz.

Pantow-Riederichshausen. Tour wird am Start bekannt gegeben. Start: 1 Uhr Pantow, Marktplatz.

Bernau. Tour nach Lande (Schlosspark). Start: 1 Uhr (Lember) Waldstr. 2.

Nichtenberg. Tour Bernau (Salzmann). 1. und 2. Abteilung gemeinsam Start: 1 Uhr Marktstr. 74.

Nichterfelde. Bekichtigung der Arbeiter-Wahlrechts-Ausstellung Charlottenburg. Start: 1/2 Uhr, Vereinslokal. — Bei schlechtem Wetter P-Bahn, Hündelplatz.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“. Gau 9. Bezirk II. Sonntag, den 15. März, normittags 1/2 Uhr, in Brig, Rudower Str. 66/67, bei Schöneberg: Delegiertentag des Kreises Teltow (Bezirksstag) für das Geschäftsjahr 1913.

Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Berlin. Sonntag, den 15. März, früh 8 Uhr: Streikzüge durch den Grunewald. Anstufstart: Riktopark, Radm. 1 Uhr: Pfälzwerder (Alter Freund). Anstufstart: Wilhelmplatz, Ede Hofstraße.

Turner.

Turnverein „Nichte“. Sonntag, den 15. März 1914.

5. Frauenabteilung. Nachmittags 4-6 Uhr: Deffentliches Turnen in der Turnhalle Böckstr. 17-20.

10. Männerabteilung. Turnfahrt nach Hinkenrug durch den Bricselung und Krämer nach Witten. Abt. Schlef. Bahn, 7.03, Lehrter Bahn, 7.20 nach Hinkenrug.

8. Männerabteilung. Partie nach Orfan. Berlin, Rüdersdorf, Stierhölzer, Strausberg. Treff 7 Uhr Schlef. Bahn, Wabaststraße.

1. Frauenabteilung. 13. März in der Turnhalle Mariannen-Wer La von 8-10 Uhr abends.

17. Männerabteilung. Partie nach Grünau, Schmödow, Ziegenhals, Bernsdorf, Goleter Berge, Orfan. Abt. Bahn, Selumbdrummen 6.57 Uhr. Gäste willkommen.

Arbeiter-Turnverein Pantow. Turnfahrt der Männerabteilung am Sonntag, den 15. März, nach Strausberg, Almarsh von Kallber-

Friedrich-Straße, Ede Berliner Straße, händisch 1/7 Uhr. Radfahrer fahren mit der Hochbahn bis Alexanderplatz, von dort 7 Uhr Zug nach Strausberg. Gäste willkommen.

Freie Turnerschaft Neußlin-Brig. Am Sonntag, den 15. März, veranstaltet die 1. Frau enabteilung eine Partie nach dem Teufelssee. Abfahrt pünktlich um 1/8 Uhr vom Bahnhof Neußlin. Für Radfahrer Treffpunkt 2 Uhr im Restaurant „Teufelssee“. Dort findet ein Waldlauf über 500 Meter statt.

Sonntag, den 15. März: Partie der Alters-Abteilung nach Königs-Butterhausen. Gäste erfahren Näheres am Freitag während des Turnens im Karlsgarten; nach demselben im „Bauernheim“, Böhmische Straße 13.

1. Kreis, 5. Bezirk. Am Sonntag, den 15. März, findet in den Rügebergern der 1. Waldlauf des Bezirks statt. Der Start ist am Teufelssee, desgleichen das Ziel. Die Läufer treffen sich 2 Uhr im Restaurant Teufelssee.

Fußball.

Märtische Spielvereinigung, Bez. Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: Richte XVII gegen Kummelsburg, in Reimdenborn am Schärersee. — R. B. G. gegen Viktoria, in Reimdenborn Schärerpromenade. — Neu-Vellus gegen Weihensee, auf dem Tempelhofer Feld. Spielbeginn 4 Uhr.

Wanderer.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. (Mitgl. d. Genr.-Komm. für Sport u. Körperpflege). Sonntag, den 15. März, 1. Halbe, Oberförster Hammer, Groß-Beiten. Abt. nach Halbe Oberlicher Bahn 6.55. (4. Kl.) — 2. Rüditz, Probstheide, Gornitz, Buch. Abt. nach Rüditz Steintiner Fernbahn 5.59. — 3. Königs-Butterhausen, Guffow, Guffow, Königs-Butterhausen. Abt. nach Königs-Butterhausen Oberlicher Bahn 6.30. — Freitag, den 19. März, im Berliner Klubhaus, Dömitz. 2: Sitzung der geologischen Abteilung. — Sonnabend, den 21. März, im Berliner Klubhaus, Dömitz. 2. Rühres Annonce am Sonntag. Gäste hies willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. (Verein zur Förderung des Wandertourismus unter den organisierten Parteigenossen und Genossen Groß-Berlins.) Die Tour Dieenthal, Rüditzdorf, Dieenthal am Sonntag, den 15. März fällt aus. — Sonntag, den 22. März: Studienfahrt nach Brandenburg a. H. Rundgang durch die Stadt. Besichtigung der mittelalterlichen Bauwerke. Besuch einiger Innenräume. Teilnehmerort sind in unseren Jahrbüchern bei Reich-Bühlisch, Staliger Str. 22 und Georg Weihensee, Grünstr. 21, zu haben. — Einführungsnotrag zu dieser Fahrt am Mittwoch, den 18. März, bei Bühlisch, Staliger Str. 22.

Ruderer.

Ruderverein „Collegia“. Bootshaus Tiefwerder bei Spandau. Sitzung Freitag 9 Uhr. Charlottenburg, Hindfischstr. 18.

Ruderverein „Freiheit“. Bootshaus Etzland, Tunnelstr. 26. Sitzung Donnerstags 9 Uhr, dalesitz.

Ruderverein „Vorwärts“. Bootshaus Ober-Schöneweide (Wilhelmshausen, Ueberfahrt Spreeschloß). Sitzung Donnerstags 9 Uhr dalesitz.

Schwimmer.

Arbeiter-Schwimmerverein Berlin, Abt. 2. (Mitglied des Arbeiter-Schwimmerbundes, Mitglied des Arbeiter-Sportvereins Berlin.) Heute Freitag, den 13. März, abends 8 Uhr: Jugenversammlung. — Mittwoch, den 18. März, abends 8-9 Uhr in der Volksbadeanstalt Gerichtstraße: referierte Uebungsstunde. Anstufend: Kreiswasserballspiel Neußlin gegen Berlin, Abt. 2. Aufnahme neuer Mitglieder.

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr): Berlin, Mittwoch, den 18. März, Restaurant Haberland, Reue-Friedrichstr. 35. Verbands-Lehrabend für Frauen und Mädchen.

Charlottenburg, Freitag, den 20. März, im Volkshaus, Rosinenstraße 3.

Neußlin, Freitag, den 20. März, Weisfelstr. 6 (Idealbasse).

Wilmersruh, Montag, den 16. März, bei Hirsch, Reimdenborn, Reibergstr. 6.

Spandau, Mittwoch, den 18. März, bei Danneberg, Pichelsdorfer Straße 5.

Rüdersdorf, Mittwoch, den 18. März, bei Gennis, Tempelhofer Wartenfelsstr. 45.

Romawas, Dienstag, den 17. März, in der Fortbildungsklasse.

Ober-Schöneweide, Montag, den 16. März, Siemensstr. 12 bei Schütz.

Alt-Glienide, Dienstag, den 17. März, Köpenicker Straße 45 bei Fahr.

Friedrichshagen, Donnerstag, den 19. März, Friedrichstraße 60, 2. Hof.

Jugendveranstaltungen.

Weihensee. Am Sonntag, den 15. März, findet nur für Jugendliche eine Besichtigung des Reichstagsgebäudes unter Führung eines Herrn Reichstagsabgeordneten statt. Treffpunkt 8 1/2 Uhr vorm. am Antonplatz.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (R. a. G.) zu Hamburg. Filiale Baumshuldenweg. Den Mitgliedern, welche in Reptow wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 14. März, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von Julius Schmidt taffiert wird.

Marktpreise von Berlin am 11. März 1914, nach Ermittlungen des (gl. Vollepreisdirektors. Weis (mild), gute Sorte 000-000, Donau 0000-0000, Weis (runder), gute Sorte 14.70-15.00, Richtstroh 4.50, Neu 6.80-8.50.

Marktpreise aller Preise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34.00-50.00. Edelbohnen, weiße 35.00-60.00. Linsen 40.00-50.00. Kartoffeln (Kleinhl.) 4.00-7.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1.60-2.40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1.80-1.80. Schweinefleisch 1.40-2.00. Rindfleisch 1.40-2.40. Hammelfleisch 1.50-2.40. Butter 2.40-3.00. 60 Stück Eier 3.50-6.00. 1 Kilogramm Karpen 1.20-2.40. Hake 1.60-3.40. Hander 1.40-3.20. Rechte 1.40-2.80. Parade 1.00-2.20. Schote 1.60-3.20. Weis 0.80-1.60. 60 Stück Krebse 3.50-24.00.

Wetterprognose für Freitag, den 13. März 1914.

Ein wenig wärmer, nur zeitweise neblig, sonst ziemlich heiter bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Einssegnungs-Stiefel

Neueste Modelle! **Höchst preiswert!**

Knaben-Schnürstiefel $\approx 760 \approx 820$ Mädchen-Schnür- u. Knopfstiefel 800 890 920 1050 1250
 la Kindboog $\approx 760 \approx 820$ $\approx 800 \approx 890 \approx 920 \approx 1050 \approx 1250$ $\approx 1050 \approx 1250$
 (mit Cheveau und Wollf.)

Schuhfabrik Conrad Tack & Cie. Burg bei Magdbrg.

144 Verkaufsstellen im Reich, davon 21 in Berlin und Umgebung

C. Coillmarth 15	NW. Turnstraße 41	N. Müllerstraße 3	O. Andreasstraße nur 50	SO. Brandenburger 49	Neußlin: Dergelstraße 30-34
C. Rosenfelder Straße 14	NW. Blumend. Chr. 22	N. Reimdenborfer Chr. 23	O. Franzstr. Nr. 125	SW. Friedrichstr. 240-241	Potsdam: Potsdamstr. 10
W. Pötschmer Straße 50	NW. Zuckerstraße 29	N. Brunnenstraße nur 37	SO. Oranienstraße 2a	Charlottenburg: zur Wilhelmstr. 122-123	Brandenburger Str. 54
W. Schillstraße 16	N. Friedrichstraße 127	N. Danziger Straße 1	SO. Oranienstraße 32		

Unsern lieben guten Onkel und Großvater
Alois Müller
 Braichstraße 59
 zu seinem 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
 Die Danziger.
 1077

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
 Frankfurter Viertel. Bez. 277.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Hausdiener
Otto Fechner
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 212/4 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vater
Gustav Regel
 am 7. d. Mts. im Alter von 44 Jahren verstorben ist.
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 13. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes, Nordend, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelvater
Wilhelm Schmidt
 am 11. d. Mts. im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kazarow-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Kögelstraße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Fritz Stamps
 am 9. d. Mts. im Alter von 17 Jahren verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Treptower Kirchhofes, Baumschulweg, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Otto Fechner
 am 10. d. Mts. im Alter von 41 Jahren verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Um rege Beteiligung ersucht
 63/8 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker
Willi Daschkewitz
 Landsberger Straße 35
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
 Ferner nach unser Mitglied, der Metallarbeiter
Bruno Funke
 Schwedener Straße 36.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weichmann-Kirchhofes in Nordend aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung wird erwartet.
 114/11 Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch mittig 11 1/2 Uhr verstarb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Schwiegervater, der Betriebsmeister
Wilh. Wegener
 Neukölln, Julastr. 58.
 Dies zeigen hierdurch an die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von dem Gemeindefriedhof, Marienhofener Weg aus statt. 1129

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes und Baters lagen mir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, ferner der Firma Platon u. Briemer, dem Bahlverein und dem Ortsverband der Tapezierer, ganz besonders aber meinen Kollegen, die meinem Mannes mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben, meinen tiefgefühltesten Dank. 1294
Klara Rabe und Tochter.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Karl Binder
 sage ich allen Freunden und Bekannten, den beteiligten Vereinen und Verbänden, insbesondere den lieben Kollegen der Firma Julius Blüthig K.G., meinen herzlichsten Dank. 37/2
Frau Auguste Binder
 Forster Straße 9.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Gattin sage ich allen daran Beteiligten herzlichsten Dank. 742
Max Klose.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Hugo Hackbarth
 sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Bahlverein, dem Metallarbeiter-Verband, der Direktion und den Kollegen der Odeon-Werke, dem Schauspielklub, besonders Herrn Direktor Schütte meinen tiefgefühltesten Dank. 908
Frau Emma Hackbarth,
 Beihäuser.

Tischler-Verein
 zu Berlin. V. a. G.
 Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 5):
General-Versammlung.
 1. Bericht vom 1. Quartal. 283/14
 2. Verlesenes. 283/14
 Sonnabend, den 14. März, in Altem Besten, Hasenheide 13-15:
Ein
Abend in der Laubenkolonie.
 Volksbelustigungen aller Art. Vorträge -- Uebersetzungen.
 Kein Kostzwang.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.
 Freunde und Gönner des Vereins
 laden ein
Der Vorstand.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
 Friedrichstr. 123 (Oranienb. Tor)
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden -- Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Borstung. Mäßige Preise.
 Sprechst. v. 8-8. Sonntags 9-11.

Knabenanzüge
 Paletots, Pyjads, einzelne Hosen am preiswertesten direkt in der Fabrik
Bertha Prüstel
 50 Andraastr. 50, I. Etage.
 Kein Laden.

Hilsebein Bier

 Das Lob ich mir
 süß, gesund, bekömmlich

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
 Montag, den 16. März, von 4 1/2 bis 8 Uhr abends:
Wahl der Delegierten zum Verbandstage
 und eines
Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress
 in folgenden Lokalen:

1. Senkel, Schöneberg, Reiningen Straße 8.
 2. Sabels Brauerei, Bergmannstr. 5-8.
 3. Märkischer Hof, Admiralstr. 18a.
 4. Südost, Waldemarstr. 75.
 5. Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147.
 6. Neukölln, Weichselstr. 8.
 7. Neukölln, Rosenstr. 24.
 8. Bringmann, Andraastr. 26.
 9. Grünwald, Remeler Straße 67.
 10. Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 153/156.
 11. Schwarzer Adler, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee.
 12. Prälaten, Weichselstr. 122.
 13. Kienast, Ober-Schöneweide.
 14. Becker, Weberstr. 17.
 15. Büttner, Schwedter Straße 23.
 16. Glische, Kopenhagener Straße 74.
 17. Kazarowski, Ravenstr. 6.
 18. Pagenhofer Brauerei, Turmstr. 25.
 19. Thunack, Charlottenburg, Bielandstr. 4.
- Stimmzettel erhalten die Kollegen in den Wahllokale.
 Jedes Mitglied muß persönlich zur Abstimmung erscheinen und als Legitimation das Mitgliedsbuch vorzeigen. -- Ohne Mitgliedsbuch wird niemand zugelassen.
 Die Wahl kann jeder Kollege in dem Lokal vornehmen, welches für ihn am bequemsten zu erreichen ist.
 84/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 16. März 1914:
Bezirks - Versammlungen
 für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
 in folgenden Lokalen:

- Norden:** Pharussäle, Wälderstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Büttners Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
Norden: Frankes Festsäle, Babstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
Moabit: Frachtsäle Nordwest, Dierichstr. 24, abends 8 1/2 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
Tegel: Müller, Restaurant, Berliner Straße 84, abends 6 Uhr.
Westen und Schöneberg: Vereinhhaus, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
Osten: Comeniusäle, Remeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
 Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.
Lichtenberg: Restaurant Kurkowiaki, Pfarrstraße 74, abends 8 1/2 Uhr.
Stralau - Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 3, abends 8 Uhr.
Weißensee: Penkerts Restaurant, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.
Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 4), abends 8 1/2 Uhr.
Neukölln: Bartschs Festsäle, Hermannstr. 48/49, abends 8 1/2 Uhr.
Steglitz: im Lokal von Schellhase, Steglitz, Thorenstr. 15a, abends 8 1/2 Uhr.
 Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.
Köpenick u. Friedrichshagen: Restaurant Lindenbagen, Friedrichstr. 74, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kol. Blauf.
Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umg.: Restaurant George, Ober-Schöneweide, Wilhelmshagenstr. 41a, abends 8 1/2 Uhr.
Spandau: Roren Adler, Spandau, Potsdamer Straße, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag.
 Tagesordnung in allen Versammlungen:
Stellungnahme zur Generalversammlung.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
 Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
 114/12 Die Ortsverwaltung.


Servus
 Schuhputz mit Dosenöffner
 Überall zu haben in großen Dosen a 20 Pf.
 Fabrik: Chemische Werke Lubszynski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Puck
 Die Qualitäts-
3 Pf
 Cigarette

 KROGOWSKI

Möbelfabrik Rob. Seelisch
 Berlin O13, Rigaer Str. 71-73a
 gegründet 1876
 empfiehlt gute preiswerte Möbel Einrichtungen von 187 M. bis 10,000 M.
154 Musterräume
 Lagerräume: 6696 q-Mtr. groß.
 Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
 Illustrierte Kataloge gratis und franko!
 Versand nach allen Plätzen Deutschlands

Schnupfer! achtet auf die gesetzlich geschützte Packung, um Goldfarb echt zu erhalten!

Gesundheitstobak
J. Goldfarb
Preuss. Stargard.
 D.R.W.Z. 10652
 Health snuff tobacco.
 Tabac à priser de santé.
 Tobaka do zsywania dla zdrowia.
 Tabacco da naso alla salute.

Reichstag.

234. Sitzung. Donnerstag, den 12. März 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Lisco, Kracke.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Gesetzes betreffend

Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete.

Direktor im Reichsamt des Innern Lewald:

Das Gesetz spricht für sich selbst. Das Reich will Bürgschaften für Hypothekendarlehen an gemeinnützige Baugenossenschaften bis zum Betrage von 25 Millionen übernehmen, die Kleinwohnungen für Arbeiter und gering bezahlte Beamte des Reichs und der Militärverwaltungen errichten. Wegen einer Ausdehnung noch auf andere gemeinnützige Baugenossenschaften sprechen schwerwiegende Bedenken.

Abg. Wöhre (Soz.):

Der Entwurf bedeutet sicherlich einen Fortschritt auf dem Wege reichsgegliederter Wohnungsfürsorge, aber nur einen unendlich kleinen, denn es sollen nur solche Baugenossenschaften mit Bürgschaftshypotheken bedacht werden, deren Mitglieder Arbeiter und Beamte des Reichs sind. Von den schwerwiegenden Bedenken, die gegen die Ausdehnung des Gesetzes auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften sprechen, hat der Vertreter des Bundesrats nichts Näheres gesagt. In der Begründung sind nur zwei Bedenken dagegen angeführt, die aber beide nicht stichhaltig sind. Zunächst ist von der zu starken finanziellen Belastung des Reichs gesprochen; aber zur Uebernahme einer Bürgschaft braucht man überhaupt kein Kapital. In Oesterreich besteht denn auch seit drei Jahren ein solches Gesetz ohne diese Beschränkung. Als weiteres Bedenken steht in der Begründung der Mangel einer Zentralorganisation. Diese Kontrollinstanz fehlt doch aber auch in dem Rahmen, in dem das Gesetz ausgeführt werden soll; außerdem würden die Gemeindeverwaltungen sich sehr gern zur Kontrolle zur Verfügung stellen. 300 Gemeinden geben ja selbst Bürgschaftshypotheken an gemeinnützige Baugenossenschaften. Diese Bedenken sind also nicht stichhaltig. Das wirkliche Bedenken im Reichsamt des Innern war wohl die Furcht, eine ebenförmige Zurückweisung beim Bundesrat zu erfahren wie beim Reichswohnungsaufsichtsgesetz. Wir beantragen, den Entwurf an die Wohnungs-Kommission zu verweisen, in der wir die Ausdehnung des Entwurfs auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften als unsere Hauptaufgabe betrachten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Diez-Konstanz (Z.):

Wir begrüßen den Entwurf als einen Fortschritt auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge. Allerdings soll man Baugenossenschaften nur da unterstützen, wo ein Bedürfnis dazu vorhanden ist, weil ohne sie nicht genügend Kleinwohnungen errichtet werden. Notwendig ist auch die Einführung einer Wohnungsaufsicht.

Abg. Schulenburg (natl.):

Die Erweiterung der Wohnungsfürsorge durch das Reich ist erfreulich, daß Kautelen bei der Uebernahme von Bürgschaften im Gesetz vorgeesehen sind, ist selbstverständlich; allerdings werden Verluste kaum zu befürchten sein.

Abg. Wendorf (Sp.):

Der Entwurf, den auch wir mit Freude begrüßen, hat doch einen sehr engen Rahmen. Wir werden in der Kommission versuchen, den Entwurf auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften, die Kleinwohnungsbau betreiben, auszudehnen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

Auch meine Freunde schließen sich der allseitigen freundlichen Aufnahme an, die der vorliegende Entwurf im Hause gefunden hat.

Abg. Numm (Wirtsch. Vg.)

schließt sich dem Redner an.

Der Entwurf wird an die Wohnungs-Kommission verwiesen.

Entwurf eines Postfideikommissgesetzes.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Dadurch, daß zwischen dem Abschluß der Kommissionsberatung und der zweiten Lesung von den Parteien ein Kompromiß geschlossen worden ist, an dem natürlich Änderungen im Plenum dann kaum mehr möglich waren, sind die Rechte der Minderheit zu sehr verkürzt worden. Man sollte daher in Zukunft einen solchen Kompromißantrag erst wieder an die Kommission zurückverweisen. Dann ist es eher möglich, sachliche Verbesserungen noch durchzuführen. Die Bedenken, die wir gegen das Kompromiß haben, hat der Vertreter meiner Fraktion in der zweiten Lesung, Herr Abgeordneter Vogt, ausführlich dargelegt. Ein nennenswerter Aufschwung des Postfideikommisswesens ist von dem Gesetz nicht zu erwarten. Die Reichspostverwaltung scheint einen solchen Aufschwung geradezu zu fürchten. Die

mangelhafte Ausgestaltung dieses Gesetzes

gibt mir nur die eine Hoffnung, daß die Sache in Fluß bleiben wird. Das kann unmöglich der Abschluß unseres Postfideikommisswesens sein. Eine wirklich große Zukunft kann es erst haben, wenn eine Verzinzung der Guthaben, sowohl der Grundsumme wie der anderen Guthaben, bei der Postfideikommiss erfolgt. Das würde natürlich stark in die Verhältnisse der Depositenbanken eingreifen. Aber gerade deshalb muß dies Ziel möglichst bald verwirklicht werden, denn so wie heute geht es mit unseren Depositenbanken auf keinen Fall weiter. Durch die ungeheure Zusammenballung von Kapital in den Depositenbanken ist einigen Hundert Menschen ein nichterträgliches Verfügungsrecht über einen großen Teil unserer Volkswirtschaft gegeben. Hier liegen Probleme vor, die mit Hilfe der Ausgestaltung des Postfideikommisswesens gelöst werden müssen. Wenn eine Bank, wie die Deutsche Bank mit 200 Millionen Mark Aktienkapital, 112 Millionen Mark Reserven, 15 000 Millionen Mark Depositen hat und 12 1/2 Proz. Dividende verteilt, so sieht das so aus wie eine adäquate wirtschaftliche Leistung. Viel genauer Analyse aber zeigt sich, daß zwar die Aktionäre Vorteil davon haben, daß aber volkswirtschaftlich hier mit einer enormen Verschwendung gearbeitet wird. Das heutige System der Heranziehung der Depositen scheint also ein schwacher Punkt bei unseren Großbanken zu sein, wenn ein Institut von solch beherrschender Stellung in unserem Wirtschaftsleben, wie die Deutsche Bank, ihre Funktionen nicht einwandfrei erfüllt. Würden nun die Postfideikommisskonten verzinst, so würde das Geld auch den Banken zur Verfügung gestellt werden, aber nicht von den einzelnen Depositen, sondern von der Verwaltung des Postfideikommisswesens, die sich aber dann natürlich

ein gewisses Kontrollrecht

Aber die Banken vorbehalten möchte. Vogt hat schon darauf hingewiesen, daß eine viel engere Verbindung des Postfideikommisswesens mit der Reichsbank notwendig wäre. Das liegt auf demselben Wege. Ebenso möchte eine Verbindung mit den öffentlichen Sparkassen angestrebt werden. Wenn wir heute auf der einen Seite Wohnungsgesetze machen, und auf der anderen Seite ruhig zusehen, wie die Banken Boden Spekulation treiben, die mit ihrer eigentlichen Tätigkeit gar nichts zu tun hat, so bewegen wir uns in einem circulus vitiosus. Eine bloß formelle

Ueberwachung der Banken durch Reichskommissare nützt natürlich nichts, es kommt darauf an, daß man materielle Macht hat. Und die kann das Reich nur bekommen durch Ausbau des Postfideikommisswesens. Natürlich müßte Hand in Hand gehen ein Ausbau der Rechte der Volksvertretung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie die Dinge jetzt stehen, muß man also jetzt froh sein, daß das Gesetz so schlecht ist, daß es auf die Dauer nicht haltbar ist. Unser Ziel muß bleiben ein Postfideikommissgesetz, das ermöglicht, regulierend in unseren Geldverkehr einzugreifen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bed (natl.):

Herr Südekum hat uns eben ein Zukunftsbild entrollt über die Gestaltung des Postfideikommisswesens. Ich trete ihm nur insofern bei, als ich einen Abschluß des Postfideikommisswesens in dieser Vorlage auch nicht erblicken kann. Im übrigen kann ich ihm nicht folgen. Wir lehnen es ab, ein solches staatliches Institut zu schaffen, das nun seinerseits die Macht der heutigen Depositenbanken in sich vereinigt. Im übrigen erblicken wir in den Kompromißvor schlägen eine annehmbare Verbesserung des Gesetzes. Wir müssen nur die Beschlüsse zweiter Lesung noch insofern ergänzen, als wir das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Juli 1914 beschließen. Die Postverwaltung ist mit diesem Termin einverstanden.

Abg. Gothein (Sp.):

Daß ein Gesetz, das durch ein Kompromiß zustande kommt, nicht allgemein befriedigt ist, ist selbstverständlich. Aber ein gewisser Fortschritt wird doch erreicht. Am Ende der Entwicklung des Postfideikommisswesens sind wir gewiß nicht. Aber die Zukunftsmusik des Abg. Dr. Südekum erschien mir wenig erfreulich. In England ist die Entwicklung der Depositenbanken noch viel weitgehender als bei uns, und gerade die Deutsche Bank erinnert am meisten an die englischen Verhältnisse, indem sie sich fast ganz auf dem Depositenverkehr aufbaut. Die Grundstückspekulation ist aber ein äußerst kleiner Zweig der Tätigkeit dieser Banken. Im übrigen ist die Tätigkeit unserer Banken doch eine recht vorsichtige und umsichtige. Ich hätte aber eine Todesangst davor, daß diese Riesensummen verwaltet werden sollten vom Bundesrat unter Mitwirkung des Reichstages. Bei der Parteizersplitterung, wie wir sie haben, würden wir dann überhaupt nicht vom Fleck kommen mit der Verwaltung dieser Gelder. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Ich habe nicht daran gedacht, dieser Regierung bei der heutigen Machtverteilung zwischen Regierung und Reichstag eine so entscheidende Stellung zuzubilligen, wie Herr Gothein meinte. Ich habe vielmehr ausdrücklich betont, daß eine Entwicklung auf dem Gebiete unseres Verfassungswesens in der Richtung des parlamentarischen Regimes die Voraussetzung wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raden (Z.):

Den Vorschlag der Zurückverweisung an die Kommission hätten die Sozialdemokraten in der letzten internationalen Zukunftsuntersuchung machen sollen. Da wäre dieser Weg noch gangbar gewesen. Daß mit dem Gesetz ein Abschluß des Postfideikommisswesens nicht erreicht wird, gebe ich zu. Herr Südekum hat aber bei seinen Ausführungen übersehen, daß das Postfideikommiss sich selbst bezahlt machen muß. Auch würde die Post niemals so hohe Zinsen zahlen können wie die Depositenbanken.

Damit schließt die Debatte. Das Gesetz wird mit der vom Abg. Bed (natl.) erwähnten Hinzufügung angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Folgen der Verhinderung wachsel- und schiedrechtlicher Handlungen im Ausland. Die Kommission beantragt unveränderte Annahme. Das Haus beschließt demgemäß.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die

Erste Lesung des Luftverkehrsgesetzes.

Direktor Lewald:

Die Entwicklung des Luftverkehrs ist so unerwartet rasch und vielseitig geworden, daß man an eine gezielte Regelung denken muß. Wir haben heute einige 20 Luftschiffe, 10 Luftschiffhallen, große Flugplätze in den verschiedensten Teilen des Reichs und eine große Anzahl von Flugzeugen. Etwa 30 Fabriken beschäftigen sich heute mit dem Bau von Flugzeugen. Auch stehen wir Deutsche in der Kunst des Fliegens nicht mehr hinter anderen Nationen zurück. In England, Frankreich und Oesterreich hat man bereits Vorschriften über den Verkehr von Luftschiffen erlassen. Auch wir gehen jetzt an eine gezielte Regelung im Gefolge der Verantwortung für das Publikum sowohl wie für die Luftschiffer. Der erste Abschnitt des Entwurfs enthält Verkehrsbestimmungen. Außerhalb der Flugplätze sollen nur behördlich zugelassene Luftfahrzeuge verkehren. Die Anlegung von Aufstieg-, Landungs- und Flugplätzen wird an eine Konzession gebunden, ebenso gewerbmäßige Luftfahrtunternehmen, die in der Zukunft vielleicht einen großen Umfang annehmen werden. In Bezug auf die Prüfung und Zulassung der Führer soll der Bundesrat weitgehende Befugnisse erhalten. Einer späteren internationalen Regelung auf diesem Gebiet muß ja eine klare nationale Regelung vorangehen. — Den Verkehrsbestimmungen folgen im zweiten und dritten Abschnitt entsprechende Haft- und Strafvorschriften, die zum Teil in der Dessenheitigkeit eine scharfe Kritik gefunden haben. Ich hoffe, daß in der Kommission, der der Entwurf wohl überwiesen wird, sich eine Verständigung erzielen lassen.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Die Regierung hat in dem Entwurf den Zukunftsperspektiven zu wenig Raum gegeben. Daß eine nationale Regelung der Verkehrsbestimmungen einer internationalen Regelung vorausgehen muß, davon hat uns der Staatssekretär keineswegs überzeugt. Sollen wir denn solche Vorlesungen, wie das Verhalten eines deutschen Fliegers, der aus Versehen die russische Grenze überfliegen hat und seitdem unter dem Verdacht der Spionage zurückgehalten wird, mit Grazie weiter tragen, mit der Gelassenheit, die unsere Regierung bei Lebenswichtigkeiten des russischen Nachbarn auszeichnet? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Daß die Führung eines Luftfahrzeuges an eine Genehmigung gebunden wird, und daß die Zulassung zurückgenommen werden darf, wenn sich später die Unzuverlässigkeit des Betreffenden ergibt, ist zu billigen, doch muß das Verwaltungsstellungsverfahren zugelassen werden, das im Entwurf fehlt. Wenn es sich um die Entziehung der Erlaubnis zum Fliegen außerhalb der Flugplätze handelt, läßt der Entwurf allerdings einen Rekurs zu, aber ohne ausreichende Wirkung und ohne daß Schadenersatz geleistet werden soll, wenn die polizeiliche Verfügung als unrichtig erlassen aufgehoben wird. Wenn die Erlaubnis wegen Gefährdung der Landesicherheit verweigert oder entzogen wird, soll ein Rekurs nicht zulässig sein. Hierin spricht sich ein Mißtrauen gegen die Gerichte aus. Ich will nicht unteruchen, inwieweit es berechtigt ist, aber jedenfalls haben wir zu den Behörden, die statt dessen entscheiden sollen, ein noch

viel größeres Mißtrauen.

(Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als man die Bestimmung schuf, daß die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst bei mangelnder moralischer Qualifikation entzogen werden kann, hat wohl niemand daran gedacht, daß die militärische Behörde den Mut haben würde, einen moralischen Defekt bei jemand anzunehmen, der sich aus volster Ueberzeugung einer politischen Partei anschließt. Wir haben das aber erlebt. (Zuruf: Unerhört!) Zu Behörden, die mit einer Vollmacht betrautigen

Wißbrauch treiben, können wir kein Vertrauen haben. (Zustimmung bei den Soz.) Die Haftpflichtbestimmungen des Entwurfs sind gerabete flüchtig den Bestimmungen des Automobilgesetzes nachgebildet, ohne daß der Unterschied in dem Wesen von Automobil und Luftfahrzeug irgendwie beachtet wird. Das V. G. steht bei der Haftung grundsätzlich auf dem Standpunkt der Verschuldung, mit gewissen Ausnahmen, auf die ich hier nicht eingehe. Aber die Wissenschaft ist dazu gelangt, statt dessen das Prinzip der Gefährdungshaftung auszusprechen, und in beschränktem Umfange ist ihr das deutsche Haftpflichtgesetz und auch das Automobilgesetz gefolgt. Auch der vorliegende Entwurf erkennt die Gefährdungshaftung an, aber doch sehr beschränkt. Personen, die als Inhaber eines Fahrzeuges zu Schaden kommen, oder die in ihrer Tätigkeit beim Betriebe eines Fahrzeuges beschädigt werden, sollen nur beim Nachweis der Verschuldung Ansprüche erheben können. Auch wird die Haftsumme beim Tode mehrerer Menschen auf 140 000 Mark im Höchstfalle, bei Sachschäden auf 10 000 Mark festgelegt — wörtlich nach dem Automobilgesetz. Aber durch ein Automobil werden wohl kaum jemals mehr als 5 Menschen beschädigt werden, ein in eine Menschenmenge hineinlaufendes Luftfahrzeug dagegen kann unübersehbaren Schaden anrichten. Wir verlangen, daß ein Unternehmer eines Luftfahrzeuges bis zur Grenze der höheren Gewalt schadenerfahrlässig gemacht wird. Man sagt, dann könne die Luftfahrzeugindustrie sich nicht entwickeln. Derselben Einwand hat man früherzeit bei den Eisenbahnen und bei den Automobilen vor den Interessen erhoben, aber ohne Erfolg, und trotz der vollen Haftpflicht haben sich die Eisenbahnen und die Automobile recht gut entwickelt. Die

volle Haftpflicht

ist sogar die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung, denn die Luftschiffe könnten in späterer Zeit die Konkurrenz mit den Eisenbahnen gar nicht aufnehmen, wenn jeder, der sich der Eisenbahn anvertraut, auf vollen Schadenersatz rechnen kann, beim Transport durch die Luft dagegen nicht. Meine Freunde verlangen also, daß der Führer eines Luftfahrzeuges lediglich nach dem bürgerlichen Gesetzbuch haften und nicht nachzuweisen braucht, daß ihn kein Verschulden trifft. Der Unternehmer aber soll für den vollen Schaden bis zur Grenze der höheren Gewalt haftpflichtig sein. Ist er im einzelnen Fall schuldlos, so ist der Geschädigte sicher noch viel schuldloser. Den Einwand, die Industrie könne das nicht ertragen, beantworten wir: Wir verzichten auf eine Industrie, die sich nur entwickeln kann auf Kosten der Gesamtheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den Entwurf beantragen wir, einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, in der wir uns bemühen werden, die Haftpflichtbestimmungen auszudehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Belzer (Z.):

In dem was der Herr Redner über die Regelung der Haftpflicht in dem Entwurf gesagt hat, kann ich ihm durchaus beistimmen. Das eine internationale Regelung nicht erfolgt ist, bedauern auch wir, sind aber im Gegensatz zum Redner der Ansicht, daß die Regierung in dieser Beziehung getan hat, was sie konnte. Der Hauptgegenstandspunkt bei der Beurteilung der Vorlage ist für uns die Frage der Landesverteidigung und der Landesverteidigung, da 90 Proz. der Luftfahrzeuge im Besitz des Reichs sind. — Die Haftpflichtbestimmungen haben uns, wie gesagt, enttäuscht. Es ist das nobilität officium des Reichs, bei Unglücksfällen, die durch seine Luftfahrzeuge verursacht werden, anständig Entschädigung zu zahlen. Natürlich wünschen wir auch nicht, daß die Entwicklung des Luftverkehrs durch allzu rigorose Haftpflichtbestimmungen erstarrt wird. — Bei der Betriebsmannschaft muß natürlich die Unfallversicherung playgreifen. Das beste wäre die Bildung einer Zwangs-genossenschaft. Wir hoffen, daß bei dieser der baldigen Regelung dringend benötigten Materie eine Verständigung möglichst bald erfolgt.

Abg. Quard-Roburg (natl.):

Wir bedauern bei dieser Gelegenheit dankbar das Wagemut unserer Pioniere auf dem Gebiete der Eroberung der Luft. Im Interesse der Entwicklung des Luftverkehrs wünschen wir im Gegensatz zu den Rednern eine vorsichtige Ausgestaltung der Haftpflicht. Besonders dunkel kann ich die Bestimmungen nicht finden, sie sind nicht dunkler als die des Automobilgesetzes. Die Entschädigungssätze des Automobilgesetzes reichen hier allerdings nicht aus. Eine Zwangs-genossenschaft wird in Zukunft doch gebildet werden müssen.

Abg. Dr. Dertel (L.):

Wir freuen uns auch des Fortschritts des Luftverkehrs, bewahren uns aber auch hier eine gewisse Rührerkeit. Das Gesetz scheint uns die richtige Mitte zwischen Zukunftsstimm und Gegenwartigkeit zu bringen. Die Sprache des Gesetzesentwurfs erscheint mir gut; wenn ich noch Lehrer des Deutschen wäre, würde ich sie mit I. bisserlich lb. genießen. (Geisterleit.) Sie könnte anderen Gesetzen zum Vorbild dienen. Allerdings ist die Juristensprache manchmal mit der Sprache des normalen Menschen unvereinbar. (Geisterleit.) In Bezug auf die Regelung der Haftpflicht durch den Entwurf haben auch meine Freunde die schwersten Bedenken, in der Kommission wird eine erhebliche Erweiterung der Grenzen der Haftpflicht vorzunehmen sein. (Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Siehr (Sp.):

So erfreulich die Entwicklung des Luftverkehrs ist, so stehen wir doch erst am Anfang einer zukunftsreichen Entwicklung, und nun soll die Gesetzgebung reglementierend eingreifen durch sicherheitspolizeiliche Vorschriften und durch eine Verschärfung der zivilrechtlichen Haftung. In beiden Richtungen erkennen wir die Notwendigkeit des Vorgehens an; in Bezug auf die Notwendigkeit der Ausdehnung der Haftpflicht schließe ich mich meinen Rednern an. Aber in Bezug auf die polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen muß man doch Rücksicht darauf nehmen, den Fliegern ihren Beruf durch engherzige und kleinliche Polizeimaßnahmen nicht zu vereiteln. In dieser Richtung werden wir in der Kommission zu wirken suchen. Sehr bedenklich erscheint uns die Bestimmung, daß der Bundesrat seine Befugnisse zum Erlaß von Anordnungen über Prüfung, Zulassung und Kennzeichnung von Fahrzeugen und Führern usw. auf andere Behörden, auch auf die Landeszentralbehörden, übertragen kann, das kann zu einer sehr unerwünschten Punktigkeit der Bestimmungen führen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.)

Direktor Lewald

sagt zu, daß bei Ausarbeitung der Bundesratsvorschriften Sachverständige gehört werden sollen.

Abg. Wendler-Vernburg (Soz.):

In der Vorlage ist nichts darüber gesagt, ob die heutigen privaten Fliegerschulen ersetzt werden sollen durch kommunale oder staatliche. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß nur zuverlässige Personen Flugfahrzeuge leiten und das ist nur möglich durch Errichtung kommunaler oder staatlicher Schulen. Die Ausbildung der Chauffeure in privaten Chauffeurschulen hat bereits zu großen Mißständen geführt. Die Schulen überließen sich durch möglichst schnelle Ausbildung, um recht viel Schüler zu bekommen. Dabei ist die Ausbildung der Chauffeure ganz ungenügend. Die vorgeschriebene Prüfung vor dem amtlichen Sachverständigen bietet keine genügende Gewähr. Die zweite deutsche Automobilführerkonferenz hat daher auch Ausbildung der Chauffeure in staatlichen oder kommunalen Chauffeurschulen verlangt. Der Wunsch nach Schaffung solcher Schulen für Flieger ist auch in Fliegerkreisen allgemein. Die Sicherheit des Flugverkehrs kann nur auf diese Weise wirklich gehoben werden. Ferner fehlt in dem Entwurf

Jeder Schul für die Steuerleute, Maschinenisten und sonstigen Mannschaften der Luftfahrzeuge. Alles ist hier dem Bundesrat überlassen. Von Begrenzung der Arbeitszeit dieser Mannschaften usw. ist in dem Entwurf keine Rede. Dabel haben diese Leute eine äußerst merkwürdige Tätigkeit. Nach wenigen Jahren sind ihre Kräfte vollkommen aufgebraucht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gemäß hat nach der Gewerbeordnung der Bundesrat das Recht, Vorschriften zu erlassen gegen eine übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit in bestimmten Gewerben. Aber von diesem Recht hat der Bundesrat vielfach keinen Gebrauch gemacht, z. B. im Dampfschiffahrtsgewerbe. Es müssen daher im Gesetz selbst Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit dieser Arbeiter, die bei ihrem Beruf stündlich dem Tod ins Auge sehen, geschaffen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Das Gesetz geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. — Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. (Kurze Anfragen. Duell-Interpellation des Zentrums.) Schluß 9 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Rechtslosmachung der Eingeborenen.

Am Donnerstag kam der Etat von Kamerun in der Budgetkommission des Reichstages an die Reihe. Den Verhandlungen wohnte der Gouverneur Bernier bei, der wiederholt das Wort nahm. Eine längere Aussprache entstand, als Genosse Weiss an der Hand umfangreicher und detaillierter Materialien die Beschwerden von Eingeborenen vortrug, die von der Deutsch-Westafrikanischen Handelsgesellschaft, die unter dem Schutze der Kolonialverwaltung eine Monopolstellung gewonnen hat, in rücksichtsloser Weise und ohne entsprechende Entschädigung enteignet, von ihrem Grund und Boden verjagt, um den Ertrag ihrer Arbeit und ihres Viehes gebracht und in Konflikt ja in Verwirrung getrieben werden. Der Gouverneur habe angesichts der vorgetragenen Tatsachen, die selbst der Abg. Paasche (natl.) als unerhört bezeichnete, nur ein paar allgemeine Redensarten und versteckte sich hinter dem Vorwand, daß er einem in der Sache schwebenden gerichtlichen Verfahren nicht vorgehen könne. Dies gab dem Genossen Ledebour Gelegenheit, die Gouvernementsverwaltung an ihre Pflichten zu erinnern und sich energisch der Eingeboreneninteressen anzunehmen. Genosse Koste kennzeichnete das rigorose und skandalöse Verhalten der Gesellschaft als gemeingefährlich und forderte schleunigstes Eingreifen der Behörden. Auch die Abg. Erzberger (Z.) und Cierel (kons.) hielten mit ihrer Kritik nicht zurück und bezeichneten es als ein Gebot der Billigkeit und Menschlichkeit, daß mit aller Energie gegen die ungeheuerlichen Zustände vorgegangen werde. Staatssekretär Dr. Solf verteidigte auf Beforderung der Verhältnisse, sobald erst mehr Beamte zur Verfügung stehen würden. Als ihm aber von verschiedenen Seiten bedeutet wurde, daß dies der Kommission nicht genüge, versprach der Gouverneur die sofortige Entsendung eines Spezialkommissars in die betreffenden Gebiete.

Ueber die Weiterführung der bis an den Njong betwilligten Mitteldamm und den Ausbau des Kameruner Eisenbahnetzes entspann sich eine ausgedehnte Debatte. Frühere Projekte haben aufgegeben werden müssen; auf neuen Wegen, die es zu erkunden gilt, will man an den Schicksal herankommen. Außerdem sind Verbindungen nach dem Osten hin ins Auge gefaßt.

Für Hochbauten in der Kolonie werden 648 000 M., für Wege, Brücken und Wasseranlagen 816 000 M., zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten 288 000 M. mehr gefordert. Oberstaatsrat Dr. Kuhn gab Auskunft über die Verbreitung der Schlafkrankheit, die sich auf vier Herde konzentriert, wovon zwei in den neu erworbenen Kameruner Gebieten liegen. Teilweise sind bis zu 60 Proz. der Eingeborenen infiziert; durch ärztliche Behandlung können bis zu 30 Proz. der Erkrankten gerettet werden. Eine Ausrottung der Plage scheint ausgeschlossen. In den benachbarten Kolonien anderer Staaten wird sehr wenig zur Bekämpfung der Seuche getan. Es wurde angeregt, Kerze als Bezirksleiter zu verwenden, gemeinsam mit den in Betracht kommenden Staaten vorzugehen und in den Etat eine größere Summe zur Bekämpfung der Krankheit einzustellen. — Nächste Sitzung: Dienstag.

Der Kampf um die Sonntagruhe.

In der Sonntagruhekommision des Reichstages kam am Donnerstag zunächst die Regelung der kaufmännischen Sonntagarbeit für größere und kleinere Gemeinden gemeinsam, soweit sie in einem einheitlichen Verkehrs- und Wirtschaftsgebiete liegen, zur Verhandlung. Bei dieser Gelegenheit wurde von den Genossen Koch und Dr. Duars das Gerücht zur Sprache gebracht, daß sich ein Teil des Zentrums mit der Regierung in Verhandlungen darüber befinde, ob sogar die völlige Sonntagruhe für Gemeinden von über 75 000 Einwohnern noch fallen gelassen werden solle. Abg. Dr. Söbe bestritt für die anwesenden Zentrumsmitglieder die Richtigkeit dieses Gerüchts und versicherte auf ausdrückliche sozialdemokratische Anfrage, daß er wünsche, die Kommission möge an ihren bisherigen Beschlüssen festhalten. Dagegen kündigte die Regierung eine große Umfrage bei den Handelsvertretungen über die Grenze von 75 000 Einwohnern an, da zuviele Einsprüche gegen diesen Kommissionsbeschluss seitens der Städte und Prinzipale eingelaufen seien. Genosse Dr. Duars erhob nachdrücklichen Einspruch dagegen, daß die Regierung nach ihren soeben abgegebenen Erklärungen wieder einmal nur die Geschäftsinhaber, nicht aber gleichzeitig die Angestellten befragen und hören wolle. Machte sie eine Umfrage, so habe sie die gebieterische Pflicht, beide Teile zur Meinungsaufklärung. Im übrigen müsse die Kommission ohne Rücksicht auf die Stellung der Regierung ihre Beschlüsse an das Plenum bringen und durchzusetzen suchen. In der Abstimmung wurde unter Ablehnung des sozialdemokratischen Verbesserungsvorschlages mit allen bürgerlichen Stimmen beschlossen, die einheitliche Regelung für gewisse städtische Verkehrsgebiete der Verwaltungsbehörde nur bedingungsweise zu übertragen. Dagegen wurde auf sozialdemokratischen Antrag der Zusatz beschlossen, daß die Angestelltenverbände ebenfalls zu hören sind und daß die einheitliche Regelung auch die völlige Sonntagruhe einführen kann. Beschlossen wurde weiter die Verbeibehaltung der Möglichkeit weitergehender ordnungsgemäßer Regelung und eine weitere Einschränkung der Ausdehnung dieser Regelung auf einheitliche Verkehrsgebiete, die nur fakultativ und abhängig von Veringsanträgen von der bürgerlichen Mehrheit beschlossen wurde.

Der Neubau des Votischaftergebäudes in Washington.

Der „Bund deutscher Architekten“ hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, die sich mit dem Neubau des Votischaftergebäudes befaßt. Die Petition bittet um ein Ausschluß über das Verfahren bei diesem Wettbewerb; zweitens um Fürsorge dafür, daß ausgeschriebene Bauprojekte in solcher Weise zur Ausführung kommen.

Bei dem Wettbewerb und dem Entwurf eines neuen Votischaftergebäudes in Washington ist bekanntlich nachträglich noch der Bauartikeln zugefallen worden, und zwar direkt auf Veranlassung des Kaisers. Ein Vertreter der Regierung behauptete, daß dem Kaiser das Recht zustehe, in dieser Weise einzugreifen, wenn man auch über den Gesandtschaftstreiten könne. Die beiden Referenten, die Abgeordneten Schulenburg (natl.) und Pfeiffer (Z.) beantragten Uebergang zur Tagesordnung, weil den Teilnehmern am Wettbewerb keine Zusage für die Ausführung ihrer Entwürfe gemacht wurde. Diefem Antrag trat Abg. Bred (Soz.) entgegen mit dem Hinweis darauf, daß der Vorgang weit über den gegebenen Fall hinaus Bedeutung habe. Die Teilnehmer an solchen Wettbewerben seien voraus, daß die sie betreffenden Künstler ein Anrecht auf Ausführung haben. Den

Verwebern sei es nicht nur um die Preisbekämpfung zu tun, sie wollen auch gestalten; sie dürfen dabei nicht abhängig sein von dem Willen einer hochgestellten Persönlichkeit. Die Kommission müsse zeigen, daß sie die impulsive Belästigung des kaiserlichen Geschmacks auch im Interesse der Künstler nicht billige. — Nach diesen Ausführungen beantragte der Referent Dr. Pfeiffer, den zweiten Teil der Petition dem Reichsanwalt zur Berücksichtigung zu überweisen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der National-liberalen angenommen.

Das preussische Wohnungsgesetz.

Die mit der Vorberatung des Wohnungsgesetzes wuchs betraute Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat sich nach Erledigung der das Baugelände und die baupolizeilichen Vorschriften behandelnden Artikel nunmehr der Beratung des wichtigsten Artikels über die Benutzung der Gebäude zugewandt. Es handelt sich zunächst um die allgemeinen Vorschriften über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen (Wohnungsordnungen). Der Entwurf sieht bekanntlich nur für Gemeinden und Gutsbezirke mit mehr als 10 000 Einwohnern obligatorische Wohnungsordnungen vor, während er für kleinere Gemeinden und Gutsbezirke den Erlass von Wohnungsordnungen in das Belieben der Polizei stellt. Diesem Zustand wollte ein sozialdemokratischer Antrag, der ganz allgemein den Erlass von Wohnungsordnungen für alle Gemeinden fordert, ein Ende bereiten. Die Verhandlungen unseres Vertreters in der Kommission waren aber vergebens; sein Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt, und das gleiche Schicksal erfuhr eine andere Verbesserungsvorschläge.

§ 3 der Regierungsvorlage enthält Vorschriften, die die Wohnungsordnungen treffen können. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, einen Zwang zum Erlass bestimmter Vorschriften auszusprechen. Das Resultat war die Ablehnung mit allen gegen die Stimme des Antragstellers. Die bürgerlichen Mitglieder der Kommission wollen weder hiervon etwas wissen, noch wollen sie überhaupt bestimmte Mindestforderungen festlegen. Aus diesem Grunde lehnten sie auch alles andere ab, was der sozialdemokratische Antrag forderte, obwohl es sich durchweg um Forderungen handelte, die im Interesse von Gesundheit und Sittlichkeit erhoben werden müssen, wenn anders ein Wohnungsgesetz überhaupt seinen Zweck erfüllen soll. Zur Illustration sei nur hervorgehoben, daß sogar die bestehende Forderung, daß in städtischen Verhältnissen grundsätzlich ein Abort von höchstens zwei Familien benutzt werden darf, abgelehnt wurde.

Wenn die Kommission weiter so arbeitet und das Plenum ihren Beschlüssen beitrifft, dann wird das Wohnungsgesetz in der Praxis auf dem Papier stehen bleiben.

Soziales.

Aus dem Gewerbegericht.

Eine auffallende Art der Verhandlungsführung und Rechtsauffassung dokumentierte gestern der stellvertretende Vorsitzende der Kammer 5, Magistratsassessor Dr. Riese.

Ein Monieur klagte gegen die Firma Böttcher, Elektr. Werke. Er forderte eine Anzahl Stunden bezahlt, die er gearbeitet und nicht bezahlt erhalten hat. Außerdem verlangte er für zwei Tage Lohnentschädigung, weil ihm die Papiere mit einer solchen Verletzung ausgehändigt wurden. Schließlich wollte er auch noch sein Zeugnis über Führung und Leistung ausgedehnt haben. Die Firma behauptete, die Leistungen seien unbefriedigend gewesen und zur ordnungsmäßigen Herstellung der vom Kläger ausgeführten Anlagen seien 150 Stunden erforderlich gewesen. Dieran knüpfte sich folgender Dialog:

Vors. Riese: „Na, wollen Sie denn aus Ihrem Schaden keine Rechte herleiten?“

Beklagter: „Nein.“

Vors. Riese: „Na, Sie sagten doch wohl schon, daß Sie den Schaden geltend machen wollten?“

Beklagter: „Nein, nein!“ (Das war ihm in der Tat auch nicht in den Sinn gekommen.)

Vors. Riese: „Aber Sie haben doch deshalb den Betrag zurückgehalten?“

Beklagter: „Nein, zurückbehalten haben wir nichts.“

Vors. Riese (mit Nachdruck): „Also Sie wollen keine Gegenforderungen stellen?“

Beklagter: „Ja, das will ich denn!“

Vors. Riese: „Dann brauchen wir uns also um die Forderung des Klägers nicht mehr zu kümmern!“

Der vom Kläger angebotene Beweis, daß er von der Firma den strikten Auftrag hatte, unvorschriftsmäßiges Material zu verwenden, wodurch die Nacharbeiten verursacht wurden, wurde ihm abgelehnt.

Das Gericht kam in allen Punkten zur Magdabweisung, weil der Schaden der Beklagten größer sei als der vom Kläger geforderten 21 M.

Dies Urteil stellt alle Rechtsbegriffe auf den Kopf. Die Suggestierung eines Schadenersatzanspruches des Beklagten durch den Vorsitzenden ist merkwürdig.

In einer anderen Sache, in der es sich um Nichterhaltung der Kündigungsklausel handelte, meinte derselbe Vorsitzende Riese, als es sich um die Frage drehte, ob der Kläger in Stunden- oder Wochenlohn stand: „Das ist sehr wichtig, denn, wenn Stundenlohn vereinbart sei, so folge daraus eo ipso, daß Kündigung ausgeschlossen ist.“

Wunderliche Rechtsauffassung! Welches Recht schwebt denn dem Assessor Riese vor? Dem deutschen Recht sind seine Rechtsauffassungen in beiden Fällen durchaus fremd.

Für die Sonntagruhe.

Überall demonstrieren die Mittelschichten und ihre Schieber gegen die Sonntagruhe. Wenn man sie hört, bedeutet die Sonntagruhe für jeden Geschäftsmann einen Verlust. Nur bleibt es rätselhaft, wo alle die Verluste bleiben. Wie oberflächlich die Argumente der Feinde der Sonntagruhe sind, beweist ein Detailist in einem Eingekandt in der ultramontanen „Grenzwaite“ (Nr. 68). Zu der Forderung der Kleinrentier und Dörfler, für sie eine Ausnahme zu machen, bemerkt er: „Wenn in den Städten von über 75 000 Einwohnern das Personal des Sonntags die volle Ruhe genießt, wird es wohl keinem einfallen, in kleineren Städten Eitelung zu nehmen.“ Und schließlich schreibt der Mann der Praxis und religiösen Bedürfnisse:

„So sehr man auch gegen das Gesetz der vollständigen Sonntagruhe resp. der Differenzierung nach Städten sein muß, so ist es immerhin zu begründen, wenn in der heutigen Zeit, wo jeder selbständige Detailist sich sechs Tage lang voll und ganz einer anstrengenden aufreibenden Tätigkeit widmen muß, auch für ihn ein Ruhetag geschaffen wird, wo er sich seinen kirchlichen Pflichten und seiner Familie widmen kann. Und wenn das Gesetz in vernünftiger Weise geregelt wird, so soll man sich sagen, es gilt nicht allein für die Angestellten, sondern für die Chefs selbst. Auch diese haben die Ruhe notwendig.“

Der Ansicht sind wir auch: Chefs und Angestellte wollen ihren Ruhetag haben.

Altersfürsorge.

Die für den Arbeiter bis ins hohe Alter gesorgt wird, zeigt nachstehender Fall aus Ostpreußen. Der 71 Jahre alte Arbeiter Hopp, ein Veteran, war seit 36 Jahren im Dampfmaschinenwerk von Gebrüder Schatz in Vogelhang bei Marienburg beschäftigt, und zwar zunächst 30 Jahre als Heizer und in den letzten Jahren mit leichterer Arbeit

bei geringerem Lohn. Vor kurzem wurde er wegen Arbeitsmangel entlassen. Er bezieht an Jubiläumsgeld und Veteranengeld zusammen 2 M. Kann damit ein Mensch auskommen? 38 Jahre im Dienst, dann — auf die Straße!

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Das riesige Anschwellen der Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit haben wir gestern dargestellt. Es kommen Unfallsverletzte auf 1000 Versicherte:

1890	23,83
1903	27,25
1912	29,85

In diesen Ergebnissen kommt die Tendenz der zunehmenden Unfälle ganz deutlich zum Ausdruck. Das Resultat ergibt sich, obwohl von den landwirtschaftlichen Genossenschaften weniger Unfälle gemeldet worden sind. Für 1905 bezeichneten sie 144 989 Unfallsverletzte, für 1912 auf dieselbe Anzahl versicherter Personen (nach berufsgenossenschaftlicher Schätzung) nur noch 131 942 verletzte Personen. In derselben Zeit stieg die Zahl der von den gewerblichen Berufsgenossenschaften gemeldeten Unfälle von 414 445 auf 547 700, bei einer Zunahme der Versicherten von 8 195 792 auf 10 178 577. Danach haben die Unfälle in den Fabrikbetrieben und gewerblichen Anlagen ganz gewaltig zugenommen. Es mag sein, daß in den landwirtschaftlichen Betrieben nun auch allmählich die Schutzvorrichtungen an Maschinen Eingang finden und dadurch eine Verminderung der Unfälle erzielt wird. Zeitweise kann die Abnahme aber auch rein rechnerisch sein, indem eben nicht mehr alle Unfälle zur Anmeldung gelangen. Der Kampf der Junter gegen die sogenannten Schnapsschrauben, wie sie die Entschädigungen bis 20 Proz. zuzüglich zu bezeichnen pflegen, und die Praxis der Genossenschaften, selbst verhältnismäßig schwere Unfallschäden als nicht entschädigungspflichtig zu bezeichnen, hält manche Arbeiter davon ab, erlittene Unfälle zur Anzeige zu bringen.

Die Verschlechterung in der Unfallrechtssprechung tritt sehr deutlich auch in der gelisteten Zusammenstellung in die Erscheinung. Bis zum Jahre 1907 kann man eine ununterbrochene Zunahme der entschädigungspflichtigen Unfälle konstatieren. Dann setzt ein verhältnismäßig scharfer Rückgang ein. Das konnte den Anschein erwecken, als ob eine verstärkte Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften die Unfallhäufigkeit vermindert habe. Schon früher wiesen wir auf das Jertümliche solcher Auffassung hin, die von Unternehmerorganen geschildert hervorgerufen und gefördert wurde. Trotz der Abschredungsmethode der Unternehmer nahm nämlich die Zahl aller gemeldeten Unfälle weiter kräftig zu und, was besonders schwer ins Gewicht fällt: die tödlich verlaufenen Unfälle wurden nicht wesentlich weniger, nach einer kleinen Abweichung in der Bewegungslinie gingen sie wieder stark nach oben. Während von 1907 bis 1910 die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle um 8,7 Proz. zurückging, stieg die aller gemeldeten Unfälle noch um fast 2 Proz. Im Jahre 1911 schnellte dann nicht nur die Zahl aller Unfälle, sondern auch die der entschädigungspflichtigen wieder hinauf. Und diese Bewegung hat sich im Jahre 1912 kräftig fortgesetzt. Seit 1910 haben die entschädigungspflichtigen Unfälle wieder um 3,8 Proz., die der tödlich verlaufenen sogar um 16,6 Proz. zugenommen.

Aus der ganzen Entwidlung ist klar zu erkennen, daß infolge einer erheblich verschlechterten Rechtssprechung in der Unfallversicherung trotz Zunahme der Unfälle weniger Entschädigungen gezahlt worden sind. Die Unternehmen sparen auf Kosten armer Unfallsverletzter. Und wenn nun, trotz der bekannten Theorie von den „Schonheitsfehlern“ und der berückichtigten Rentenauflage die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle wieder stark zunimmt, dann ist das ein Beweis dafür, daß es mit dem Arbeiterkampf jammervoll bestellt ist. Und es liegt der Gedanke nahe, daß die Verschlechterung in der Unfallrechtssprechung die Unfallhäufigkeit steigert. Die Unternehmer wissen ja, Renten gibt es leicht nicht für Verletzte, daher lohnen sich die Schutzmaßnahmen schon gar nicht mehr. So wird die Unfallgefahr gesteigert. Ihr energisch zu begegnen, widerstrebt den kapitalistischen Interessen und darum fallen auf dem Schlachtfeld der Arbeit Jahr für Jahr Opfer unerhört!

Gerichtszeitung.

Ein Frauenschicksal.

Wiel ergreifender als der packendste Roman ist oft das Leben. Das zeigt wieder eine Verhandlung, die gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I bestrafte.

Angelagt wegen fortgesetzten Betruges war die 30jährige Frau E. Wibus, geb. Döring. — Im Sommer 1912 erließ der Amtsrichter A. auf Gut Reinfeld bei Templin eine Annonce folgenden Inhalts: „Suche Bekanntschaft zu machen mit Dame mit einigem Vermögen zwecks späterer Verant.“ Auf dieses Inserat hin erhielt er von einer „Frau Professor Emma Diefmann, geb. Richter“ einen schön filigranen Brief, in welchem diese sich bereit erklärte, nach einer höchst unglücklichen und längst geschiedenen Ehe eine neue glücklichere Ehe eingehen zu wollen. Nach einem längeren Briefwechsel verabredete man am 4. September eine Zusammenkunft in Oranienburg. Die Frau Professor, die auf A. einen sehr guten Eindruck machte, schüttelte ihm bei diesem ersten Rendezvous unter Tränen ihr Herz aus. Sie erzählte, daß sie von ihrem infolge seines leichtsinnigen Lebens durch und durch kranken Manne, der sie häufig mißhandelt habe, geschieden sei und daß sie sich danach sehne, einen wirklich anständigen und guten Mann zu bekommen. Ihr geschiedener Ehemann habe sich mit ihrem Bruder, der in Tempelhof praktischer Arzt sei, verbündet und verfolge sie auf Schritt und Tritt, da sie es beide auf ihr ererbtes Vermögen, welches zirka 2 1/2 Millionen betrage, abgesehen hätten. Sie könne die Finsen dieses Vermögens gar nicht verdrängen und habe deshalb in Tempelhof auf ihre Kosten ein Krüppelheim errichtet. Diese auch bei den späteren Zusammenkünften wiederholten Angaben machten auf A. einen so glaubwürdigen Eindruck, daß er sogar, als ihm die Frau Professor erklärte, sein Gut gestiehe ihr gar nicht, das Gut sofort mit Verlust verkaufte. Auf Wunsch der Frau Professor, die ein Gut mit schlohartigem Gebäude, Schloßpark und See kaufen wollte, unternahmen beide Reisen und besichtigten unter anderem das Gut Jabel bei Hagenow, welches 1 400 000 M. kosten sollte. Die Beziehungen zwischen ihnen waren allmählich vertrauter geworden, so daß es A. nicht weiter auffiel, daß ihn die Frau Professor um Besuchen für ihr Krüppelheim bat. A. zahlte nach und nach zirka 2000 M. für das Heim.

Zu einer Zeit, als schon der Hochzeitskaterin feigeseht war, erfuhr A. zu seiner grenzenlosen Ueberraschung, daß die angebliche Frau Professor Diefmann die Ehefrau des seinerzeit in Tempelhof wohnhaften Kaufmanns Wilhelm Wibus war. Später ergab sich, daß an den Erzählungen der Pseudo-Frau Professor tatsächlich ein Körnchen Wahrheit war, wenigstens soweit ihre Ehe in Frage kam. Durch die Vernehmung der Angeklagten wurde im Gerichtsaal eine erschütternde Geklagte aufgestellt. Die sie angab, habe sie sich zu dieser Komödie mit A. nur hergegeben, um sich und ihr durch Schuld des Vaters schwerverkauften und halb blind geborenen Kind den Lebensunterhalt zu haben. Ihr Ehemann, der sich jene Krankheit durch seinen leichtsinnigen Lebenswandel zugezogen habe, habe nie gearbeitet, sie vielmehr mißhandelt und auf der Straße belästigt. Um ihre angeschwundenen Möbel, die für die Schulden ihres Mannes gepfändet waren, vor der Versteigerung zu retten, habe sie jenen Schwindel mit dem Krüppelheim vorgebracht. Diese Erzählung der Angeklagten wurde durch das zur Verlesung gebrachte Scheidungsurteil bestätigt, in welchem der Ehemann als allein schuldiger Teil anagschen wurde, da er nicht für seine Familie gesorgt und seine Frau und das kranke Kind mißhandelt hatte. Der als Junge dcnommene geschiedene Ehemann brachte eine furchtbare Selbstanklage gegen sich vor. Er erklärte, daß eigentlich er an der Stelle stehen möchte, an der jetzt seine geschiedene Frau steht, er habe durch brutale Miß-

handlungen und eine niederträchtige Behandlung die Frau zu einem Wad gemacht. Seinen Verdienst habe er verjubelt, während die Frau, die er feilich und körperlich laput gemacht habe, mit dem kranken Kinde Hunger gelitten habe. — Der Zeuge A., der seinen Schaden auf circa 10 000 M. beziffert, bekundete, daß er durch jenen unüberlegten Entschluß völlig ruiniert worden sei und sich jetzt als Angefallener ernähren müsse. Der Zeuge erklärte, daß er die Angeklagte, wenn es ihm seine materiellen Verhältnisse erlauben würden, sofort heiraten würde. — Staatsanwalt Dr. Lehmann beantragte, da es sich doch immerhin um ein recht raffiniertes Vorgehen handele, eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Die Angeklagte hat unter Tränen, sie nur ihres Kindes wegen nicht ins Gefängnis zu schicken. Das Gericht entsprach dieser Bitte und erkannte auf eine Geldstrafe von 600 M.

„Tragödie eines Veteranen“

„Zentralstelle zur Unterstützung deutscher Kriegsveteranen“ — Mit Gott für König und Vaterland! Hieß die patriotische Schöpfung des früheren Buchdruckers Paul Kessin, der gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts III unter der Beschuldigung sich zu veranmaßen hatte, sich betrügerischerweise etwa 13 000 M. zu Unrecht angeeignet zu haben. Der Angeklagte verstand von Anfang August 1912 an eine Reihe meist hochgelehrter Persönlichkeiten eine Druckschrift, die unter der Überschrift „Tragödie eines Veteranen“ in erschütternder Darstellung das Geschick eines Veteranen druz, der in der Düsselberger Straße plötzlich bestimmungslos zusammengebrochen und — wie ärztlicherseits festgestellt worden sei — an Hunger und Entkräftung gestorben sei. Daran knüpfte sich ein Aufruf, in welchem es als Ehrenpflicht aller Edlen und Nationalgefühlten erklärt wurde, mitzuhelfen, um Armut, Krankheit, Not und Elend unserer Kriegsveteranen zu lindern. Jede Gabe, auch die kleinste, ist willkommen und wird mit herzlichem Dank entgegengenommen.“ Unterzeichnet war dieser Aufruf mit „Zentralstelle zur Unterstützung deutscher Kriegsveteranen, Vorsitzender P. Kessin, Seestraße 118“. Die ganze Sache war so inszeniert, daß der Empfänger der Druckschriften den Eindruck erhielt, als handele es sich um die Zentrale eines großen, wohlorganisierten Wohltätigkeitsunternehmens und dieser Eindruck wurde noch dadurch verstärkt, daß die Nationalbank als Zahlstelle angegeben wurde. Auf die Druckschriften hin sind an den Angeklagten bzw. auf das Konto der „Zentralstelle“ insgesamt über 13 000 M. an freiwilligen Spenden eingegangen. Der Inhalt der Druckschriften war eine grobe Fälschung. Als die Druckschriften verandt wurden, bestand ein Verein überhaupt nicht und der erst später gebildete „Verein“ war eine Scheingründung und er hat sich am Abend des 18. August 1912 im Pavillon-Restaurant in Lichterfelde an einem Westisch „gegründet“ und bestand zunächst nur aus dem Vorstand, nämlich dem Angeklagten und drei Buchhändlern. Durch diesen „Verein“ ließ sich der Angeklagte gegen ein Monatsgehalt von 150 M. als „Sekretär“ engagieren. Dieses Gehalt zahlte sich der Angeklagte, der ohne jede Kontrolle arbeitete, aus dem für die Zentralstelle eingegangenen Beträgen selbst aus. Der Angeklagte hat ungefähr 1000 M. an Unterstüßungen an Veteranen gezahlt. Dies geschah, als er wegen Betruges von der Polizei verhaftet worden war.

Das Gericht erkannte wegen Betruges und Verleumdung auf neun Monate Gefängnis und rechnete sechs Monate der Unterstüßungshaft auf die Strafe an.

Pathologische Schwindlerin?

Unter der Maske eines „Zel. von Szamory“ hat die unheimliche Margarete Sad, die gestern wegen Betruges vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I stand, einen jungen Kaufmann in einer Weise beschwindelt, daß man sich über die Leichtgläubigkeit des Hineingefallenen nur wundern kann. Die Angeklagte, deren im Gerichtssaale anwesende Mutter in Ruabit in dürftigen Verhältnissen lebt, hat in Szamory eine höhere Mädchenschule besucht, hat sich dann nach der Heirat nach Berlin auf einer Handelsschule weitergebildet und einige Zeit als Kassiererin bei Berthelm ihre Leben gefüßelt. Sie ist eine offenbar hysterische und leicht erregbare, phantastische Person. Eines Abends lernte sie in einem Café in Ruabit den Kaufmann Hubert Frein kennen, der sich ihr vorstellte und demgegenüber sie sich Marga v. Szamory nannte. Das Gespräch wurde sehr lebendig und Herr F. erfuhr, daß seine neue Bekanntschaft aus vornehmem Milieu stamme. Sie erzählte, sie sei die Tochter des verstorbenen Rittergutsbesitzers Moritz von Szamory, ein Vermögen von 38 000 M. besitzend und nur in vornehmen Kreisen verkehre usw. Er verlobte sich mit ihr, fühlte sich betrogen, als herauskam, daß die Angeklagte weder ablig noch Geld, noch reiche Verwandte besitzt und erlittete Strafanzeige. Die Verweigerung der geistigen Verhandlung hatte das Ergebnis, daß nach Feststellung des Gutachtens des Gefängnisarztes Dr. Dörhensdorf und des praktischen Arztes Dr. Burckhardt, die die Möglichkeit, daß pathologischer Schwindel vorliegen könnte, nicht ohne weiteres von der Hand weisen konnten, der Gerichtshof beschloß, die Angeklagte auf ihren Geisteszustand in einer Anstalt untersuchen zu lassen. Die Angeklagte wehrte sich sehr energisch gegen den Gedanken, daß sie verrückt sein könnte, wurde immer mühsamer gegen ihren ehemaligen Bräutigam, dem sie drohend zurief: „Den schicke ich nieder, wie einen toten Hund!“ und ergriß schließlich ein Wasserfaß, um es dem Verzagten an den Kopf zu werfen. Durch schillerndes Hinzuspringen der Gerichtsdiener wurde sie daran verhindert.

Ein ständischer Gutbeiger.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte dieser Tage das Obinger Schwurgericht gegen den Gutsherren Alfred Grathe und das Dienstmädchen Helene Sawahsi aus Gr. Nichtenau (Kreis Marienburg). Der Angeklagte hatte das Mädchen, das in seinem Hause diente, zu geschlechtlichem Verkehr genötigt. Als dann diese Angelegenheit in einem Gerichtstermin zur Sprache kam — es handelte sich um eine Verleumdungsklage, die die Helene Sawahsi auf Veranlassung von Großes Vater gegen eine Witze anstregungen mußte — hat der junge Grathe den geschlechtlichen Verkehr eidlich abgeleugnet und auch das verführte Mädchen zu einem Meineid verleitet. Beide wurden verhaftet und legten in der Untersuchungsphase ein Geständnis ab. Vor dem Schwurgericht wurde der Gutsherren zu 2 Jahren Zuchthaus, das verführte Mädchen zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Jugendbewegung.

Wie man aus drangsalisiert.

In Königsberg wird die freie Jugendbewegung von der Polizei in der schärfsten Weise verfolgt. Dieser Tage hielt in einer Jugendversammlung Genosse Rudat einen Lichtbildvortrag über das Thema: „Von der Postkarte bis zum Gitzig“. Als der Redner am Schluß seines Referats erklärte, daß die Völler durch den internationalen Verkehr einander näher gebracht würden, erobte sich der überwachende Polizeibeamte und jagte, der Redner habe das politische Gebiet betreten, er schlicke die Versammlung und fordere alle Personen unter 18 Jahren auf, den Versammlungstraum zu verlassen. Eine Anzahl Jugendlicher wurde noch von der Polizei notiert.

Auch in der liberal regierten bayrischen Stadt Wahrenth ist wieder eine großartige Staatseckung verübt worden. In der Fort-

bildungsstunde erschienen unermüdet Polizisten, um die Taschen der jungen Arbeiter zu durchsuchen. Dabei wurden bei den einen Zigaretten, Taschenmesser u. dgl. gefunden, wofür sie je zwei Stunden in den Karzer gesperrt wurden. Noch einmal so schlimm erging es denjenigen, bei denen man Kontrollkarten der Arbeiterjugend entdeckte: sie erhielten vier Stunden. Die Kontrollkarte hat nicht etwa einen staatsgefährlichen Inhalt, sondern auf der Vorderseite nur den Namen des Inhabers, auf der Rückseite sind die Bestimmungen für die Benutzung der Jugendheimen aufgedruckt; es sind lediglich Angaben über die Zeit, in der das Heim geöffnet ist, über die Entnahme von Spielen und Büchern, weiter das Verbot des Rauchens und Alkoholkonsums, des Värmens, Singens und Schreiens, also die Anweisung zu einem gestützten Betragen. Wer eine solche Anweisung mit sich führt, wird von der Wahrenther Schulbehörde mit schwerem Karzer bestraft. Und die Herrschaften glauben wirklich, daß sie mit derartigen Mitteln gegen die freie Jugendbewegung antämpfen können!

„Wie ein Tier.“

Zu Beginn der roten Woche verteilte das Zentrum ein von Schmähsungen gegen die Sozialdemokratie stehendes Flugblatt in 2 Millionen Exemplaren. Die Behauptungen gehen soweit, daß der Partei sogar „Empfehlung der Unsitlichkeit“ vorgeworfen wird. Mit ganz groben Klößen geht es auch unserer Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ zu Leibe:

„Aber wie erzieht die „Arbeiter-Jugend“, das Blatt für 100 000 jugendliche Sozialdemokraten, die Jugend männlichen wie weiblichen Geschlechts? Was sie an Schömem und Erfreulichem bietet — es wird durch und durch vergiftet durch den Einschlag eines oberflächlichen, verrobbenden häßlichen Materialismus und einer boshaften Religionspöberei. Die Männer der Wissenschaft sind freilich längst mit Hädel und seinem Materialismus fertig. Selbst einzelne Sozialdemokraten rücken davon ab. Trotzdem — ja trotzdem — wird heute noch die erziehungsbefähigte Jugend damit gefüttert.“

Schämt sich nicht mancher sozialdemokratische Familienvater selbst, wenn der Glaube an die angebliche Affenabstammung des Menschen mit gewissen Wüldern den Söhnen und Töchtern „aufgebunden“ wird? Wenn dabei noch obendrein der übertragende Menschengeist leidet? Endes als ein Produkt körperlicher Entwidlung erscheint? Kommt da der Jugend nicht bald der Gedanke: „Du bist aus einem Tier und endest wie ein Tier? Warum sollst Du dann nicht leben wie ein Tier?“

Die edle liberale Gemeinheit liegt in dem letzten Satz. Damit soll unserer „Arbeiter-Jugend“ der Vorwurf gemacht werden, daß sie ihre Leser und Lesrinnen auf die Stufe der Tiere herabziehe. Dagegen brauchen wir unsere Jugendzeitschrift — sie ist die inhaltreichste in Deutschland — nicht zu verteidigen. Interessant und beweiskräftig für die Unehrlichkeit der liberalen Agitation ist aber die Tatsache, daß in demselben M.-Glabacher Volksvereinsverlag, der jetzt dieses Flugblatt herausgibt, unter dem Titel „Die sozialistische Jugendbewegung in Deutschland“ eine Arbeit erschienen ist, die ganz anders über unsere Jugendbewegung urteilt, auch wenn sie deren Zielen natürlich nicht zustimmt. Da heißt es auf Seite 30 von der „Arbeiter-Jugend“, man müsse zu der Ueberzeugung gelangen, „daß hier eine von einem großen Stab von Mitarbeitern eifrig unterstützte Schriftleitung andauernd und nicht ohne Erfolg bemüht ist, den angehenden Genossen reichhaltigen und interessanten Lesestoff zu bieten“. Und nach anderen Komplimenten heißt es auf Seite 36:

„Ungezügelter Anerkennung aller Jugendfreunde verdient die in der „Arbeiter-Jugend“, sowie in Vorträgen und Resolutionen klar zum Ausdruck gebrachte Gegnerschaft bezüglich des Alkohol- und (wenigstens des übertriebenen) Tabakkonsums, ferner der Schundliteratur.“

Das sollen die Schwärzen in ihren alkoholisierten und von Tabakqualm erfüllten Zusammenkünften nachmachen, ehe sie uns unterziehen, wie verteilten die Jugend, „wie ein Tier zu leben“.

Aus aller Welt.

Brot gesucht und den Tod gefunden.

In Strehlen im gelobten Lande Schlesien vermählte man vor einigen Tagen zwei arme Schulmädchen. Endlich sah man auf einem Leiche bei dem benachbarten Toppendorf ein Körbchen schwimmen. Man suchte nun den Wassertümpel ab und fand die Leichen der bedauernswerten Kinder. Sie hatten noch am Abend in Toppendorf gebettelt und waren offenbar auf dem Heimweg in der Dunkelheit ins Wasser geraten; denn Spuren eines Verbrechens waren nicht zu sehen. Das Körbchen hatten sie beim Betteln gebraucht. Die Kermsien hatten also Brot gesucht und den Tod gefunden.

Während so schon blutjunge Menschenkinder vor fremden Türen betteln müssen und unter ungünstigen Umständen Opfer ihrer und ihrer Eltern Armut werden, wohnt man hoch oben, für den deutschen Arbeiter wäre geforgt bis ins hohe Alter. Nur eigene Kraft kann die Arbeiterklasse aus geistiger und körperlicher Not befreien. Dazu

Hautleiden

entstehen durch unreines Blut können deshalb auch nur durch **innere Behandlung** gründlich und dauernd geheilt werden. Hauptpillen das beste hierfür. Frau Bill hatte auf Armen, Beinen u. der ganzen Brust förmliche Wunden von Ausschlag. In aber nach der letzten Kur vollständig geheilt worden. Ich komme, um Ihnen den gedächerten Dank auszusprechen. Gott vergelte es Ihnen. **DoImann, Warrer in Kestath.** Die **palenstami** in Berlin ist geschäftlich **Hauptpillen** in allen Vororten in allen Apotheken zu haben. **Verleud nach anwärts** durch **Simarek-Apotheke, Berlin, Wrangelstraße 47.** Postkarte genügt.

St. Jakobs-Balsam

Hausmittel I. Ranges von Apotheker C. Trautmann, Basel. Einziger Schutzmarke. — Bew. Heilsalbe für Wunden u. Verletzungen jeder Art, off. Beine, **Krampfaderen**, Brandgeschäden, Ansschl, Hämorrhoid, **Flechten**. In den Apotheken a. M. 1.40. Gen.-Depot: St. Jakobs-Apotheke, Basel. Depots: Berlin: König Salomosp., Charlottenstraße, Falkenap., Reichensberger Straße. Viktoriasp., Friedrichstraße, Reichensader - Apotheke, Gr. Frankfurter Str. 134. 872b

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

aber gefort die Erkenntnis, daß der Zusammenschluß der Arbeiter in festgelegten Organisationen, regte Werbearbeit unter den noch fernstehenden Volksgenossen und Stärkung der Arbeiterklasse die Mittel sind, die Befreiung der Arbeiterklasse vorzubereiten.

Die Gefahren der Hochspannungsleitung.

Ein schweres Unglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich in der Nähe von Strehlen zugetragen. Ein junger Landarbeiter, der zur militärischen Stellung nach Strehlen gekommen war und dort mit Kameraden des Guten zu viel getan hatte, kletterte auf dem Nachhausewege auf einen Mast der elektrischen Stromleitung der Ueberlandzentrale. Er wurde vom elektrischen Strom getroffen und stürzte vom Mast herunter. Im Fall verwickelte er sich in die Leitungen, die er mit herabstieß. Da es unmöglich war, ihn ohne Hilfsmittel aus der Verwicklung der Drähte zu befreien, wurde ein Monteur der Zentrale herbeigeholt, der mit Gummihandschuhen versehen die Drähte entfernen wollte. Er kam jedoch durch irgendeine Unvorsichtigkeit mit einer angeführten Stelle des Körpers der Leitung zunahe und wurde gleichfalls vom Strom getroffen. Er wurde auf der Stelle getötet und auch der junge Mann erlag auf dem Transport nach dem Krankenhaus seinen Verletzungen.

Das fittliche Posen.

Die jüngste Residenzstadt des Deutschen Reiches hat schon wieder ein neues Sittenlandälchen. Das da vor kurzem ein russischer Würdenträger, ein Graf Gordon, aus Warschau in Posen ein, und nahm in der Friedrichstraße Wohnung, wo er zunächst den Besuch verschiedener Damen der Halbwelt empfing. Als bald gingen aber auch bei der Polizei Denunziationen ein, daß der Graf Mädchen unter 14 Jahren an sich gelockt und sie mißbraucht habe. Da die Anzeigen von verschiedenen Seiten erfolgten, so wurde eine Untersuchung gegen den Grafen eingeleitet. Der russische Graf wurde Donnerstagvormittag verhaftet und einem Verhör unterzogen. Nach der Vernehmung wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt, bleibt aber vorläufig unter polizeilicher Beobachtung. Die Anzele gegen den Grafen Gordon war von Familien erfolgt, die in einem Hause gegenüber seiner Mietwohnung wohnen und ihn bei seinen Handlungen beobachtet hatten.

Kleine Notizen.

Schnelle Justiz. Die Anhängerin des Frauenstimmrechts Mary Richardson, die am Dienstag in der Nationalgalerie in London die „Demus“ von Velasquez beschädigte, wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Untergang eines französischen Torpedobootes. Bei einer Uebung der Panzerkreuzer und Torpedobooten im Hafen von Cherbourg rief infolge färrischer See die Ankerleite eines Torpedobootes, das als Zielobjekt diente. Das Torpedoboot sank 29 Meter tief. Die Besatzung wurde gerettet.

Ein „Rammender“ Protest. Anhängerinnen des Frauenstimmrechts haben in der Nacht zum Donnerstag ein Haus in Stewarion (Grafschaft Ayr) in Brand gesetzt, um gegen die Verhaftung der Frau Panikurst zu protestieren.

Witzig eines türkischen Fliegens. Der Militärflieger Kuri, der es versuchte, von Konstantinopel nach Kgypten zu fliegen, ist Mittwochmorgens in Jassa zum Fluge nach Jerusalem aufgestiegen, aber nach kurzer Zeit ins Meer gestürzt. Kuri starb bald darauf an seinen Verletzungen; sein Begleiter, Hauptmann Ismail Gatti, rettete sich durch Schwimmen.

Wassertands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt

Wasserstand	am 10. 10. 3.	am 11. 10. 3.	Wasserstand	am 10. 10. 3.	am 11. 10. 3.
Remel, Mühl	346	-1	Saale, Großh.	113.3	10.3
Bregel, Unterburg	279	+91	Gabel, Spandau	em	em
Beichel, Thorn	284	+9	Hasel, Rastow	282	-8
Ober, Ratibor	276	-4	Spre, Sprengberg	108	0
Krollen	288	+6	Beckow	125	-2
Frankfurt	248	-4	Weser, Witten	380	+3
Warthe, Schrimm	218	+8	Witten	474	-6
Landsberg	174	+1	Wreit, Raximilianskan	676	-6
Rege, Borsdam	30	+10	Staub	581	+45
Gibe, Zeltmeritz	317	-5	Adin	685	+27
Dresden	242	+8	Redar, Dellbrom	375	+11
Watz	438	+25	Rein, Qanan	462	+18
Magdeburg	348	+16	Wesel, Arier	384	-23

+) + bedeutet Hoch, - Fall. — *) Unterpegel. — *) Höchster Wasserstand: 390 cm am 10. März um 3/4, Uhr abends. — *) Höchster Wasserstand: 681 cm.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld!

Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik** kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterel. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Wo? ist der schönste Ausflugsort?

Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen Seerähe bei n Alten Freund.

Wasche Hausputz

Henkel's Bleich Soda

Wäsche, Hausputz, Bleichmittel, Soda

